Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 16 – 21. April 2007

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Vor allem Rentner sind unzufrieden: Polizei kennt auch gegenüber alten Leuten keine Milde. Foto: Reuters

Kreml zeigt Nerven

Harter Polizeieinsatz gegen Demonstranten – Angst vor weiteren Protesten

Von Klaus Apfelbaum

Gehen den Machthabern im Kreml jetzt die Nerven durch? Mit nicht gekannter Härte sind die Sicherheitskräfte gegen Demonstranten eingesetzt worden – darunter Straßenkampf-Spezialisten der Eliteeinheit „Omon“. An die 400 Teilnehmer der Kundgebungen in Moskau und St. Petersburg wurden festgenommen, unter ihnen der frühere Schachweltmeister Garri Kasparow. Er gehört zu den Wortführern der Protest-Partei „Das andere Rußland“. Kasparow und seine Mitstreiter verlangen mehr Freiheitsrechte.

Der welterfahrene Kreml-Präsident Wladimir Putin weiß, was diese Fernsehbilder anrichten, wie sie das Ansehen Rußlands beschädigen – trotzdem geht der Kreml auf die Demonstranten los.

Aus den Jahren vor und nach der Jahrtausendwende muß man eine Erkenntnis ziehen: Die Sicherheitskräfte können letzten Endes autokratische Systeme nicht mehr schützen, wenn die Bürger aufbegehren. Die Beweiskette ist lang: Polen, die DDR, die damalige Tschechoslowakei. Besonders alarmiert hatte Rußland der Sturz des getreuen Slobodan Milosevic 2000 in Belgrad, die Rosenrevolution von 2003 gegen Eduard Schewardnadse und die Orangene Revolution 2004 in der Ukraine. Diese Regimes hatten sich mit Wahlfälschungen behaupten wollen – und waren in wenigen Wochen so planmäßig beseitigt, als gäbe es ein neues Naturgesetz in der Politik.

Nur eine Ausnahme gilt: China hatte 1989 jede Opposition im frühesten Stadium beseitigt – mit großer Grausamkeit: 3000 Menschen starben bei dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

Wohin steuert Rußland? Nach den Umfragen könnten sich Putin und seine Kreml-Partei „Einiges Rußland“ auf eine breite Zustimmung im Land stützen. Aber was sagen Veröffentlichungen dieser Art schon aus in einem Land mit gelenkten Medien?

Putin und seine Vertrauten sind in Geheimdiensten geschult worden; sie können aus den Informationen der Dienste ihre Schlüsse ziehen. Argwöhnisch versuchen sie den Punkt auszumachen, an dem aus den Protesten der Unzufriedenen eine Massenbewegung wird.

Gesichert ist die Zukunft der Kreml-Oligarchen offenbar nicht. Im Vorfeld der Parlamentswahlen ist noch offen, ob sich Putins Partei gegen die Duma-Konkurrenz „Gerechtes Rußland“ behaupten kann. Neben Kasparows offener Opposition „Das andere Rußland“ muß Putin mit der „Vereinigten Bürgerfront“ rechnen, den Kommunisten und der Wendepartei Jabloko. Die Nationalisten von Wladimir Schirinowskij sind nach dem Verbot im Untergrund weiter aktiv.

Ein anderer Widersacher Putins, Boris Beresowskij in seinem Londoner Exil, gießt genüßlich Öl ins Feuer: Er wolle gern eine „Revolution in Rußland“ finanzieren. Schließlich wartet in sibirischer Haft Michail Chodorkowskij auf seine Befreiung; den ehemaligen Yukos-Chef hatte Putin vor der letzten Duma-Wahl ausgeschaltet und den Öl-Konzern zerschlagen.

Vor den Wahlen 2008 sieht die Lage im Land deutlich dramatischer aus, viel sozialer Sprengstoff hat sich angesammelt: In den letzten Monaten hat die Regierung Vergünstigungen abgeräumt. Daß die bisher gut versorgte Sowjet-Nomenklatura wegen der drastischen Rentenkürzungen verarmt, ist die eine Seite. Daß alle Rentner nicht mehr kostenfrei die Verkehrsmittel nutzen dürfen und keinen Zuschuß mehr für Telefon, Strom und Heizung bekommen, ist die andere Seite – und das bei Altersbezügen, die nicht zum Leben reichen. Gefährlich kann es werden, Studenten die Zukunft zu verbauen; ihnen wurden alle Zuwendungen wie Miet- und Nebenkosten gestrichen: Eine Katastrophe in den überbevölkerten Metropolen wie Moskau oder St. Peterburg.

Klaus D. Voss:

D wie Döner

Ist die deutsche Sprache ein Auslaufmodell? Schon ab Schulbeginn wird den Kleinen der Grundsprachschatz auf ein Minimum reduziert, dann hinauf bis zum Abitur die Zahl der Deutschstunden streng limitiert. Und jetzt haben wir, bildlich gesprochen, den Salat: Den jungen Deutschen ist das Deutsche eher fremd.

Ein Frankfurter Bildungsblatt hat jüngst bayerischen Hochschulprüfern in die Akten gesehen – und dabei einen Pisa-Schock der dritten Art erlitten. Nur jeder zehnte Studienanfänger war in der Lage, aus dem Grammatik-Stoff der siebenten und achten Klasse so viele richtige Antworten anzukreuzen, daß es zu einem „Befriedigend“ oder besser gereicht hätte. Die anderen Jungstudenten scheiterten schon an den ganz einfachen Fragen. Wie diese jungen Menschen die Hochschulreife erlangen konnten, bleibt eines der Betriebsgeheimnisse unseres Bildungssystems.

Im übrigen muß man Fragen zur Zukunft der Bildung nicht mehr stellen – alle Geprüften hatten sich für das Lehramt an Realschulen und Gymnasien eingeschrieben. Und da Bayern nicht die rote Laterne im Bildungswesen trägt, ist die Lage in anderen Bundesländern wohl mindestens ebenso brisant.

Aber Bildungspolitiker gehören wohl von Amts wegen zur schwer belehrbaren Sorte Mensch; einmal beschlossen ziehen sie die Sache mit der Sprachplünderung durch. Erst der Anschlag auf Orthographie und Zeichensetzung, dann geht die Lehre von den Formen und Fällen der Sprache in den Müll. Als nächstes folgt wohl ein generelles Verbot von Nebensätzen – bis alle gleich gut ihr Döner-Deutsch sprechen.

Doch es gibt einen Ausweg. Zwei Gruppen hatten sich im Bayern-Test gut abgeschnitten – Lateinschüler und Österreicher: also schult um.

Die Methode Merkel: Ein fatales Signal für die Partei

Oettinger jede Rückendeckung verweigert – Kapitulation vor dem Zeitgeist

Von Klaus D. Voss

Es ist ein neuer Tiefpunkt im politischen Leben Deutschlands: Keiner ihrer Vorgänger hätte sich erlaubt, was Bundeskanzlerin Angela Merkel sich herausgenommen hat – einen Ministerpräsidenten in aller Öffentlichkeit derart zu tadeln. Kritik im politischen Leben kennt ihre Formen.

Biestigkeit gehört nicht dazu. Der Fall im einzelnen: Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte mit dem Stuttgarter Regierungschef Oettinger über dessen Grabrede auf Hans Filbinger telefoniert, dann – ungehalten über den Verlauf des „Vier-Augen-Gesprächs“ – Auszüge davon an die Presse weitertragen lassen. Alles nur mündlich, kein Papier, auf das man sich zur Richtigstellung beziehen könnte. Diese Methode schmeckt nach einem „durch die kalte Küche fertig machen“.

Man hätte von der Parteichefin das Gegenteil erwarten dürfen, nämlich Wiedergutmachung in doppelter Hinsicht. Es geht nicht nur um Filbinger, es geht auch um ein trauriges Kapitel in der CDU-Geschichte: 1978 hatte die Union einen der ihren im Stich gelassen. Heute herrscht unter vernünftigen Menschen die gesicherte Ansicht vor, daß die Vorwürfe gegen den Marinerichter Filbinger in der Sache unbegründet waren – letztlich es nur die „ungeschickte Verteidigung“ des Ministerpräsidenten gewesen sei, die zu seinem Rücktritt führte. Oder deutlicher gesagt – die CDU hatte Filbinger sich selbst überlassen und das Feld für die Faktenverdreher freigemacht.

Das Signal, das Merkel jetzt gegen Oettinger setzte, ist genauso fatal. Jeder, der in einer Grabrede auf Hans Filbinger die historischen Fakten rechtschaffen behandeln und damit dem Toten seine Ehre lassen wollte, mußte mit einer Wiederaufführung der alten Klamotte vom „Furchtbaren Juristen“ rechnen – ganz gleich, welche Worte er wählen sollte. Doch statt Oettinger vor unangemessener Kritik zu schützen, gab Merkel das Trommelfeuer frei.

Überhört wurde dabei, daß Oettinger mit keinem Wort Filbinger zum „Widerstandskämpfer“ gegen das NS-Regime“ stilisiert hatte, wie die Kritikerschwadron es glauben machen will. Das war Filbinger nicht, aber er war auch kein Parteigänger der Nazis; hier urteilt Oettinger richtig.

Die Lehre aus dem Fall ist bitter für die Union – auch 30 Jahre nach der Affäre Filbinger hat die Parteiführung noch immer nicht genug Selbstbewußtsein entwickelt und schwankt mit dem Zeitgeist – ganz gleich wie die Parteibasis denkt.

Oettinger blieb letztlich nur die Wahl zwischen Klugheit und Standhaftigkeit; er entschied sich dafür, die Baden-Württemberger aus der Schußlinie zu nehmen.

Als Fußnote bleibt anzumerken: Filbingers Biographie hatte den schwierigsten Abschnitt der deutschen Geschichte durchqueren müssen.

Über diese Jahre sollte nur urteilen, wer die Fakten auch korrekt benennen und die Umstände bewerten will, unter denen damals gehandelt werden mußte.

Eine Grundregel, die eigentlich immer gilt – selbst im Fall Angela Merkel.

Niemand, der die Zwänge und Verpflichtungen im SED-Staat wirklich einschätzen kann, wird ihr lange vorhalten wollen, daß die junge Physikerin vorsichtshalber noch ihre FDJ-Bluse im Schrank hatte – 1978, als Angela Merkel nach einer wissenschaftlichen Karriere zu DDR-Bedingungen gierte.

MELDUNGEN

Wahrzeichen in Gefahr

Berlin – Die Turmruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche muß für drei Millionen Euro saniert werden. Regenwasser dringt in den Turm des Berliner Wahrzeichens ein und hat Fugen zwischen den Steinen ausgewaschen. Einsturzgefahr besteht nicht. Zur Finanzierung sagte der Vorsitzende des Gemeindekirchenrats: „Wir vertrauen auf die Spendenbereitschaft der Berliner und der Touristen angesichts dieses Problems.“ Außerdem wolle man sich an finanzkräftige Sponsoren wenden. Als letztes Mittel komme Werbung an der Kirche in Frage. *idea*

»Protestanten im Abseits«

Berlin – Kritik an der „Bibel in gerechter Sprache“ übt der Fernsehmoderator Peter Hahne. Es sei „geradezu grotesk“, so Hahne, daß Papst Benedikt XVI. mit einem glaubensweckenden Jesus-Buch die Titelseiten fülle, während der Protestantismus, der sich gern als „Kirche des Wortes“ bezeichne, wegen einer Bibelübersetzung mit Spott überschüttet werde. „Es tut einem lutherischen Journalisten in der Seele weh, nicht wegen seines Auferstehungsglaubens, sondern wegen der sektiererischen Sonderbibel aus dem Geist eines fundamentalistischen Feminismus von seinen skeptischen Kollegen verlacht zu werden“, beklagte Hahne. „Wo Bibel draufsteht, muß Urtext drin sein, alles andere ist durchschaubarer Etikettenschwindel“, sagte der TV-Journalist. Während der Papst mit seiner Neuerscheinung „Jesus von Nazareth“ einen populären Volltreffer lande, hätten sich die Protestanten „wieder mal populistisch ins selbst gewählte Abseits geschossen“. *idea*

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr:

Krippenspiele

Während Familienminister Ursula von der Leyen um die Finanzierung für den von ihr geplanten Ausbau von Krippenplätzen ringt, hat das Deutsche Jugendinstitut errechnet, daß der Ausbau ohne zusätzliche Milliardenausgaben des Staates möglich sei. Grund: 1,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen an Steuern und Sozialabgaben zusätzlich, wenn jede dritte Mutter eines Krippenkindes eine Halbtagsstelle annehmen würde. Außerdem 1,3 Milliarden Euro an Steuern und Sozialabgaben der zusätzlich eingestellten Erzieherinnen und gespartes Arbeitslosengeld II in Höhe von 250 Millionen Euro.

1.495.712.152.382 €

(eine Billion vierhundertfünfundneunzig Milliarden siebenhundertzwölf Millionen einhundertzweiundfünfzigtausend und dreihundertzweiundachtzig)

Vorwoche: 1.495.080.122.652 €
Verschuldung pro Kopf: 18.143 €
Vorwoche: 18.136 €

(Dienstag, 17. April 2007, 12 Uhr, www.steuerzahler.de)

Ein Herz für Helfer

Der Staat schafft Anreize für mehr bürgerliches Engagement

Von Rebecca Bellano

Es geschieht hinter den Kulissen, ohne großes Tamtam und von der Mehrheit der Deutschen fast unbemerkt: Die Bundesregierung verbessert in einem wesentlichen Bereich die gesetzliche Ausgangslage für unsere älter werdende Gesellschaft – und zieht sich gleichzeitig ein Stück aus der Verantwortung. „Der Staat kann nicht jede Hilfe geben. Aber er kann das Helfen begünstigen und damit mehr Hilfen ermöglichen“, heißt es im Regierungsentwurf des „Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerlichen Engagements“, das das Ehrenamt stärken und vor allem das Spenden attraktiver machen soll. Das Gesetz soll im Sommer beschlossen werden und rückwirkend am 1. Januar in Kraft treten. Da von keiner Seite ernsthafter Widerstand gegen das von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück initiierte Zehn-Punkte-Programm unter dem Motto „Hilfe für Helfer“ zu erwarten ist, müßte unsere Gesellschaft eigentlich schon seit Jahresbeginn enger zusammengerückt sein, denn genau darum geht es.

Da die Gesellschaft altert, also mehr Menschen auf fremde Hilfe angewiesen sein werden, und das soziale Netz von Staatsseite aufgrund von Finanzierungsproblemen ausgedünnt wird, setzt der Bund verstärkt auf die „zivilgesellschaftliche organisierte Mitmenschlichkeit“. Da diese aber im Laufe der letzten Jahrzehnte eher abgenommen hat, gibt es jetzt finanzielle Anreize.

Da zahlreiche wohltätige Einrichtungen, kultur- und sportfördernde Vereine und Stiftungen jeglicher Art nicht gewöhnt sind, von Seiten des Staates unterstützt zu werden, loben sie die neue Initiative. „Dies ist ein großer und mutiger Schritt für die Bürgergesellschaft. Herr Steinbrück verdient dafür Applaus und Unterstützung. Herr Steinbrücks Programm, wenn es gesetzlich umgesetzt wird, dürfte den gemeinnützigen Sektor, insbesondere auch die Entwicklung des Stiftungswesens, beflügeln“, jubelt Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen.

Die kleinen Rädchen im Getriebe – also jene, die in ihrer Freizeit als Trainer mit Kindern Fußball spielen, als Gesellschafter alten Menschen die Zeit verschönern oder im örtlichen Heimatmuseum Besuchern die Geschichte ihrer Stadt erzählen – werden jedoch angesichts der sie betreffenden Verbesserungen eher mit den Zähnen knirschen. Für sie wird der sogenannte Übungsleiterfreibetrag von 1848 Euro auf 2100 Euro angehoben. Das heißt, sie dürfen pro Jahr 2100 Euro steuerfrei für ihr Engagement erhalten. Zudem wird ein Abzug von der Steuerschuld für bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten – durchschnittlich 20 Stunden im Monat – in Höhe von 300 Euro gewährt.

Auch so mancher Schatzmeister eines Vereins wird eher resigniert mit den Schultern zucken, denn da immer mehr Städte und Gemeinden ihre finanziellen Zuwendungen eingeschränkt haben, müssen die Vereine sich durch eigene wirtschaftliche Betätigung Geld hinzuverdienen. Hier hatten sie sich eine Erleichterung gewünscht, da sie bisher ab Einnahmen in Höhe von 30678 Euro gleich für den Staat mitverdient hatten, weil ab der Summe Steuern anfielen. Wenn der Staat schon nicht bei der Finanzierung hilft, dann kann er doch wenigstens auf die Steuern verzichten, so der Wunsch der Vereine. Derzeit wird noch im Ausschuß diskutiert, ob eine wirtschaftliche Betätigung bis zu einer Einnahmenhöhe von 35000 oder 50000 Euro steuerfrei bleiben darf.

Für den Steuerzahler interessanter wird es, wenn es ums Spenden geht. Lagen die Höchstgrenzen für den Spendenabzug zuvor bei fünf Prozent des Jahreseinkommens für religiöse und gemeinnützige und bei zehn Prozent für mildtätige und kulturelle Zwecke, so wird der Satz nun auf 20 Prozent angehoben. Wer also sein Geld für etwas Gutes gibt, reduziert seine Steuerschuld. Hier verzichtet der Staat auf Einnahmen zugunsten gesellschaftlich aktiver Einrichtungen.



Bahnhofsmission: Wer ehrenamtlich anderen hilft, soll auch etwas davon haben. Foto: ddp

Wirklich spannend wird es mal wieder erst, wenn es ans große Geld geht: Hier an das für Stiftungen. Lag der steuerliche Abzugshöchstbetrag für Zuwendungen in den Vermögensstock von neugegründeten Stiftungen bisher bei 307000 Euro soll er jetzt auf 750000 Euro – laut Vorschlag des Bundesrates sogar auf eine Million Euro – erhöht werden. Auch wenn es so aussieht, daß der Staat hier auf eine Menge Steuereinnahmen verzichtet, zahlt sich für ihn ein Mehr an Stiftungen zweifellos aus. Je mehr sich die öffentliche Hand aufgrund von finanziellen Engpässen aus kulturellen und sozialen Bereichen zurückzieht – Schließung von Büchereien, Museen, Sporthallen –, desto mehr ist sie darauf angewiesen, daß andere diese von ihr zurückgelassene Lücke ausfüllen. Stiftungen bieten hier eine zuverlässige Lösung.

Mit einer Stiftung kann ihr Gründer auf Dauer mit seinem Geld der Nachwelt eine ein kleines Stückchen bessere Welt hinterlassen. Und da in den nächsten Jahrzehnten mit dem Ableben vieler durchaus vermögender, aber kinderloser Personen zu rechnen ist, hofft der Staat darauf, daß diese Menschen zumindest Teile ihres Geldes in Stiftungen stecken.

„Geld macht nicht glücklich. Sagt man. Aber es macht das Leben ein bißchen leichter“, so Reinhard Duda (54). Um möglichst vielen Jungen und Mädchen das Leben ein wenig zu erleichtern – und sie ein bißchen glücklicher zu machen –, haben er und seine Frau die Ute-und-Reinhard-Duda-Kinderhilfe gegründet. Ziel ist es, hilfsbedürftige Kinder in besonders armen Ländern über die Organisation SOS-Kinderdörfer zu unterstützen – dauerhaft. Doch man muß nicht immer gleich die Welt retten wollen. Mann kann auch vor der eigenen Haustür anfangen. So Edith Fröhnert. 1996 gründete sie, da sie keine direkten Erben hatte und ihr Ehemann bereits 1979 verstorben war, die Edith-Fröhnert-Stiftung. 1946 war Edith Fröhnert mit ihrem Ehemann aus dem Osten als Flüchtlinge nach Lübeck gekommen. Daher ist in der Stiftungssatzung festgeschrieben, daß die Förderungen der Stiftung sich nur auf Lübeck beziehen sollen, als Dank dafür, daß die Hansestadt Lübeck die Flüchtlinge damals aufgenommen hat.

„Das Leben hat es gut mit uns gemeint. Jetzt wollen wir anderen etwas davon zurückgeben“, findet Reinhard Duda – und ist damit offenbar nicht alleine, denn es gibt rund 14000 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts in Deutschland, die vielen unselbständigen Stiftungen, Stiftungsvereine und -gesellschaften sowie Stiftungen öffentlichen Rechts nicht mit eingerechnet.

Was ist eine Stiftung?

Eine Gründung einer Stiftung eröffnet die Möglichkeit, mit einem Vermögen dauerhaft Gutes zu tun. Dieses Stiftungs-Vermögen bleibt hierbei konstant und nur die Zins-Erträge werden dazu verwandt, die für die Stiftung festgelegten Ziele zu verfolgen. Diese Ziele können sich im kulturellen oder sozialen Engagement äußern. So kann zum Beispiel eine Stiftung, die sich vorgenommen hat, krebskranke Kinder zu unterstützen, bei einem Grundvermögen von einer Million Euro bei einer jährlichen durchschnittlichen Verzinsung von 3,5 Prozent pro Jahr 35000 Euro in ihrem Sinne verteilen.

Stiftungen sind keinesfalls eine Erfindung der Gegenwart. Es ist vielmehr so, daß in den letzten Jahren eine über 1000 Jahre alte Einrichtung wiederentdeckt wird. Viele alte Klöster und Kirchen sind bis heute sichtbare Zeugen davon, daß Herrscher schon im 10. Jahrhundert durch die Bereitstellung eines Teiles ihres Vermögens versuchten, sich ihr Seelenheil zu erkaufen. Im 13. Jahrhundert wurden die ersten sozialen Stiftungen gegründet. In Bürgerspitalen zum Heiligen Geist wurden pflegebedürftige und kranke Menschen versorgt. Stifter waren hier meist reiche Adelshäuser. Die bekannteste, aber keineswegs erste Sozialstiftung ist die Fuggerei in Augsburg. 1516 schuf Jakob Fugger der Reiche eine bis heute bewohnte Siedlung mit für damalige Zeiten hochmodernen Sozialwohnungen für nur einen Rheinischen Gulden (heute 0,88 Euro) Jahresmiete. Fester Bestandteil der Hausordnung ist noch heute das tägliche „Vater unser“ und das „Große Glaubensbekenntnis“ für die Stifter.

Im 20. Jahrhundert ebbte mit dem Ausbau des Sozialwesens auch die Neugründung von Stiftungen ab.

Der letzte Enkel des Kaisers

Nachruf auf SKH Prinz Wilhelm-Karl von Preußen

Von F. C. Albrecht und Wilhelm v. Gottberg

Am Ostermontag 2007 starb der frühere langjährige Herrenmeister des Johanniterordens SKH Prinz Wilhelm-Karl von Preußen. Er war der letzte noch lebende Enkel Kaiser Wilhelms II.

1922 wurde der Verstorbene als Sohn des Prinzen Oskar und seiner Gemahlin Ina-Marie, geborene Gräfin v. Bassewitz, in Potsdam geboren. Von Kindheit an hatte er eine besondere Passion für Pferde und die Reiterei. Bei Kriegsausbruch 1939 meldete er sich als 17jähriger freiwillig. Er wurde dem berittenen Artillerieregiment Nr. 22 in Verden a. d. Aller zugeteilt.

Nach dem Soldatentod des Prinzen Wilhelm, des ältesten Sohnes des deutschen Kronprinzen 1940, erließ die Reichsregierung eine Bestimmung, die den Fronteinsatz von Angehörigen vormals regierender Fürstenhäuser verbot. Prinz Wilhelm-Karl, inzwischen Leutnant, schied aus der Wehrmacht aus. Er absolvierte eine landwirtschaftliche Lehre in Ostpreußen.

Einst Herrenmeister der Johanniter

Nach dem Krieg verbot die britische Besatzungsmacht dem Kaiserenkel ein Studium an der Göttinger Universität. Der Verstorbene trat in ein Holzmindener Unternehmen ein und wurde dort 1960 Geschäftsführer.

1948 wurde der Kaiserenkel in den Johanniterorden aufgenommen, dem damals sein Vater SKH Prinz Oskar von Preußen als Herrenmeister vorstand. 1958 wurde Wilhelm-Karl in der Nachfolge seines Vaters zum Herrenmeister des Johanniterordens berufen. Von 1958 bis 1999 hat er als regierender Herrenmeister den Johanniterorden über 40 Jahre mit großer menschlicher Umsicht und sicherer Hand durch alle gesellschaftlichen und politischen Veränderungen geführt.

Die Wiedereinrichtung der enteigneten Johanniterhäuser in der ehemaligen DDR bedeutete eine beträchtliche Aufgabenerweiterung für den Orden.

Darüber hinaus wurde der Orden nach der Wende auch in den Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches aktiv. Die Einrichtung der Johannitersozialstationen in Ost- und Westpreußen und in Pommern hat Prinz Wilhelm-Karl mit Sympathie und Anteilnahme verfolgt.



Prinz Wilhelm-Karl von Preußen Foto: pa

1999 konnte er als Spitzenrepräsentant und Gastgeber des Ordens das 1000jährige Bestehen dieser Institution mit einer großen Gratulantenschar festlich begehen.

Der Verstorbene war Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie Träger des Großkreuzes „Pro Merito Melitensi“ des souveränen Malteser-Ritterordens. Auch war er Ehrenbürger der Stadt Holzminden.

Wer in seinem Leben die Gelegenheit hatte, SKH Prinz Wilhelm-Karl von Preußen zu begegnen, war beeindruckt von seiner fest im christlichen Glauben wurzelnden, immer die Würde seiner Stellung und seines Hauses wahrenden, bescheidenen, ritterlichen Persönlichkeit.

Kaminer kein Berliner

Von HARALD FOURIER

Wladimir Kaminer ist der ungekrönte König aller Russen in Berlin. 1990 kam er als Asylant aus der untergehenden Sowjetunion in die gerade wiedervereinigte Stadt – und heute ist er einer der größten deutschsprachigen Autoren „mit Migrationshintergrund".

Russen gibt es ja reichlich in Berlin, vor allem im Prenzlauer Berg. In der Schönhauser Allee zum Beispiel: Im „Courage" treten immer russische Bands auf, und im „Chagall" gibt es viel zünftigen Borschtsch. Noch ein Stück weiter ist die Kulturbrauerei. Hier hatte Kaminer am Mittwoch letzter Woche seinen großen Auftritt: Er stellte sein neues Buch vor.

„Ich bin kein Berliner" soll ein Reiseführer sein, aber die Tips darin können getrost vernachlässigt werden. Das Wichtige sind seine Kurzgeschichten, die übertreffen alles, was es sonst so an Gegenwartslektüre über Berlin gibt.

Dabei beschreibt Kaminer gar nichts besonderes, sondern nur alltägliche, banale Dinge, die in Berlin geschehen, aber auf eine so naiv-kindliche Art und mit seinem russischen Akzent, da kann sich niemand ein Lachen verkneifen.

Kaminer kommt also in den vollgepackten Kinosaal und setzt sich nicht an den Tisch, sondern oben drauf. „Ah, iccch bin das Kino", rollt er. Und schon wird gelacht. Dann erzählt er eine Geschichte, die es in sich hat, und über die schallend gelacht wird:

Kaminer schaut mit seinen Kindern russische DVD, Raubkopien möglicherweise, denn er deutet an, daß er Filme oft schon vor dem Kinostart hat. „Ich habe sogar schon Filme auf DVD, die wurden noch gar nicht gedreht", behauptet er. Diese Filme seien aber alle schlecht synchronisiert.

Neulich hatte sein Sohn Streit mit einem Türkenjungen auf dem Pausenhof. Türken seien unzuverlässig, soll der Sohn geschimpft haben. Kaminer senkt den Blick zu Boden und schämt sich sofort. Unsicher fragt er sich selbst, ob er vielleicht ein „rassistisches Schwein" sei, daß er seinen Sohn nicht besser erzogen habe.

Bis sich herausstellt: Der Junge hatte diese Erkenntnisse über Türken von einer russischen Fassung des „Herrn der Ringe". Darin werden die englischen Orks (zu Deutsch: Orken) fehlerhaft ins Russische als Turken übersetzt. Diese Orken sind unzuverlässig. Der Sohn hat nur wiederholt, was er in dem Hollywoodstreifen gesehen hat, von Türken war gar nicht die Rede.

Es ist immer wieder lustig, Kaminer zuzuhören oder seine Bücher zu lesen.

Wer soll was bezahlen?

Der Bund und das Land Berlin streiten über die Finanzierung des Stadtschlosses



Blick auf eine Trümmerlandschaft: Touristen bietet sich im Herzen Berlins kein schöner Anblick. An der Stelle, wo 2011 das Stadtschloß wieder stehen soll wird noch bis 2008 der asbestverseuchte Palast der Republik abgerissen.

Foto: ddp

Von HARALD FOURIER

Wer den neuen Hauptbahnhof am Nordeingang verläßt, sich nach rechts wendet und dann unter den gewaltigen Schienensträngen außen an dem Glaspalast entlanggeht, der passiert einen fast unscheinbaren Eingang. Darüber prangt ein „U", was ihn als Zugang zur U-Bahn ausweist.

Das „U" ist aber durchgestrichen. Und ein Blick nach links zeigt dem Spaziergänger einen weiteren Eingang zur U-Bahn. Dort ist eine Treppe, die nach unten führt. Ein Schild verrät, daß es dort zum U-Bahnhof „Hauptbahnhof" geht.

Es gibt aber im ganzen Berliner U-Bahnnetz keine Station, die „Hauptbahnhof" heißt.

Hinter diesem geheimnisvollen Eingang zur Berliner Unterwelt verbirgt sich eine Stichwort, das seit Jahren ein Dauerbrenner der Berliner Politik ist: die Kanzler-U-Bahn. Diese Mini-Strecke zur Anbindung von Hauptbahnhof und Kanzleramt an das restliche U-Bahnnetz ist noch immer nicht fertig, weil der Bund und das Land sich über die Finanzierung uneinig sind.

Eigentlich ist die Sache klar: So eine U-Bahnstrecke muß die Stadt eigentlich selbst bauen. Was geht das den Bund an? Andererseits ist es ein Bauprojekt im unmittelbaren Zusammenhang mit der deutschen Einheit. Und außerdem bindet sie ja das Kanzleramt an den Berliner Nahverkehr an. Deswegen auch die propagandistische Formel „Kanzler-U-Bahn", so als würde Angela Merkel mutterseelenallein damit fahren (wobei die entsprechenden Planungen noch auf ihren Vorvorgänger Helmut Kohl zurückgehen).

Genau so ein Streit zwischen Bund und Land ist jetzt auch in der Frage des Berliner Schlosses entbrannt: Wer soll was bezahlen? Der Senat ist heillos über diese Frage zerstritten. Und Klaus Wowereit mußte von der Ferne (er weilte in der vergangenen Woche noch im Osterurlaub) verfolgen, wie sich seine Kollegen gegenseitig widersprachen – sehr zur Freude der profilierungssüchtigen schwarz-grünen Opposition.

Schon jetzt plant die Bundesregierung für die Zeit nach dem Abriß des Palastes der Republik. Der vollzieht sich noch immer in einem masochistischen Schneckentempo, soll aber 2008 abgeschlossen sein. Dann soll auch der Architektenwettbewerb abgeschlossen sein, so daß im Sommer 2009 der erste Spatenstich und die Einweihung zwei Jahre später erfolgen können.

Bundesbauminister Tiefensee gilt als großer Schloß-Befürworter. Auf seine Initiative hin wird das Kabinett wohl den Wiederaufbau des Schlosses als „Humboldt-Forum" beschließen.

Nicht in den Plänen der Bundesregierung enthalten sind die Überdachung und die historische Fassade, die das Schloß erst zum Schloß macht. Für letztere will der Schloß-Lobbyist Wilhelm von Boddien 80 Millionen Euro auftreiben. Nach dem Erfolg der Dresdener Frauenkirche ist wohl anzunehmen, daß von privater Hand genug für so ein Projekt zusammenkommt.

Doch im Streit zwischen dem Bund und dem Land geht es um den Anteil des Landes an den geschätzten reinen Baukosten von 480 Millionen Euro. Berlin soll 50 Millionen beisteuern, also gut ein Zehntel der Gesamtsumme.

Die Linkspartei, der das ganze Projekt von Anfang an ein Dorn im Auge war, mauert. Klaus Lederer, PDS-Chef in Berlin, findet: „Wir fahren einen harten Konsolidierungskurs. Wir können deswegen nicht immer Geld auf den Tisch legen, wenn es die Bundesregierung wünscht."

Lederer kann auf einen Genossen in der SPD setzen: auf Thilo Sarrazin. Der Finanzsenator ist für Mehrausgaben grundsätzlich nicht zu haben und wiegelt ab. Berlins Bausenatorin Ingeborg Junge-Reyer dagegen ist zwischen Ja und Nein hin- und hergerissen. Sie will mit dem Bund „verhandeln", was immer das auch heißen mag.

Für die schwarz-grüne Opposition ist das eine Steilvorlage. Gerade erst hat Friedbert Pflüger in einem „Cicero"-Aufsatz wieder einer Koalition mit den Grünen das Wort geredet („Schwarz-Grün für Berlin, Plädoyer für ein neues politisches Farbenspiel"), da finden beide Parteien auch wirklich zusammen.

So fordern beide Parteien den Senat zum Ende der Zurückhaltung auf. Das ist Politik paradox: Normalerweise warnen Oppositionspolitiker vor Mehrausgabe und fordern mehr Haushaltsdisziplin. Diesmal ist es umgekehrt.

So forderte der CDU-Kulturpolitiker Michael Braun, Wowereit müsse „die Brüskierung des Bundes" beenden. Und die Spitzen-Grüne Eichstädt-Bohlig kritisierte: „Berlin ist zur Mitfinanzierung des Humboldtforums nicht nur moralisch, sondern auch faktisch verpflichtet."

Der Grund: Ein Teil der Berliner Bibliotheken wie die der Humboldt-Uni soll später dort untergebracht werden.

Der Bund drückt also aufs Tempo – zu Recht. Wenn Knut eines Tages ausgewachsen ist, dann wird Berlin neue, dauerhafte Attraktionen wie das Stadtschloß benötigen. Nichts wäre schlimmer, als wenn Touristen durchgestrichene Schilder vorfänden, auf denen zwar „Zum Berliner Schloß" stünde, die aber den Weg auf einen kahlgefegten Platz wiesen – wie die Schilder, die zur „Kanzler-U-Bahn" zeigen.

Mit der »Lichtgestalt« geht es zu Ende

Die Linkspartei distanziert sich von Hans Modrow – Ehemaliger DDR-Ministerpräsident vielleicht bald nicht mehr Ehrenvorsitzender

Von MARKUS SCHLEUSENER

Auf dem Dortmunder Parteitag der Linkspartei war auch er wieder mit von der Partie: Hans Modrow. Der Ehrenvorsitzende der Linkspartei spricht mit Delegierten, gibt Interviews. Alte Parteigenossen kommen zu ihm, klopfen ihm auf die Schulter. Doch mit der „Lichtgestalt" geht es zu Ende – und das nicht nur, weil der Mann auf die 80 zugeht. Ein ehemaliger Genosse bringt jetzt das „Denkmal" vom „Reformer Modrow" weiter ins Wanken.

Rückblick: Stürmische Zeiten sind in Ost-Berlin angebrochen: Im Dezember 1989 hat die SED bereits mehr als nur die Kontrolle über ihre Staatsgrenzen verloren. Längst ist ihre Führungsrolle in Frage gestellt, der Machtverlust scheint unausweichlich.

In dieser Situation beruft Hans Modrow, seinerzeit DDR-Ministerpräsident, seine Getreuen beisammen. Es geht um die Sicherung der Existenz der SED über die angekündigten freien Wahlen hinaus. Es ist der 3. Dezember, morgens.

Es erscheinen Geheimdienstchef Markus Wolf und der für die Finanzen zuständige Wolfgang Pohl. Diese beiden sind inzwischen verstorben und können keine Auskunft mehr über dieses Krisengespräch geben.

Zudem sind Gregor Gysi und Wolfgang Berghofer anwesend. Letzterer war als Dresdner Oberbürgermeister automatisch ein Weggefährte Modrows (damals SED-Chef im Bezirk Dresden) und galt selbst als prominentester Reformer in der SED. Gysi dagegen war bis dato nicht in Erscheinung getreten und sollte das neue Gesicht der Partei verkörpern.

Modrow kommt gleich zur Sache: „Genossen, wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige!" fordert er. Schuldige suchen, denen man die Sache in die Schuhe schieben kann – das ist die Strategie der SED-Führer, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Berghofer erstaunt: „Wie stellst du dir das vor? Die Schuldigen sind wir." „Nein, das kann man so nicht sehen, wir brauchen Verantwortliche, zu denen es in der Gesellschaft schnell einen Konsens gibt und die Massen sagen: ‚Jawohl, das sind die Schuldigen.' Das kann nicht die SED sein." „Wer soll das sein?" fragt Berghofer. „Das Ministerium für Staatssicherheit", antwortet Modrow. Daraufhin, so Berghofer, habe Markus Wolf protestiert: „Hans, wir – Schild und Schwert der Partei – haben doch nie etwas ohne Befehle von euch gemacht." Modrow habe Wolf beruhigt und versprochen: „Die Aufklärung des MfS halten wir selbstverständlich aus dieser Angelegenheit heraus."

Modrow skizziert die „Sündenböcke": Da es die SED nicht sein dürfe, müsse neben dem Ministerium für Staatssicherheit eine Einzelperson die Schuld auf sich nehmen, eine „hauptverantwortliche Person für die Misere." Honecker dürfe es aber nicht sein, weil er für die Partei stehe.

„Wir brauchen einen Schuldigen, bei dem das Volk sagt, der hat auf unsere Kosten gelebt. Das ist Alexander Schalck-Golodkowski", soll er dann gesagt haben. Noch am gleichen Tag tritt der Sündbock-Plan in Kraft: Hans Modrow gibt dann die Flucht von Schalck-Golodkowski in den Westen bekannt. Damit ist der gewiefte Devisenbeschaffer, der die DDR während der 80er Jahre immer wieder vor dem Ruin retten mußte, plötzlich der Blitzableiter für den Volkszorn.

„Dieser Schachzug von Modrow zur Rettung der SED (hat sich) als genial erwiesen, weil er funktioniert hat und bis heute funktioniert", sagt Berghofer heute. Der Ex-Genosse belastet seinen Chef von damals heute schwer. In einem Interview mit dem Historiker Manfred Wilke hat er Licht in diese Episode der DDR-Geschichte gebracht und damit Modrows Reputation als Reformer in Mitleidenschaft gezogen. Berghofer kritisiert: „Die eigentlichen Machtstrukturen sind alle aus dem Bewußtsein verschwunden, niemand kennt sie mehr."

Was hat den Bruch zwischen den beiden verursacht? Berghofer war unzufrieden mit Modrows Führungsrolle. Schon im Herbst 1989 habe der ein Doppelspiel gespielt, bei dem er, Berghofer, (im Falle des Scheiterns) als Verlierer dazustehen drohte, während Modrow sich die Lorbeeren für den Erfolgsfall sicherte.

So habe er, Berghofer, den Kontakt zu den Demonstranten gesucht, gegen die die „Volkspolizei" im Oktober hart und brutal vorgegangen sei. Dadurch sei die Lage entspannt worden.

Zeitgleich habe Modrow noch folgende Parole ausgegeben: „Wir müssen die Kraft der Straße brechen, dann können wir wieder fest im Sattel sitzen und weitermachen wie bisher."

Gysi und Modrow bestreiten natürlich vehement, daß sich das Treffen damals so abgespielt habe. Modrow bezweifelt, ob Berghofer sich überhaupt heute noch genau an den Wortlaut der Unterhaltung erinnern könne.

Gysi dagegen will sich ganz genau erinnern können: Er habe Modrow an diesem Tag getroffen, aber woanders (im Ministerratsstatt im Staatsratsgebäude).

Trotzdem geht die Partei auf Distanz zu Modrow. Wenn es nach dem Willen ihrer Führer geht, dann wird jetzt Modrow selbst zu einer Art Sündenbock: Einen Ehrenvorsitzenden soll es nach der Vereinigung mit der WASG nicht mehr geben.

Und die Eröffnungsrede auf dem Parteitag im nordrhein-westfälischen Dortmund, die durfte er auch nicht mehr halten.

Zeitzeugen



Viktor Juschtschenko – kam am 23. Februar 1954 in dem ukrainischen Ort Choruschjowka zur Welt. Er zog sich im Wahlkampf 2004 eine schwere Dioxinvergiftung zu. Wiener Ärzte stellten eine 1000fache Menge der normalen Konzentration des Giftes in seinem Blut fest. Er selbst und seine Wahlkampfhelfer vermuten hinter der Vergiftung einen Anschlag seiner politischen Gegner um Ex-Präsident Leonid Kutschma.

Leonid Danlowitsch Kutschma – wurde am 9. August 1938 in Tschaikino geboren. Er studierte Raketentechnik, stieg in Managementpositionen auf und gehörte zur kommunistischen Elite. Von 1992 bis 1993 war er Premierminister, 1999 bis 2004 Präsident der Ukraine. Seine Amtszeit endete mit der Orangenen Revolution. Aus den Präsidentschaftswahlen 2004 ging Viktor Juschtschenko als Sieger hervor.



Viktor Janukowitsch – wurde am 9. Juli 1950 im Donezkgebiet geboren. Der ukrainische Premierminister ist erklärter Feind von Präsident Juschtschenko. Er gilt als Freund von Wladimir Putin und Ex-Premier Kutschma. Der gelernte Autoschlosser ist wegen Raub und Körperverletzung vorbestraft. Nach den Parlamentswahlen 2006 wurde er nach monatelangen Koalitionsverhandlungen zum zweiten Mal Premierminister der Ukraine.

Wladimir und Vitali Klitschko – Die beiden Profiboxer engagierten sich für die Orangene Revolution. Am 26. März 2006 trat Vitali Klitschko bei der Wahl zum Bürgermeister der Stadt Kiew an und kandidierte für das ukrainische Parlament. Er erreichte 29 Prozent der Stimmen. Er wurde am 19. Juli 1971 in Belowodsk geboren.



Julia Timoschenko – ist am 27. November 1960 in Dnjepropetrowsk geboren. Sie studierte Wirtschaft an der Dnjepropetrowsker Staatsuniversität und war unter Juschtschenko stellvertretende Regierungschefin. Sie war Führerin der Orangenen Revolution. Erklärte Feinde sind Leonid Kutschma und Ex-Präsidialamtschef Medwedtschuk. Im Jahre 2001 wurde Timoschenko wegen Betrugsverdacht vorübergehend festgenommen. Sie ist geschieden und hat eine Tochter.

Kiew im Chaos

Unerbittlichkeit der Kontrahenten könnte zur Spaltung der Ukraine führen

Von M. Rosenthal-Kappi

Die Regierung der Ukraine scheint sich eines Erfolgs im Kampf gegen den eigenen Präsidenten erfreuen zu können. Dies könnte man aus der Entscheidung Viktor Juschtschenkos schließen, nach langer Zerreißprobe die „Werchowa Rada" (das Parlament) in Kiew aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen. Ob es überhaupt zu Wahlen kommen wird, ist indes unklar, denn noch weigert sich die Regierung, die finanziellen Mittel für diese Neuwahlen bereitzustellen, da für dieses Jahr keine Wahlfinanzierung im Budget vorgesehen ist. Hierüber soll das Verfassungsgericht entscheiden; dieses aber ist zur Zeit nicht beschlußfähig, weil die Hälfte der Richter sich krank gemeldet hat, da sie sich bedroht fühlte.

Was sich wie eine Posse liest, ist in Kiew Realität. Seit der Orangenen Revolution gestaltet sich die politische Situation der Ukraine äußerst labil. Dabei stehen sich Präsident Viktor Juschtschenko, der mit seiner Partei „Unsere Ukraine" für eine Annäherung der Ukraine an die Europäische Union und für eine Natomitgliedschaft seines Landes steht, und der prorussische Ministerpräsident Viktor Janukowitsch mit seiner „Partei der Regionen", der aufgrund seiner Freundschaft mit Putin einen akzeptablen Gaspreis für die Ukraine erzielen konnte, unerbittlich in ihren Positionen gegenüber.

Als dritte wichtige Person im politischen Geschehen der Ukraine ist Julia Timoschenko, die Frau mit dem nach ukrainischer Tradition um den Kopf gewundenen Zopf, zu nennen. Einst treibende Kraft der Orangenen Revolution sowie Weggefährtin und Mitstreiterin des Präsidenten, war Timoschenko fast ein Jahr Premierministerin und regierte mit Juschtschenko. Die ihren Namen tragende Partei „Block Julia Timoschenko" besitzt seit März 2006 die zweitstärkste Fraktion im Parlament. Julia Timoschenko selber ist mittlerweile Oppositionsführerin und schärfste Kritikerin des Präsidenten.

Betrachtet man den Werdegang der politisch Agierenden, so spiegelt sich die soziale und wirtschaftliche Realität des Landes nach dem Zerfall der Sowjetunion in den Personen wider.

Viktor Juschtschenko, der prowestliche und reformorientierte Politiker, wuchs in einer Akademikerfamilie auf. Er studierte am Finanztechnischen Institut und wurde leitender Angestellter großer Banken, wie der Staatsbank Kiew oder der Agroprombank. 1997 erhielt er den „Global Finance Award" der besten fünf Bankleute weltweit. Neben zahlreichen Preisen erhielt er Ehrenbürgerschaften und Ehrendoktorwürden, studierte unter anderem in den USA. In seiner Position als Premierminister der Ukraine (1999–2001) setzte er sich für marktwirtschaftliche Reformen und die Bekämpfung der Korruption ein.

Viktor Janukowitsch hingegen verkörpert den aus einfachen Verhältnissen stammenden, im industriellen Donezkgebiet aufgewachsenen Slawophilen sowjetischer Prägung mit enger Bindung an Rußland, dessen Selbstverständnis ein nationales ist. Seit seinem Amtsantritt als Regierungschef im Jahr 2006 war das politische Tagesgeschehen in der Ukraine von einem Machtkampf zwischen Regierung und Präsident bestimmt.

Julia Timoschenko, die ebenfalls aus einfachen Verhältnissen mit einer alleinerziehenden Mutter stammt, schaffte den Sprung ins politische Metier über ein Studium zur Wirtschaftsingenieurin. Ihren Aufstieg konnte sie in den 90er Jahren verwirklichen. Sie begann als kleine Unternehmerin, doch schon 1995 wurde sie Chefin des Energiekonzerns EESU (Vereinte Energiesysteme der Ukraine). Der Block Julia Timoschenko kann wie die deutsche FDP, zu der die Partei enge Beziehungen hat, als liberales Gegengewicht zu den beiden anderen Blöcken gesehen werden.

Die aktuelle politische Lage in der Ukraine ist schwer vorhersagbar. Änderungen können von einer Minute auf die andere eintreten. Mit Verzögerungstaktiken wie die der Finanzierung und Verfahrensfragen versucht Janukowitsch eine Neuwahl zu verhindern. Wenn das Verfassungsgericht eine Neuwahl doch zulassen sollte, fordert er mit der Neuwahl des Parlaments gleichzeitig eine Präsidentenwahl. Zunächst will er Präsident Juschtschenko an den Verhandlungstisch zurückholen.

Präsident Juschtschenko sieht bei der gegenwärtigen Regierung jedoch die parlamentarische Demokratie in Gefahr. In der vergangenen Legislaturperiode kam es zu 460 Fraktionswechseln (bei 450 Abgeordneten) im Parlament. Dies wird erleichtert durch das geltende Verhältniswahlrecht, bei dem das Mandat an die Partei gebunden ist. De facto wurden so die Befugnisse des Präsidenten immer mehr eingeschränkt, was schließlich zur Auflösung des Parlaments führte.

Beobachter befürchten, daß – wenn die Situation noch weiter angeheizt wird – Juschtschenko sich entweder mit Waffengewalt durchsetzen oder es zu einer Abspaltung einer „Südostukrainischen Autonomen Republik" kommen könnte.



Kiew: Aufgeheizte Stimmung. Anhänger beider Seiten demonstrieren Foto: AFP / Getty

Erst zusammen, dann auseinander

Die Sowjetunion wurde am 30. Dezember 1922 nach dem Niedergang des Russischen Reiches und der Oktoberrevolution von 1917 als Zusammenschluß der Russischen FSR mit der Ukrainischen SSR, der Weißrussischen SSR und der Transkaukasischen SFSR unter Führung der kommunistischen Partei und ihres Führers Wladimir I. Lenin gegründet. 1924, im Todesjahr Lenins, wurden Turkmenien und Usbekistan, 1929 Tadschikistan annektiert und als SSRs in die UdSSR eingegliedert. 1940 und 1941 folgte die Okkupation der baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen sowie Moldawiens und Kareliens, letzteres verlor nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Status als eigene Republik jedoch wieder. Mit dem Tod Lenins begann die von Diktatur und Unterdrückung geprägte

Gründung der Sowjetunion und der GUS

Ära Stalin. Die Ukraine galt als die Kornkammer der Sowjetunion. Unter Stalin kam es in den 30er Jahren zu massenhaften Enteignungen von Kulaken und zur Kollektivierung der Landwirtschaft. 800000 Kulaken wurden inhaftiert, Zehntausende Rußlanddeutsche flohen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, aus dem die Sowjetunion neben den USA, Frankreich und England als Siegermacht hervorging, wurde die Zeit des Kalten Krieges eingeleitet. Die Sowjetunion entwickelte sich neben den USA zur zweiten militärischen Supermacht. Von 1985 bis 1991 regierte Partei- und Staatschef Michael Gorbatschow das Riesenreich. Unter ihm wurden umfassende Reformen und eine Öffnung zur Demokratie eingeleitet, durch die auch die Reformprozesse im sozialistischen Ostblock vorangetrieben wurden. Mit dem Niedergang des sozialistischen Lagers destabilisierte sich auch in der Sowjetunion die politische Lage zunehmend. Im August 1991 kam es zu einem Putschversuch von konservativen kommunistischen Militärs, der jedoch dank des Eingreifens des Präsidenten der russischen Teilrepublik, Boris Jelzin, erfolglos blieb. Nach der Unabhängigkeitserklärung der baltischen Sowjetrepubliken löste sich im Dezember 1991 die Sowjetunion auf. Die übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken traten der neugegründeten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei.

Als die Orangenen noch siegreich waren

Vor über drei Jahren setzten sich die Proeuropäer gegen die Prorussen bei den Präsidentschaftswahlen durch

Von Manuel Ruoff

Die sogenannte Orangene Revolution ist der erfolgreiche Widerstand des Volkes in der Ukraine gegen den Versuch der herrschenden Nomenklatura, deren Kandidaten für das Präsidentenamt mit Hilfe von Wahlfälschungen durchzusetzen.

Bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen des Jahres 2004 waren beim ersten Wahlgang von den insgesamt 24 Kandidaten laut der offiziellen Wahlkommission der populäre, prowestliche Vorsitzende des Oppositionsblocks „Unsere Ukraine", Viktor Juschtschenko, und der Kandidat des amtierenden Präsidenten, der prorussische Ministerpräsident Viktor Janukowitsch, als Bestplazierte hervorgegangen. Da keiner von ihnen die absolute Mehrheit gewonnen hatte, fanden am 21. November Stichwahlen zwischen den beiden statt. Drei Tage später veröffentlichte die Wahlkommission das amtliche Endergebnis dieses zweiten Wahlganges. Danach hatte Janukowitsch Juschtschenko mit 49,42 zu 46,69 Prozent geschlagen. Im Gegensatz zu den Präsidenten Rußlands und anderer ehemaliger Sowjetrepubliken erkannte wie die EU, die USA und die OSZE auch die ukrainische Opposition dieses Wahlergebnis nicht an. Zu eklatant waren die Abweichungen von den Umfrageergebnissen sowie die bereits vor der Wahlergebnisverkündung bekanntgewordenen Unregelmäßigkeiten. In der den Wahl folgenden Tagen und Wochen gab es im ganzen Land, vor allem aber in der Hauptstadt, Demonstrationen und Proteste der Opposition. Am 23. November erklärte sich Juschtschenko vor rund 250000 in Kiew versammelten Sympathisanten zum Wahlsieger. Die internationale Staatengemeinschaft forderte er auf, ihn als solchen anzuerkennen. Am 25. November schlug sich das Oberste Gericht der Ukraine insoweit auf die Seite der Opposition, als es auf Antrag Juschtschenkos die Veröffentlichung des amtlichen Endergebnisses untersagte. Auch das Parlament ergriff für den Oppositionskandidaten Partei, wenn es am 27. November mehrheitlich zu dem Ergebnis kam, daß das amtliche Ergebnis nicht dem Wählerwillen entspreche. Am Abend des 28. November drohte der Machtkampf zu eskalieren und blutig zu werden. 10000 Uniformierte des Innenministeriums machten sich bereit, den Protest auf dem Unabhängigkeitsplatz der Hauptstadt niederzuschlagen. Der Chef des Geheimdienstes SBU konnte dieses jedoch mit der Drohung verhindern, daß im Falle eines Vorgehens der Innenministeriumstruppen gegen die Demonstranten sich die geheimdiensteigenen Truppen mit regulären Militäreinheiten des Verteidigungsministeriums auf die Seite der Protestierenden schlagen würden. Eine bewaffnete Auseinandersetzung blieb daraufhin aus. Am 3. Dezember erklärte das Oberste Gericht die Stichwahl für ungültig und ordnete eine Wiederholung bis zum 26. Dezember an. Nachdem das Parlament die dafür notwendige Gesetzesgrundlage geschaffen hatte, wurde die Stichwahl an eben jenem zweiten Weihnachtstag wiederholt. Aus ihr ging nun auch offiziell Juschtschenko als Sieger hervor. Der unterlegene Janukowitsch trat als Regierungschef zurück, und am 23. Januar 2005 fand im ukrainischen Parlament die Einführung des Wahlsiegers in das Amt des Staatsoberhauptes statt.

Die nach dem Erkennungszeichen der Anhänger Juschtschenkos benannte Orangene Revolution hatte ihr Ziel erreicht.

Jetzt kommt Kurt

SPD-Chef Beck auf Profilsuche

Von MARIANO ALBRECHT

Die SPD hat es in diesen Tagen nicht leicht, während sich die Kanzlerin auf der Beliebtheitsskala deutscher Politiker mit 70 Prozentpunkten im Höhenflug befindet, dümpeln die Koalitionsgenossen von der SPD in den hinteren Reihen. Dort findet sich auch der Mann, der Angela Merkel beerben will und der vor hat, im Jahr 2009 Bundeskanzler zu werden: Kurt Beck, SPD-Chef und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Seit einem Jahr an der Spitze der deutschen Sozialdemokraten, tapst er unbeholfen über die politische Berliner Bühne und sucht Themen ...

Damit steht er in der Riege der SPD-Ministerpräsidenten nicht allein, aber die wollen ja auch nicht Kanzler werden und haben auch nicht mit der Neuprofilierung einer Partei zu tun, der nicht nur die Wähler weglaufen, sondern der auch das Profil verwässert. Klassische sozialdemokratische Themen werden neuerdings von der CDU besetzt, und Becks SPD verprellt Altlinke und den von der Schröderregierung reformgebeutelten Kleinen Mann.

Beck gilt zwar als Parteiberuhiger, doch ein Jahr nachdem er dem Brandenburger Matthias Platzeck als Parteivorsitzender folgte, ist die inhaltliche SPD kein Stück weitergekommen.

Kurt Beck will Kanzler werden, und er weiß auch, was man dazu braucht: „Die Kraft und die Ausstrahlung, um möglichst viel Vertrauen bei den Menschen zu gewinnen.“ Dies sagte er der „Bild“-Zeitung.

Nach einer Forsa-Umfrage im Auftrag des „Stern“, weiß gerade mal jeder dritte Deutsche, daß Beck SPD-Chef ist. Verheerend für Beck ist wohl auch, daß 48 Prozent der Befragten Angela Merkel zur Kanzlerin wählen würden und nur 19 Prozent Beck. Was Beck fehlt, ist ein politisches Gesicht, ein Profil – die sozialdemokratische Identität. Da hilft ihm sein rheinland-pfälzischer Landesvater-Bonus auch nicht aus der Klemme. Als Ministerpräsident regiert Beck als direkter Nachfolger von Rudolf Scharping mit absoluter Mehrheit, doch auf Bundesebene schrillen aus den eigenen Reihen alles andere als Jubelschreie – gefangen im Mikrokosmos.

Der „Spiegel“ wollte sogar von einem Zerwürfnis zwischen der Grauen Eminenz der SPD, Vizekanzler Müntefering, und Beck wissen. Müntefering greife immer wieder in Becks Arbeit ein und traue im die Führung der Partei nicht zu, ist dem Magazin zu entnehmen. Aus SPD-Kreisen wird das zwar dementiert, doch weit hergeholt scheinen die Mutmaßungen nicht zu sein und – der Nachgeschmack bleibt.

Da scheint das Motto des Jahrestages der Wiedergründung der SPD am vergangenen Wochenende, 60 Jahre Seit' an Seit', auch nur Makulatur. Und wenn Kurt Beck an die Einigkeit der Partei appelliert, „Die Menschen haben ein Gespür dafür, daß diejenigen, die nicht ihre eigenen Reihen ordnen, auch nicht die Reihen der Gesellschaft ordnen können“, dann muß man ihm zugestehen, daß er ausnahmsweise mal weiß, wovon er spricht.

Der gemütliche Pfälzer läßt zwar keine Gelegenheit aus, sich bemerkbar zu machen, doch scheint ihm in Berlin die Lobby zu fehlen. In den wichtigen Gremien ist Beck nicht vertreten. Auch wenn er thematisch gern mal in fremden Ressorts wildert, kommen dabei meist nur Peinlichkeiten heraus, die entweder die eigenen Genossen vergrämen oder verpuffen. Da brachte uns Kurt Beck die Unterschichten-Debatte und empfahl kurz darauf Sozialhilfeempfängern: „Man muß nicht alles rausholen, was geht.“ Den Medien-Coup schlechthin landete Beck im Dezember vergangenen Jahres mit der Pöbelposse um den Arbeitslosen Henrico Frank. Dieser hatte Beck auf die Situation von Hartz-IV-Empfängern angesprochen. Der bärtige Pfälzer schickte ihn ganz volkstümlich mit den Worten „Wenn Sie sich waschen und rasieren, finden Sie auch einen Job. S' Lebbe iss doch, wie 's iss“, vom Platz. Henrico Frank hat auch ohne Becks guten Ratschlag wieder einen Job bei einem Radiosender gefunden und schlägt nun zurück: Auf Becks schlechte Umfrageergebnisse angesprochen, lädt Frank ihn nun zu einer Musikproduktion und einem Auftritt in einem Musikvideo ein, rasieren müsse er sich dazu nicht, meint Frank.

Seine Genossen dürften nun schon wieder zusammenzucken: „Er wird doch nicht etwa? ... Er hat doch gerade erst vor Ostern, ... in Afghanistan.“ Auf seiner Profilsuche ist dem SPD-Chef kein Weg zu weit und so machte sich der Mann aus Mainz auf an den Hindukusch – Truppenbesuch bei deutschen Soldaten.

Kaum auf afghanischem Boden versuchte Beck sich dann in Völkerverständigung, berichtet von seinem Besuch in einer afghanischen Schule und brillierte mit den Worten: „Ich wünschte, unsere Kinder wären so.“ Bitte nicht ... So beglückt er sich dann auch noch in außenpolitische Steinmeier-Gefilde und versucht sich als Friedenstifter für Afghanistan. Nicht bemerkend, daß er sich auf vermintes Gelände begibt, regt Beck eine Neuauflage der Petersberger Afghanistan Konferenz an und schlägt vor, moderate Taliban-Vertreter an den Runden Tisch zu bitten. Kopfschütteln und Empörung vom afghanischen Außenminister Rangin Dadfar Spanta, der Beck in der ARD scharf angreift. Es gebe keine „moderaten Taliban“. So eine Klassifizierung sei „eine Erfindung von denjenigen, die von Afghanistan keine Ahnung haben“. Treffer versenkt.



Ein eigenes Profil muß her: Da kaum ein Bundesbürger Kurt Beck kennt, muß er von sich reden machen. Foto: ddp

Bis zur offiziellen Bekanntgabe des SPD-Kanzlerkandidaten geht noch ein Jahr ins Land. Selbst hinter den CDU-zweiten nach Angela Merkel ist Kurt Beck nicht wahrzunehmen. Die sich neu formierende „Linke“, mit dem Rhetoriker-Doppelgespann Gysi-Lafontaine, flirtet mit den Gewerkschaften und wird von denen auch noch „gebauchpinselt“ – das tut weh.

Nach einer eigenen Analyse aus dem Oktober vergangenen Jahres hat die SPD seit 1990 fast 37 Prozent ihrer Mitglieder verloren – derzeit hat die SPD 594 297 Mitglieder (31. März 2007).

Auch hier Bodenverlust und verbrannte Erde. Die Luft wird also dünn für Kurt Beck und die SPD. Ob er es sich leisten kann, an seiner Äußerung festzuhalten, er sei „unter der Bedingung nach Berlin gegangen“, um „... ein Stück Freiheit über die Kabinettsdisziplin hinaus“, zu haben, bleibt zu bezweifeln.

Uns geht's gut?

Ist das nicht schön? Mit Deutschland geht's aufwärts: Die Konjunktur brummt, und die Arbeitslosenzahlen gehen zurück. Wenn die Sache mit dem Spargel nicht wäre! In Berlin hört man im Regierungsviertel verdächtige Geräusche, die dem dauerndem Schulterklopfen der Politiker entspringen, während sie auf einer Wolke der Selbstbeweihräucherung dahin schweben.

Alle sind zufrieden! Alle? Nein, eine kleine Schar nicht an der Regierungskoalition beteiligter Politiker beruft sich auf ihr Recht des Besserwissens. Vorne an, die Grünen, die die eigentlichen Schöpfer dieses Aufschwungs seien. Die Politiker der FDP treibt es vor jede Kamera – ja, man munkelt sogar, daß schon japanische Touristen von mitteilungsbedürftigen FDP-Politkern belästigt wurden – um dort zu verkünden: „Mit uns wäre alles noch viel besser!“ Und ein politisch verwirrter Lafontaine stolpert durch Berlin und murmelt die ganze Zeit etwas von einem Facharbeiter und dessen Einkommen. Während eine Studie der Deutschen Bank besagt: Deutschland fällt im weltweiten Wohlstandsvergleich weiter zurück – aber elfter von 15, das ist doch was!

Ja, uns geht's wirklich besser! Wenn diese Sache mit dem Spargel nicht wäre. Nur noch 4,1 Millionen Erwerbslose (Erwerbslos, das hört sich auch viel netter an als arbeitslos – arbeitslos klingt so endgültig), und da so viele Deutsche in Lohn und Brot sind, hat man spontan die Rente mit 67 beschlossen. Schließlich soll doch jeder den Spaß seiner Vollbeschäftigung genießen – solange es geht. Und selbst die polnischen Feldarbeiter, die jedes Jahr zur Ernte nach Deutschland einreisen, haben bemerkt, daß es uns besser geht – und bleiben weg. Grund, sie verdienen auf deutschen Felder einfach zu wenig. Die Nachbarländer sind nicht so knickrig, bekommen sie hierzulande doch nur zwischen fünf und sechs Euro die Stunde.

Die deutschen Hartz-IV-Empfänger sind nicht so wählerisch und haben prompt reagiert. Waren es 2006 knapp 6000 Freiwillige, die sich für die Ernte bei der Arge meldeten, erwarten Fachleute für dieses Jahr eine höhere Quote. Ja, uns geht es besser, wenn Hartz-IV-Empfänger freiwillig aufs Feld gehen, muß es diesem Land einfach besser gehen. Und wer weiß? Nachdem Deutschland jahrelang, steuerlich gefördert, Arbeitsplätze exportiert hat, bieten sich dem Exportweltmeister hier ganz neue Erwerbsfelder. Vielleicht werden in Zukunft Arbeitskräfte exportiert? Aber solange das noch nicht so ist, werden die deutschen Spargelbauern weiterhin befürchten müssen, aufgrund mangelnder Arbeitskräfte, ihren Spargel nicht ernten zu können. Ist das nicht schön? Florian Möbius

Ost-Deutsch (11):

Autobahn

Von WOLF OSCHLIES

Vielleicht schaffen sie es ja, meine (erfahrungsgesättigte) Abneigung gegen russische Fernstraßen zu mildern – die neuen „avtobany“, die derzeit in Rußland und Nachbarländern gebaut werden. Im Februar 2007 unterzeichneten die Verkehrsminister Rußlands und der Ukraine das gemeinsame Vorhaben einer Autobahn Kiew–Moskau. Und die Medien beider Länder staunten: „Stroitelstvo avtobana“ (russisch) oder „budjvnictvo avtobanu“ (ukrainisch), also unverkennbar deutsch der „Autobahnbau“, soll schon 2010 abgeschlossen sein.

Der deutsche Technik-Professor Robert Otzen würde sich freuen, denn er prägte 1929 den Begriff „Autobahn“ – zuerst nur für die Berliner „Automobil-Verkehrs- und Übungsstraße“, die AVUS. Weitere Autobahnen folgten 1932, so daß Hitler 1933 nur fertige Pläne aus der Schublade holte, als er seine „Reichsautobahnen“, die „Straßen des Führers“, bauen ließ. Im Grund waren es „Otzens Straßen“, den dazu die genialen Plänen des Italieners Piero Puricelli angeregt hatten.

Jetzt übernehmen also die Russen die Stafette – wunderbar! Sprachlich haben sie sich seit Jahren an die Aufgabe herangetastet: Seit April 2002 arbeitet in Voronesh das Straßenbau-Unternehmen „Avtoban“, kurz danach startete in Moskau die Firma „Avtoban“ mit dem Slogan „My stroim dorogi v buduschtschee“ (Wir bauen Straßen in die Zukunft). In Ekaterinburg steht die russische Zentrale von General Motors, auch „Avtoban“ benannt: Autofahrer, redet deutsch, damit Russen euch verstehen!

Schon streckt sich über 235 Kilometer die „avtoban“ Kiew–Odessa: 29 Brücken, 22 Millionen Kubikmeter Erde bewegt und 1,2 Millionen Tonnen Asphalt verlegt. „Welcher Russe liebt nicht schnelle Fahrt“, sagt ein russisches Sprichwort, aber die maximal erlaubten 140 km/h sind auch kein „nitschewo“!

Geplant ist eine weitere „avtoban“ als Teilstück des europäischen Verkehrskorridors IX von Finnland über Rußland, Ukraine, Moldawien, Rumänien und Bulgarien bis nach Griechenland. Viele Konfliktgebiete liegen auf diesem Weg – möge der höchste Lenker Frieden über die „avtobany“ einziehen lassen!

Haider wird ausgesperrt

Der Bremer Wahlkampf verläuft unspektakulär ... wenn da nicht »Bremen muß leben« wäre

Von MARKUS SCHLEUSENER

Der Bremer Bürgerschaftswahlkampf ist todlangweilig. An den Machtverhältnissen an der Weser wird sich nichts Grundlegendes ändern, darin stimmen die meisten Beobachter überein. Für die „Welt“ ist deswegen die einzige interessante Frage, ob die neue Partei von Joachim Siegerist in die Bürgerschaft einziehen kann – oder nicht. Sie sei „die große Unbekannte“, stand am letzten Wochenende in der Tageszeitung zu lesen.

Joachim Siegerist ist sauer: „Für uns sind die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit offensichtlich außer Kraft gesetzt.“ Seine Anzeigen werden in keiner Zeitung veröffentlicht, und er bekommt auch keine Räume für Veranstaltungen mehr.

Keine Anzeigen angenommen

Zunächst fanden die Zusammenkünfte der neuen Partei im Designer-Hotel „Überfluß“ statt. Eine geplante Veranstaltung Anfang Oktober wurde aber kurzfristig abgesagt, Siegerist mußte ins nahegelegene „Hilton“ ausweichen. Der Geschäftsführer des Überfluß wurde von den Inhabern kurzerhand gefeuert, weil er es gewagt hatte, „Bremen muß leben“ Räume zu vermieten.

Das Bremer „Hilton“ beherbergte die neue Gruppe aber auch nur einmal und ging dann auf Distanz. Inzwischen kann Siegerist nicht mal in einem „Ibis“-Hotel, einer Billig-Hotelkette, eine Tagung durchführen. Selbst hier kam das Personal nach einer Tagung und teilte mit: „Es tut uns leid, wir haben Anweisung, nicht mehr an Sie zu vermieten.“

Nicht anders erging es ihm in Bremerhaven, wo er sich zum Beispiel mit den Betreibern der „Seute Deern“, einem Restaurantschiff im Hafen, einig war. Bis er die Karten auf den Tisch legte, und mitteilte, daß er eine Wahlkampfveranstaltung für „Bremen muß leben“ an Bord des Schiffes durchzuführen plane. Sofort war das Gespräch beendet.

Also versuchte Siegerist, das Bremer Rathaus anzumieten. Immerhin tagte dort im Januar erst die SPD-Bundestagsfraktion, dann die Genossen von der Linkspartei. Beide Parteien haben diese Fraktionskonferenzen öffentlichkeitswirksam genutzt, um den Wahlkampf einzuleiten. Petra Pau von der PDS schreibt sogar auf ihrer Internetseite, daß der Wahlkampf bei diesem Termin im Bremer Rathaus geplant worden sei.

Tagungsorte sind nicht zu bekommen

Nur: Wenn Joachim Siegerist versucht, die Rathausräume für eine Vortragsveranstaltung mit 300 Personen anzumieten, dann gelten andere Maßstäbe. Flugs änderte der Bremer Senat seine Vergaberichtlinie – und Siegerist bleibt draußen. Inzwischen haben Bremer Gerichte das bestätigt.

Und das, obwohl Siegerist als Gastredner bei seiner für Freitag geplanten Kundgebung immerhin jemanden vorzuweisen hat, der in Deutschland einem Ministerpräsidenten gleichgestellt ist: Jörg Haider. Der Kärntner Landeshauptmann soll die Hauptrede auf der Kundgebung im Bremer Wahlkampf halten.

Aber er wird dies vermutlich in Hamburg tun müssen. Joachim Siegerist sagt: „Wenn wir in Bremen nicht tagen dürfen, dann bleibt uns gar nichts anderes übrig, als in eine andere Stadt auszuweichen.“ Schlecht für seinen Wahlkampf, aber auch kein Ruhmesblatt für den Stand der Demokratie in Deutschland.

Auch wegen Personenschutz mußte er sich jetzt Gedanken machen. Der Kärntner Landeshauptmann reist zu solchen Anlässen gewöhnlich ohne Personenschutz, doch diesmal dürften statt Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) und einem roten Teppich 500 linksextremistische Krawallmacher am Flughafen auf den Österreicher warten.

Beim letzten Mal hat Siegerist die militante Antifa mit einem Trick ans falsche Ende der Stadt gelockt. Ob das erneut klappt, ist ungewiß. Mit denen ist nicht zu spaßen. Im Oktober veröffentlichten diese Antifaschisten bereits einen klaren Aufruf zur Anwendung nackter Gewalt: „Macht sie platt“, wird darin gefordert. Siegerist hat die Autoren angezeigt. Diese Woche hat er Post von der Staatsanwaltschaft bekommen, die ihn nicht weiter gewundert hat: Das Verfahren wurde eingestellt.

MELDUNGEN

Enteignungen: Beschwerde an die UN

Frankenstein – Mit einer Beschwerde an den Menschenrechtsausschuß der UN in Genf wollen entschädigungslos Enteignete versuchen, doch noch zu ihrem Recht zu kommen. Beschwerdeführer sind zum einen Neubauern oder deren Erben, die ihr Land zu DDR-Zeiten ohne Entschädigung verloren hatten. Zum anderen hoffen Menschen auf die Unterstützung der UN, die von den Behörden aufgrund der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland gleichfalls ohne Entschädigung enteignet worden sind. Über beide Beschwerdeverfahren informiert Rechtsanwalt Thomas Gertner am 1. Mai, 15 Uhr, in der Gaststätte „Räuberschänke“ in 09569 Frankenstein, An der Räuberschänke 25 (Informationen bei Hildegard Otto, Telefon 03 72 07 / 5 30 93).

US-Heuschrecken übernehmen

Wien – Bei der vormaligen Gewerkschaftsbank Bawag, die nun vom US-„Heuschrecken-Fonds“ Cerberus kontrolliert wird, macht sich der Eigentümerwechsel erstmals nach außen bemerkbar: Rund 100 Personen kubanischer Herkunft – zum Teil österreichische Staatsbürger – wurden von der Kündigung ihrer Konten benachrichtigt. Begründet wird die Maßnahme mit den US-Boykott-Bestimmungen gegen Kuba. Wie der noch vom ÖGB eingesetzte Bawag-Generaldirektor Novotny in einem ORF-Interview einräumen mußte, werden auch die Beziehungen der Bawag zum Iran „abgebaut“. *RGK*

Iran und Rußland spielen auf Zeit

Die Bildung eines Gaskartells ähnlich der OPEC ist sehr wahrscheinlich

Von M. Rosenthal-Kappi

Offiziell handelte es sich bei dem Treffen des „Forums der Gas exportierenden Länder“ (GECF) in Doha, der Hauptstadt Katars, um eine Zusammenkunft, bei der über eine bessere Koordinierung der Zusammenarbeit der Gasförderstaaten beraten werden sollte. Ziel sei die Bildung eines stabilen und transparenten Marktes sowie die Förderung des Dialogs zwischen Produzenten und Abnehmern.

Ein weiteres Thema war das Vorhaben, einen Gas-Börsenhandel für Flüssiggas zu entwickeln. Hierfür soll in den kommenden Jahren der Marktanteil von Flüssiggas von derzeit 25 Prozent auf 55 gesteigert werden. Gas könnte so frei an der Börse gehandelt werden, der Gasmarkt würde ähnlich global wie der Ölmarkt ausgerichtet werden.

Befürchtungen, vor allem amerikanischen, daß das Treffen des „Forums der Gas exportierenden Länder“ der Bildung eines Gaskartells nach dem Vorbild der OPEC und in der Folge einer Preisabsprache mit zukünftig drastisch erhöhten Gaspreisen dienen sollte, begegneten die versammelten Vertreter der Gasförderstaaten mit Dementis. Dennoch sickerte durch, daß einige Staaten die Gründung einer Art Gas-OPEC begrüßen würden oder zumindest in Betracht ziehen. Für ein Gaskartell sprachen sich lateinamerikanische Länder wie Argentinien, Bolivien und Venezuela aus. Während Irans geistlicher Führer Ayatollah Ali Khamenei zuvor bei einem Treffen mit dem russischen Verteidigungsminister Igor Iwanow die Bildung eines Gaskartells ausdrücklich angeregt hatte, warnte Energieminister Hossein Kasempur Ardebili auf dem Treffen von Doha vor einem OPEC-Pendant. Dagegen sprach sich auch der russische Energieminister Viktor Christenko aus, der schon vorher erklärt hatte, Rußland werde in Doha keinerlei Verträge unterzeichnen.



Bald neue Freunde? Der russische Energieminister Christenko (4.v.l.) bei Verhandlungen in Doha. Foto: pa

Dies bedeutet jedoch keineswegs das „Aus“ für ein Gaskartell. Folgt man der Einschätzung der Nachrichtenagentur „Rosbalt“ in St. Petersburg, laufen hinter den Kulissen die Verteilungskämpfe schon auf Hochtouren. Der Iran und Rußland unterstützen die Idee des Gasbündnisses, sie benötigen lediglich Zeit, um ihre Einflußsphären bereits im Vorfeld ausbauen zu können. Dabei spielt nicht einmal der Gaspreis die Hauptrolle, sondern die geographische Neuaufteilung der Weltgaskarte unter den Lieferstaaten des „blauen Brennstoffs“.

Heute gelangt Gas auf zwei Arten zum Verbraucher, entweder als Erdgas durch die Pipeline oder als Flüssiggas in Tanks. Um ein koordiniertes Liefersystem aller Gasexporteure zu schaffen, bedarf es neuer Technologien, des Baus neuer Pipelines sowie neuer Förderanlagen für Flüssiggas. Das würde Jahre dauern.

Zur Zeit hält Rußland eine der gewinnbringendsten Positionen auf dem Gasmarkt, zum einen wegen seiner Ressourcen, zum anderen wegen des geographischen Standortvorteils mit kurzen Wegen zu den Abnehmern in Europa, Japan und Korea. Diesen Vorteil gilt es zu verteidigen. Rußland baut bereits neue Gasleitungen nach Japan, weitere nach Korea sind in Planung.

In Konkurrenz zum russischen Erdgas stehen die Flüssiggasexporte Katars, Algeriens und Irans. Die größten Abnehmer von Flüssiggas sind neben Japan die USA.

Sollten die Verhandlungen der gasexportierenden Staaten bald zu einem Konsens führen, könnte die Entscheidung über das Gaskartell noch in diesem Jahr fallen.

Für die Gasexporteure hätte der Zusammenschluß den Vorteil, daß sie sich Lieferwege und Unterhaltskosten teilen könnten, und nicht mehr so immense Anstrengungen vonnöten wären, um untereinander zu konkurrieren. Das Nachsehen haben erfahrungsgemäß die Konsumenten, die mit höheren Preisen und der Abhängigkeit von einem Monopol rechnen müssen.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Verteilung von Energie nicht mehr bedarfsgerecht funktioniert, sondern vermehrt als politisches Instrument mißbraucht wird. Rußland hat schon einmal im Fall Ukraine vorgeführt, wie so etwas aussieht, und bereits angekündigt, wegen bestehender Gasschulden in Höhe von 600 Millionen Dollar Druck auf die Ukraine ausüben zu wollen, wenn die derzeitige Regierungskrise nicht im Sinne Moskaus gelöst wird.

Bestechlich oder blöd?

Österreich entdeckt »Unregelmäßigkeiten« beim Eurofighter-Kauf

Von R. G. Kerschhofer

Der im Oktober 2006 (nach den Wahlen, aber vor Bildung der rot-schwarzen Koalition) von SPÖ, FPÖ und Grünen beschlossene parlamentarische Eurofighter-Ausschuß fördert mittlerweile einiges ans Tageslicht, was den Kaufentscheid und die Abwicklung in ein denkbar schlechtes Licht rückt. Noch läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, was davon nur Dilettantismus ist und was vertragsrechtliche oder gar strafrechtliche Konsequenzen haben wird. Der Eindruck, der durch Berichterstattung und politische Kontroversen entstand, ist jedenfalls verheerend.

Der Beschluß zum Ankauf von 24 Maschinen des Typs Eurofighter war Mitte 2002 von der ersten schwarz-blauen Koalition getroffen worden. Noch im Sommer 2002 – nach dem Hochwasser – wurde auf 18 Stück reduziert. Die Beschaffung eines Nachfolgemodells für die veralteten schwedischen Draken-Abfangjäger war schon von den früheren rot-schwarzen Regierungen verschleppt worden, und die Eurofighter-Entscheidung war dann erst recht unpopulär. Für SPÖ und Grüne sowieso. Aber darüber hinaus, weil das teuerste Modell gewählt wurde. Und im Bundesheer, weil angesichts des notorisch zu kleineren Militär-Budgets noch weniger „für den Rest“ übrigbleibt.

Von den bekannt gewordenen „Unregelmäßigkeiten“ fällt wohl das meiste unter „Lobbying“ oder „Sponsoring“ und gehört an sich zu geschäftlichen Gepflogenheiten. Unschön nur, wenn die Begünstigten Staatsdiener sind – wie etwa wenn bei einem Golf-Turnier für Stabsoffiziere ein Buffet für 1400 Euro gespendet wird. Ob mit solchen Aktionen Entscheidungen beeinflußt wurden oder nur das Klima für die Zusammenarbeit, wird sich kaum eruieren lassen. Nicht untersucht wurde übrigens, was die anderen Anbieter in dieser Hinsicht taten.

Fatal erscheint hingegen der Fall des suspendierten Befehlshabers der Luftstreitkräfte Generalmajor Wolf: Ein von EADS beauftragte Lobbyist zahlte an die (schwächelnde) Werbeagentur von dessen Gattin 87 600 Euro – als „Darlehen“. Wolf war Prokurist der Firma – und an der Typenwahl beteiligt.

Weitaus höhere Beträge gingen an mehrere andere Agenturen. Die dabei verrechneten Honorare sind zum Teil maßlos überhöht, und in anderen Fällen ist zweifelhaft, ob überhaupt Gegenleistungen erbracht wurden. „Geschäftsgeheimnis“! Der Verdacht der Parteienfinanzierung hängt im Raum. Beträchtliche Zahlungen flossen übrigens auch an den Fußballverein Rapid Wien, dessen Präsident ein früherer SPÖ-Finanzminister ist.

Die weitere Vorgehensweise der Regierung wird von einem Rechtsgutachten abhängen. Die Grünen verkünden bereits, der Vertrag sei ungültig, was wohl auch dem Verteidigungsminister, vormals SPÖ-Bundesgeschäftsführer und Zivildienstleistender, am liebsten wäre. Die ÖVP sieht vorerst keinen Grund zur Vertragsauflösung. Und Bundeskanzler Gusenbauer scheint eine Reduktion der Stückzahl anzusteuern. Diesbezüglich dürfte es bereits Gespräche geben, denn für beide Seiten wäre ein jahrelanger und sündhaftteurer Rechtsstreit die denkbar schlechteste Lösung.

Der Eurofighter

Zur Entwicklung des Mehrzweck-Kampfflugzeugs Eurofighter EF 2000 wurde 1986 ein deutsch-britisch-spanisch-italienisches Konsortium gegründet. Bei der Entwicklung kam es zu beträchtlichen Verzögerungen – teils aus technischen Gründen, teils weil nach der „Wende“ der politische Druck nachgelassen hatte und die Teilnehmerländer die Bestellungen reduzierten. Ein erster Testflug erfolgte 1994. Trainingsflugzeuge wurden 2004 und erste Einsatzflugzeuge 2006 von der Bundeswehr in Dienst gestellt. Bestellungen gibt es bisher aus Österreich und Saudi-Arabien. Die 16 Meter lange, elf Tonnen schwere Maschine verfügt über zwei Triebwerke und erreicht doppelte Schallgeschwindigkeit. Der Eurofighter ist gegenüber amerikanischen und russischen Modellen konkurrenzfähig, über „Tarnkappen-Eigenschaften“ verfügt er aber nicht. *RGK*

Spanien mahnt Polen an

Rotspanien-Kämpfer von Kaczynski-Regierung diskriminiert?

Von Joachim G. Görlich

Von ihren guten Kontakten zur sozialistischen Regierung in Spanien haben die polnischen Rotspanien-Kämpfer Gebrauch gemacht. Der Grund: Die polnische Kazcinsky-Regierung hat die Renten aller Funktionäre des ehemaligen Sicherheitsapparats, in dem viele frühere Rotspanien-Kämpfer tätig waren, von 4000 Zloty (1000 Euro) auf ein Durchschnittsminimum von 600 Zloty (150 Euro) reduziert und damit an das durchschnittliche Rentenniveau in Polen angepaßt. Das konnten und wollten die heute über 80jährigen ehemaligen Rotspanien-Kämpfer beziehungsweise ihre Witwen nicht hinnehmen und beschwerten sich in Spanien. Der sozialistisch dominierte spanische Senat gab dann auch gleich sein Mißfallen Richtung Warschau kund, denn er sehe die Veteranen der rotpolnischen Brigaden des Spanischen Bürgerkrieges aufgrund ihrer Vergangenheit diskriminiert.

Dem hält die bürgerliche Tageszeitung „Rzeczpospolita“ unter der Überschrift: „Die Soldaten Stalins“ die Stellungnahme des Historikers Pawel Machcewicz entgegen. Der Autor des Buches „Die Geschichte Spaniens“, betont, daß die Rotspanien-Kämpfer froh sein sollten, überhaupt eine Rente vom polnischen Staat zu erhalten, denn schließlich waren sie als Mitglied der „Internationalen Brigaden“, unter deren Fahne sie am Spanischen Bürgerkrieg teilnahmen, „von Anfang an bis zum Ende eine Schöpfung ... Stalins“.

> »Rotpolnische« wurden in Moskau weiter geschult

Die Polen, die ihr angehörten, waren Mitglieder kommunistischer Parteien oder deren Sympathisanten. Sie kamen aus Polen und auch aus den Reihen polnischer Emigranten in Frankreich. Nur ein Teil sei sich nicht darüber bewußt gewesen, daß „sie im Interesse Stalins kämpften und unter der Kontrolle von Komintern und des sowjetischen Geheimdienstes NKWD standen“.

Die Brigaden spielten öfter eine entscheidende Rolle: An der Front und in der Auseinandersetzung mit den rivalisierenden Anarchisten.

In den roten Brigaden waren sowjetische militärische Dienstgrade und deren Kennzeichnung vorgeschrieben. Das Offizierscorps war sowjetisch, oder auch sowjetisch mit polnischer Herkunft, wie der spätere polnische Vizeverteidigungsminister General Karol Walter-Swierczewski, der 1947 angeblich im Kampf mit ukrainischen Freiheitskämpfern in den polnischen Bieszczadygebieten fiel.

> Warschau kürzt Rente für Funktionäre

Nach dem Spanischen Bürgerkrieg wurden viele „Rotpolnische“ in Frankreich interniert. Andere wiederum schlugen sich in die UdSSR durch, traten der kommunistischen „Polnischen Arbeiterpartei“ und den rotpolnischen Partisaneneinheiten „Volksgarde“ bei. Die „Dabrowski-Leute“, so genannt nach dem General, der während der Napoleon-Ära die polnischen Legionen in Italien befehligte, und nach dem die polnische Nationalhymne bezeichnet wird („Marsch, Marsch Dabrowski, von Italiens Erde gen Polen“), waren laut Machcewicz gemeinsam mit den sowjetischen Fallschirmjägern die ersten Bolschewiken, die über Polen im Zweiten Weltkrieg abgesprungen waren.

Sie bildeten später den Kern des ersten polnisch-kommunistischen Geheimdienstes, sowohl im Ministerium für Staatssicherheit als auch in der Volksarmee. Dank ihrer Auslandserfahrungen knüpften sie bald im Westen das erste kommunistisch-polnische Spionagenetz. Erstes Ziel war die Vernichtung polnischer Emigrantenzentren im Westen, auch in der alten Bundesrepublik.

Wie das im Kommunismus so üblich war, wurden nicht wenige von der „Revolution gefressen“, will heißen als „Westler“ vom eigenen Apparat eliminiert, doch später wieder rehabilitiert, so daß sie bis zum Rentenalter an den Schalthebeln des Sicherheitsapparates wie des unlängst aufgelösten „Militärischen Informationsdienstes“ (WSI) saßen.

Die Zukunft des Kosovo heißt Krieg

UN-Sicherheitsrat vor gefährlichem Selbstbetrug

Von Wolf Oschlies

Zynismus oder Kapitulation der internationalen Gemeinschaft? Seit dem 2. Februar 2007 sieht sich der UN-Sicherheitsrat gezwungen, seine eigene Resolution 1244 vom Juni 1999 als „Non-paper" zu vergessen. Damals endete die Nato-Bombardierung Serbiens und diese Resolution bestimmte, daß das Kosovo integraler Bestandteil Serbiens bleiben müsse, aber eine „substantielle Autonomie" bekäme. Jetzt verlangt der UN-Sondergesandte Martti Ahtisaari vom UN-Sicherheitsrat, den finalen Status des Kosovo in parastaatlichen Konturen zu fixieren: Ohne den Begriff „Souveränität" zu erwähnen, will Ahtisaari sie dem Kosovo verschaffen: Los von Serbien, aber von der EU zivil und der Nato militärisch kontrolliert.

Laut Resolution 1244 sollten längst serbische Armee und Polizei ins Kosovo zurückgekehrt sein, doch die serbische autonome Provinz Kosovo ist zur Hölle für Serben geworden: Im Juni 1999 zählten sie dort 372 444, im Februar 2007 noch 146 297, das heißt rund 230 000 von ihnen wurden vertrieben von einem „albanischen Terror, den man faschistisch nennen muß". So befand es der liberale albanische Publizist Veton Surroi schon 1999. Bis Ende 2003 wurden mindestens 1300 Serben von Albanern hinterrücks ermordet, im März 2004 folgte ein albanisches Pogrom gegen Serben.

„Es wäre ein Glück, wenn die jetzige politische Kaste im Kosovo ersatzlos verschwände", seufzte Surroi nach dem Pogrom. Berechtigter Seufzer und frommer Wunsch: Die seit 1999 amtierende Polit-Kaste des Kosovo stammt aus der terroristischen Untergrundarmee UCK oder aus dem Gefolge des „Balkan-Ghandi" Ibrahim Rugova, der in Wahrheit ein militanter Diktator war. Einstige UCK-„Kommandanten" stellen die heutige Polit-Elite.

Offiziell ist das Kosovo seit 1999 Protektorat der UN, die dort zivil mit der UNMIK, militärisch mit der Kfor präsent sind. Die Bilanz der Präsenz ist verheerend: Keine Volkszählung, weswegen niemand weiß, wie viele Menschen im Kosovo leben, Arbeitslosigkeit offiziell bei 40, real bei 70 Prozent, Analphabetismus bei 40 Prozent, Außenhandel über eine Milliarde Euro im Minus.



Pristina: Kosovo-Albaner demonstrieren für die völlige Unabhängigkeit von Serbien. Foto: pa

Das Kosovo hat zwar die höchste Säuglings- und Müttersterblichkeit Europas, aber dennoch Geburtenraten wie Zentral-Afrika: 33 Prozent der Bevölkerung sind unter 14 Jahre alt. Das Bildungswesen liegt im argen, der Arbeitsmarkt existiert faktisch nicht – NGOs ziehen sich zurück, UNMIK streicht Stellen, über 50 000 Jobs gingen verloren. Aus dem Ausland kommen in Massen abgewiesene Asylbewerber zurück, daheim chancenlos. Klar, daß die internationale Gemeinschaft aus diesem Chaos heraus möchte: Laut Deutscher Bank kostet allein der Unterhalt der Kfor-Truppe 25 Milliarden Euro pro Jahr, dazu die UNMIK-Bürokratie, die siebenstelligen Budgethilfen für die Regierung des Kosovo, wo selbst simpelste Bürgerpflichten wie die Bezahlung von Strom- und Wasserrechnungen Fremdwörter sind.

„Wahre Worte sind nicht schön", wußte schon Laotse vor 2500 Jahren und wahr ist: Dieses Elend hat sich die internationale Gemeinschaft selber zuzuschreiben. Sie hat die UCK nicht wirklich aufgelöst und entwaffnet, sie vielmehr ins „Kosovo Protection Corps" überführt, von wo aus sie als einziger Arbeitgeber im Kosovo wirken kann – für die Branchen Waffen-, Menschen- und Drogenhandel.

Ermutigt durch die Trennung Montenegros von Serbien (Juni 2006) hat die Kosovo-Kaste vollends darauf verzichtet, internationalen Standards für Rechtssicherheit und Ordnungspolitik zu genügen. Sie schürt den Terror gegen die elf nicht-albanischen Minderheiten, darauf hoffend, daß eine entnervte internationale Gemeinschaft ihr alles konzedieren wird. Damit wäre nichts gewonnen, da seit 2005 mit „Vetevendosje" (Selbstbestimmung) eine neue Terrororganisation auftauchte, die gegen den „UNMIK-Kolonialismus" rebelliert und Anschläge auf serbische Klöster im Kosovo verübt. Für diese gewaltbereiten Extremisten sind alle Serben Todfeinde, alle Internationalen hassenswerte „Kolonialisten" und alle albanischen Offiziellen „Verräter" und „Kollaborateure".

Diesem Kosovo will Ahtisaari die Unabhängigkeit verschaffen, die „kontrollierte"; aber Unabhängigkeit ist wie Freiheit, Tod oder Schwangerschaft: Es gibt sie ganz oder gar nicht!

Die Optionen für Frieden

Am 2. April 2007 lag der Ahtisaari-Vorschlag dem UN-Sicherheitsrat zur Begutachtung vor. Die Sitzung ging ergebnislos aus, weil sich die EU nicht einig war. Rußland streitet gegen eine Abtrennung des Kosovo von Serbien, ist aber „Garantiemacht" von drei eigenen „Kosovos": Transnistrien in der Republik Moldova und Abachazien und Süd-Ossetien in Georgien.

Bis zum Beweis des Gegenteils steht die Zukunft des Kosovo im Zeichen von vier Kriegen, von denen drei bereits geführt werden: Albaner gegen Albaner (siehe die Kämpfe der Kosovo-Parteien untereinander), Albaner gegen Serben (siehe das Pogrom vom März 2004 samt den Anschlägen davor und den kommenden), Albaner gegen die internationale Gemeinschaft. Der vierte Krieg wird eine halbe Stunde nach einem eventuellen Abzug der internationalen Gemeinschaft aus dem Kosovo ausbrechen – als Neuauflage des ersten Balkankriegs von 1912, diesmal nicht gegen die Osmanen, sondern als Verteidigungsaktion der Balkanvölker gegen die gemeinsame Bedrohung aus dem UCK-Land Kosovo. Das ist der schlimmste Fall. Zweitschlechteste Möglichkeit wäre die Aufteilung des Kosovo in ethnische „Entitäten" nach bosnischem Vorbild, also Autonomie für die serbischen Regionen im Norden (76 000 Einwohner), Osten (41 000) und Süden des Kosovo (27 000), dazu noch die Roma-Siedlungen im Westen. Diese Lösung scheuen Albaner und internationale Gemeinschaft wie der Teufel das Weihwasser, aber das spielt schon keine Rolle mehr: Ein friedliches, multiethnisches, prosperierendes Kosovo, für das mit Blick auf Einwohner, Infrastruktur und Bodenschätze alle Chancen bestünden, ist nach acht Jahren internationalen Selbstbetrugs in dieser Region absolut unvorstellbar.

Eine schwache Hoffnung verheißt der jüngste Vorschlag Moskaus: Neue Verhandlungen, neue Prüfungen der Standards im Kosovo, dann Status-Entscheidung. Das war auch die internationale Linie bis vor zwei Jahren („Standards vor Status"), die dann aufgegeben wurde – zum eigenen Schaden: Der Ahtisaari-Plan wird im Osten als Neuauflage des Münchner Abkommens von 1938 angesehen, Belgrads Premier Kostunica klagt berechtigt, daß der Plan die völkerrechtliche Unverrückbarkeit von Grenzen verletze, und auf dem ganzen Balkan fürchtet man eine internationale „Belohnung" kosovarischer Polit-Krimineller. *W. O.*

MELDUNGEN

Jaruzelski angeklagt

Warschau – Staatsanwälte des für die Aufarbeitung kommunistischer und nationalsozialistischer Verbrechen zuständigen Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) haben nach zweieinhalb Jahre andauernden Ermittlungen Anklage gegen den früheren polnischen Machthaber Wojciech Jaruzelski erhoben. Jaruzelski, der von 1981 bis 1989 im Namen der Kommunistischen Partei die politischen Geschicke Polens leitete, droht im Falle einer Verurteilung wegen Leitung einer verbrecherischen Organisation eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren Haft. Der heute 83jährige verhängte 1981 das Kriegsrecht und ließ etwa 90 000 Bürgerrechtler und Solidarnosc-Anhänger verhaften. Hierbei kamen Dutzende Menschen durch Polizeigewalt ums Leben.

Islamisten gegen »zweiten Irak«

Algier – Nach den Bombenanschlägen in Algerien Anfang April, bei denen 33 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt wurden, verurteilten mehrere prominente Islamisten-Führer die Tat und warnten davor, Algerien in „einen zweiten Irak zu verwandeln".

Bewegung in Nordkorea

Pjöngjang – US-Satelliten-Bilder zeigen seit einiger Zeit ungewöhnliche Bewegungen von Menschen und Fahrzeugen auf dem Reaktorgelände in Nordkorea. Optimisten hoffen, daß dies ein Zeichen dafür ist, daß das Land sein Versprechen, den Reaktor zu schließen, nachkommt. Diese Anzeichen reichen den USA und Südkorea jedoch noch nicht aus, um die versprochenen Hilfslieferungen, Öl und Reis, freizugeben.

Polizisten festgenommen

Mexiko – Im Kampf gegen die ausufernde Kriminalität haben im Inland eingesetzte Streitkräfte rund 100 Polizisten festgenommen. Diesen werden Verwicklungen ins Drogengeschäft vorgeworfen.

Türkei-Beitritt: Tarnen und Täuschen

Wie die Europäer hinters Licht geführt werden

Von R. G. Kerschhofer

Auch die Meldungen von voriger Woche illustrierten wieder, daß ein EU-Beitritt der Türkei mit einer „europäischen Wertegemeinschaft" unvereinbar ist oder sein müßte: Der türkische Generalstabschef Büyükanit drohte mit einem Einmarsch im kurdischen Nord-Irak – türkische „Sondereinheiten" waren schon tags davor bis zu 40 Kilometer eingedrungen. Zugleich warf Büyükanit der EU vor, sie wolle die Türkei „zur Schaffung neuer Minderheiten zwingen" – weil in EU-Dokumenten von Kurden, Griechen, Armeniern und Assyrern die Rede ist.

Bezüglich der im Mai anstehenden Präsidentenwahl (durch das von Ministerpräsident Erdogans Partei AKP dominierte Parlament) machte Büyükanit klar, daß „die Armee" eine Bestellung des Islamisten Erdogan ablehne – und zwei Tage später fand in Ankara eine Großdemonstration „für eine sekulare Türkei" statt. Die Armee hatte bereits viermal – 1960, 1971, 1980 und 1997 – massiv in die Politik eingegriffen. Aber so ist es eben: Eine islamistische Türkei paßt nicht nach Europa, weil sie islamistisch ist, und eine „sekulare", weil sie nicht demokratisch sein kann. Bei Unterdrückung von Minderheiten sind sich ohnehin alle einig.

Trotzdem wird munter weiterverhandelt. Obwohl in der EU eine große Mehrheit gegen die Türkei ist. Und obwohl sich der Beitrittsbewerber weigert, das Mitglied Zypern anzuerkennen – das noch dazu von der Türkei teilweise besetzt ist. Nicht einmal die von Brüssel als „de facto Anerkennung" vorgeschlagene Öffnung türkischer Häfen und Flugplätze für zypriotische Schiffe und Flugzeuge wird umgesetzt.

Europäer mehrheitlich gegen die Türkei

Wie es scheint, ist der EU-Beitritt für einige Entscheidungsträger längst beschlossene Sache. Verdeutlicht wird es dadurch, daß nun das Verhandlungskapitel „Unternehmen und Industrie" neu eröffnet wurde – und daß türkische Industrie-Kapitäne und Bankiers schon seit längerer Zeit an den jährlichen „Bilderberger-Treffen" teilnehmen. Dieses kosmopolitische Absprache-Gremium ist zwar „geheim", dennoch lassen sich Treffen hochrangiger Persönlichkeiten von diesseits und jenseits des Atlantik nicht geheimhalten. Viel Aufschlußreiches dazu findet sich unter www.bilderberg.org. Schon allein die Teilnehmerlisten machen (im nachhinein) manches Geschehen verständlicher. Das Treffen 2007 ist übrigens für Ende Mai in Istanbul geplant.

Grünes Licht gibt es auch für den Ilisu-Staudamm am Tigris. Es ging zuletzt um Exportrisiko-Garantien für die Lieferfirmen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz – also um „Arbeitsplätze". Den Anfang machte Österreich, und auch das hat Gründe: Als Chef der Österreichischen Kontrollbank (die keine Bank, sondern eine Kreditversicherung ist) fungiert der frühere SPÖ-Minister Rudolf Scholten, eine graue Eminenz und ebenfalls ein langjähriger „Bilderberger".

Die türkischen Staudämme an Euphrat und Tigris – durchweg im Kurdengebiet – haben zwar wirtschaftliche Bedeutung, sind aber ein Sicherheitsrisiko: Kurden werden „abgesiedelt", sprich in türkische Großstadtghettos oder nach Europa vertrieben. Den Syrern und Irakern wird ein beträchtlicher Teil des Wassers weggenommen. Und es gibt konkrete Pläne, Wasser mit Tankschiffen nach Israel umzuleiten. Nicht nur daß ein EU-Beitritt der Türkei keine „strategischen Vorteile" bringt – die Türkei verfügt über ein technisch veraltetes Massenheer, also genau das Gegenteil von dem, was Europa braucht – Europa wird sogar noch stärker in alle Nahost-Probleme verstrickt und selber zum Angriffsziel! Was allerdings andere Ziele schont.

Kirche ja, aber nur als Museum

Daß die Türkei jetzt die armenische Heiligkreuz-Kirche auf einer Insel im Van-See restaurieren ließ, ist Kosmetik für Europäer. Die Kirche war einst Teil der armenischen Königsresidenz, Sitz des armenischen Patriarchats und Zentrum der armenischen Kultur. Das Oberhaupt der in der Türkei verbliebenen Armenier sprach bei der Eröffnungsfeier zwar von einer „positiven Entwicklung" – doch die Kirche darf nur als Museum, nicht für religiöse Zwecke genutzt werden.

Schlimm dran sind auch die Griechisch-Orthodoxen. Patriarch Bartholomaios I. von Konstantinopel, Ehrenoberhaupt der gesamten Orthodoxie, ist türkischer Staatsbürger. Muß er sein, sonst darf man nicht Patriarch werden. Das orthodoxe Priesterseminar bleibt aber behördlich geschlossen, und so läßt sich ausrechnen, wann für das höchste Amt kein qualifiziertes Personal mehr vorhanden sein wird. Der Patriarch tritt natürlich für den EU-Beitritt der Türkei ein. Seine Hoffnung aber, daß sich damit das Aushungern des Patriarchats verhindern läßt, ist trügerisch. Denn „Europa ist kein Christen-Klub", wie der französische Sozialist Moscovici offenherzig formulierte.

»Moment mal!«



Böse Union – Linke warnen vor Rechtsruck

Von Klaus Rainer Röhl

Gerade freuten wir uns, daß alles so schön ist. Das Wetter warm, die Amseln singen, die Steuereinnahmen sprudeln, die Sozialkasse läuft über, und die Arbeitslosenzahlen nehmen ab, die Kanzlerin ist noch im Osterurlaub. Alles bestens.

Da schlugen die Zeitungen und Sendeanstalten Alarm. Zuerst der ganz große Aufreger: Ein CDU-Ministerpräsident, Günther Oettinger von Baden-Württemberg, hat eine Trauerrede am Grabe von Hans Filbinger gehalten, einem dort einst sehr beliebten Ministerpräsidenten. Filbinger wurde 93 Jahre alt, schon 1978 war er, wegen seiner Tätigkeit als Marinerichter im Zweiten Weltkrieg, zurückgetreten. Oettinger hatte versäumt, etwas Distanzierendes über die NS-Vergangenheit des Ehrenpräsidenten der CDU zu sagen.

Die „Süddeutsche“ und nach ihr die halbe Provinzpresse gaben sich erschüttert. Der Zentralrat der Juden und die SPD schlugen Alarm. Sogar der Direktor des Simon Wiesenthal Centers, Efraim Zuroff, forderte Oettinger zum Rücktritt auf. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, – hatten Sie diesen Namen vorher schon mal gehört? – erhob schwere Vorwürfe gegen Oettinger. Er bediene mit seiner Trauerrede den „rechten Rand“. Steckt die CDU tief im braunen Sumpf, lautet, etwas verkürzt, die besorgte Frage. Denn die Parteimitglieder und Abgeordneten der CDU aus dem Ländle fanden die Rede ihres Ministerpräsidenten gut. Sogar sehr gut: „Der Ministerpräsident hat vielen Menschen in Baden-Württemberg aus dem Herzen gesprochen, anderen offensichtlich nicht“, sagte der Finanzminister des Landes, Gerhard Stratthaus (CDU), trocken. Der Vorsitzende der Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg, Brunnhuber, nannte die Rede Oettingers eine Meisterprüfung: „Für unsere Anhänger hat er einen ganz, ganz großen Schritt getan. Das wird ein ganz Großer“ (Interview in „Focus“). Die Bundestagsfraktion, der Landesverband der CDU, der Ministerpräsident und seine Minister im bestverwalteten und erfolgreichsten Bundesland neben Bayern. Ist das nun der rechte Rand? Um so schlimmer für den Zentralrat der Juden und die anderen Entrüster: Wenn das „das Ausland“ erfährt! Angela Merkel solle sofort den „Schaden begrenzen“, rieten die linken Medien. Tatsächlich rief sie Oettinger aus dem Urlaub an. Eine vorsichtige Rüge: Ja, aber. Wird das genügen? Hochhuth und der „Süddeutschen“ genügt es nicht. Die bleiben dran. Wenn sie nicht schnell reagieren, ist auch Ralph Giordano noch dran. Klaus Staeck ist schon tief betroffen. Die anderen Schriftsteller auf Anfrage.

Damit nicht genug der Alarmmeldungen. Scheinbar ist über Ostern eine Art Verschwörung bei der CDU ausgebrochen. Bundesinnenminister Schäuble (CDU), so empören sich die linken Leitmedien, will die biometrischen Daten, mit denen die neuen, elektronischen Reisepässe ab November 2005 ausgerüstet werden, jetzt der Terroristenfahndung zugänglich machen. Die Begründung leuchtet ein: Weil der Terrorismus mit den modernsten technischen Raffinessen arbeitet, will Schäuble auch online auf die Daten der Paßämter zugreifen, ebenso die Maut-Daten für Fahndungszwecke nutzen und, bei Verdacht, auch private Computer überwachen dürfen.



Merkel sollte langsam grimmig werden: Vom Koalitionspartner zu Reaktionen genötigt Foto: ddp

Diesmal schlugen nicht der Zentralrat, sondern die Datenschützer und die drei Oppositionsparteien Alarm. Vor allen Dingen die FDP und der als Innenminister glücklose Gerhard Baum, zuletzt als Befürworter einer Entlassung aller RAF-Häftlinge bei „Christiansen“ am Bildschirm zu sehen. Katrina Schubert, Vizechefin der Links-Partei, fürchtet auch den Überwachungsstaat, die DDR fürchtete sie nicht. Die Grünen riefen sogar zu einer Demonstration gegen Schäuble auf, zu der allerdings wegen des schönen Wetters fast niemand erschien. Deutschland auf dem Weg zum Überwachungsstaat! Die Kanzlerin wird auch diesen „Schaden begrenzen“ müssen. Wahrscheinlich durch ihre bereits bewährte Taktik bei Vorwürfen des Koalitions-Partners: Dementieren, Vertagen, Abschwächen. Große Politik? Eher eine Art SPD-Politik aus dem Kanzleramt.

Kurz vor Ende der Ferien schlagen die Linksliberalen noch einmal Alarm: Bundesminister Franz Josef Jung (CDU), heißt es, befürworte den Aufbau des amerikanischen Raketen-Abwehrsystems in Polen und Tschechien und schlage seine Einführung für ganz Europa vor. Stimmt. Die Abwehrsysteme richten sich gegen eine Bedrohung durch Atomwaffen, an denen gegenwärtig im Iran mit Hochdruck gearbeitet wird, während Langstrecken-Raketen in Nordkorea bereits getestet wurden. Der SPD-Generalsekretär Heil warnte vor einer Verärgerung der Russen. Der SPD-Vorsitzende Beck hatte schon zuvor das Raketen-Abwehrprogramm abgelehnt. Deutschland auf dem Weg zu einem gefährlichen Kriegsabenteuer? Ins selbe Alarm-Horn tröten auch der FDP-Vorsitzende Westerwelle und der Grünenchef Bütikofer.

Die Bundeskanzlerin muß auch hier „Schaden begrenzen“. Wie wird sie reagieren? Dementieren, Vertagen, Abschwächen. SPD-Politik aus dem Kanzleramt?

Was ist der gemeinsame Nenner dieser Alarm-Meldungen am Ende der Osterferien? Daß sie sich alle gegen führende CDU-Politiker richten, gegen die die Kanzlerin in Stellung gebracht werden soll. Wir sprechen hier nicht von der Linkspartei, die unbesehen fast alle Maßnahmen der Bundesregierung bekämpft, nicht von den Grünen, denen die Themen und die Wähler davonschwimmen, oder der FDP, deren oft richtige Vorschläge darunter leiden, daß niemand sich dafür interessiert, weil sie keine Aussichten haben, irgendwo realisiert zu werden. Wir sprechen auch nicht von Fernsehsendungen wie „Monitor“ oder „Panorama“, denen die Ausrufung von Alarmen nicht nur Herzenssache, sondern auch Beruf ist. (Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht!) Von diesem Panik-Orchester ist nichts zu erwarten als ein gewisser Unterhaltungswert an einem Fernsehabend nach dem „Tatort“. Nein. Wir reden von den realen Kräften, die gegenwärtig wie Magnetfelder das komplizierte Gebilde Große Koalition zusammenhalten.

Fragen wir uns, was hinter den hartnäckig betriebenen Kampagnen gegen so unterschiedliche Unionspolitiker stehen mag. Ist etwas dran an den laut vorgetragenen Besorgnissen? Stecken tatsächlich die meisten CDU-Mitglieder mit einem Bein im braunen Sumpf, so tief, daß sogar schon der Zentralrat der Juden und Frau Knobloch, das Simon Wiesenthal Zentrum, die Gewerkschaften und die „Schriftsteller“ Alarm schlagen müssen?

Was wollte Hochhuth in der „Süddeutschen“ erreichen? Was wollte er, der schon den lebenden nicht mehr verletzen konnte, vom toten Hans Filbinger? Jeder erinnert sich noch an die Wahl des Bundespräsidenten im Jahr 2004, wo der alte Schriftsteller, wie ein Fossil der 68er Epoche, noch einmal Morgenluft witternd, den gesundheitlich schwer angeschlagenen Filbinger wie vor 30 Jahren mit der Antifa-Keule treffen wollte und seine damals wie heute fehlerhaften (die „FAZ“) und lückenhaften Papiere über den Ministerpräsidenten als Marinerichter noch einmal aus dem Staub der Archive zog. Mit dem einzigen, peinlich offenliegenden Grund, selber noch einmal auftreten zu dürfen wie ein alter Schauspieler in seiner allerletzten Talkshow – um die deutlich spürbare Wende des Zeitgeists zu verhindern oder wenigstens zu verzögern. Das heißt, der CDU mitten in der Schlußrunde der Präsidentenwahl schnell noch irgendwas zwischen die Beine zu schmeißen, ohne viel Aussicht auf Erfolg, aber vom Nachrichtenchef Wickert mit ein bißchen Hoffnung in die Hauptsendezeit gebracht, vielleicht schafft er es ja doch, der deutsche Dichter? Ändern Dichter die Welt? Ein „NS-Richter“ – damals war Filbinger noch Abgeordneter – wählt den neuen Bundespräsidenten, das darf nicht wahr sein. Durfte es aber, Köhler wurde gewählt, Gott schütze unser Land, und Hochhuth verschwand von der Bildfläche. Richtig gut als Dramatiker war Rolf Hochhuth ja nie, eher Journalist, sein hölzern-holperiger Stil mußte immer erst durch einen hehren antifaschistischen oder antiklerikalen Inhalt gewissermaßen geadelt und getüncht werden, literarisch hatte er sich immer nur so durchgemogelt bis zu diesem letzten Auftritt in der „Tagesschau“, hämisch ein Opfer von der CDU-Chefin fordernd. Würde Filbinger ausgeschlossen werden? Damals hielt Angela Merkel stand, die bei dem Abgeordneten Hohmann vor der Kampagne der Linksliberalen eingeknickt war. Sie ist, vor allem, eine kluge Frau, und darauf müssen wir auch weiter hoffen. Auch diesmal, im Fall Oettinger, hätte sie nicht einknicken müssen. Es bestand gar keine Veranlassung zur Hektik. Denn: Natürlich plant die Union keinen gläsernen Menschen und keinen Überwachungsstaat, das ist übrigens Vertrauenssache. Und die Beteiligung an dem Raketen-Abwehrprogramm werden sie mit den Experten erwägen, dürfen wir hoffen, und nicht mit dem Abgeordneten Ströbele. In aller Ruhe. Aber mit steigenden Sympathiewerten und einer Zustimmung der Bevölkerung zu dem Einsatz der Tornado-Flugzeuge in Afghanistan und – vielleicht auch bald zur weiteren Nutzung der Kernenergie – gegen die Klimakatastrophe durch Kohle, Gas und Öl!

Die Probleme haben zur Zeit nur die anderen, nicht die Kanzlerin. Ihre Sympathiewerte – und die ihrer Partei – steigen. Von der SPD dagegen wurde bekannt, daß jeder zweite Wähler nicht einmal weiß, wie ihr Vorsitzender heißt, und daß ihre Wahlprognosen bei zirka 30 Prozent nahezu festgefroren sind, hoffnungslos. Keine Aussicht, aus der Koalition herauszukommen ohne noch größere Verluste.

So gut stehen die Chancen zur Verwirklichung einer richtig guten Politik für die Union. Für Deutschland. Für Europa meinetwegen. Das schließt sich ja manchmal nicht aus. Angela Merkel kann zur Zeit ziemlich alles durchsetzen. Nur manchmal fragt man sich: Will das die Kanzlerin auch?

»Sein Talent war sein Charakter«

Vor 125 Jahren wurde der Maler Waldemar Rösler geboren

Von Silke Osman

Nicht die verstaubte Luft des Ateliers, sondern die frische Luft der Natur atmen seine Bilder", stellte Max Liebermann in seinem Nachruf auf den Maler Waldemar Rösler fest. „Wenig bedacht auf den gleißenden Vortrag, alles in den Ausdruck der Stimmung legend, nicht das Zufällige, sondern das Konstruktive suchend. Er baut seine Bilder wie der Architekt seine Häuser, flächig und in großen Massen ... Er malt nicht, was er will, sondern was er muß – so und nicht anders ..."

„Der Künstler", so Liebermann in dem am 8. Februar 1917 in der Berliner Zeitung „Der Tag" veröffentlichten Nachruf weiter, „unterscheidet sich vom Kitschmaler vor allem durch die Gesinnung, und Lichtwark hat sogar den Satz geprägt: Talent ist Charakter. Ob das richtig ist, darüber zu streiten ist hier nicht der Ort, auf Rösler trifft es jedenfalls zu. Sein Talent war sein Charakter, und sein Charakter war sein Talent. Gerade jetzt wird so viel über Heimatkunst geschwatzt: sie liegt nicht im Sujet, nicht darin, daß jeder nur den Kirchturm seines Dorfes malt, sie liegt in der eigenen Naturauffassung, darin, daß der Maler das Sujet mit eigenen Augen schaut und wiedergibt ..."

Waldemar Rösler ist nicht alt geworden. Mit 35 Jahren nahm er sich – tieferschüttert durch die Grauen des Ersten Weltkrieges – am 14. Dezember 1916 im ostpreußischen Arys das Leben. Und doch hinterließ er ein Werk, ausgezeichnet durch eine „eminent malerische Begabung" (Kurt Badt), ein Werk, das heute meist nur noch Kunstkennern ein Begriff ist.

„Mit eigenen Augen geschaut und wiedergegeben", so sind denn auch die Szenen und Motive, die Waldemar Rösler in seinem Werk hinterlassen hat. Keine Sensationen, nichts Aufrüttelndes, Ergreifendes, oder gar Schockierendes hat er mit dem Pinsel festgehalten; sanfte Landschaften vom ostpreußischen Küstenstrich bis zum bayerischen Wasserburg sind es vielmehr, Wind und Wolken, Sand und Meer, Bäume, Dünen und Berge ...

Von Sachsen, wo Waldemar Rösler vor nunmehr 125 Jahren am 21. April 1882 in Striesen bei Dresden geboren wurde, zog die Familie bald nach Königsberg. Dort besuchte der Junge die Realschule. Bereits mit 14 Jahren ging er zur Kunstakademie, um bei Max Schmidt und Emil Neide zu studieren. 1904 schloß er diese Studien als Meisterschüler von Ludwig Dettmann ab und ging nach Dresden. 1905 bereits beteiligte er sich ein erstes Mal an einer Ausstellung der Berliner Sezession, deren Vorstandsmitglied er 1911 auf Vorschlag Max Beckmanns nach dem Rücktritt Liebermanns wurde. 1906 heiratete Rösler die Malerin Oda Hardt, die er im Atelier von Dettmann kennengelernt hatte. Der Ehe entstammen zwei Kinder – Tochter Louise wurde ebenfalls Malerin, Sohn Fritz fiel im Zweiten Weltkrieg in Italien.

Das Ehepaar zog in die Großstadt, nach Berlin-Großlichterfelde. Immer wieder aber fühlte sich der Maler von der freien Natur angezogen. Kein Wunder also, daß er oft nach Ostpreußen ging, um dort zu malen. Gemeinsam mit Theo von Brockhusen gründet er den Künstlerkreis Klein-Kuhren, dem später auch Franz Domscheit, Alfred Partikel und Arthur Degner angehörten.

Ein letztes Mal ist Rösler vor Beginn des Ersten Weltkrieges in seinem Sommer- und Malparadies Klein-Kuhren. Dann wird er zur Landwehr eingezogen und später auch an der Westfront in Belgien eingesetzt. Er zeichnet sich durch Tapferkeit aus, wird zum Leutnant befördert und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Feldpostbriefe von erschütternder Aussagekraft geben noch heute einen Einblick in das grauenvolle Geschehen an der Front. Nach seinem physischen und psychischen Zusammenbruch wird Waldemar Rösler ins ostpreußische Arys versetzt – dort scheidet er schließlich aus dieser Welt.

Beigesetzt wird er auf Gut Schildeck, dem Besitz der Familie Hardt, zwischen Osterode und Hohenstein gelegen. – Erst 1975 konnte seine Tochter Louise das Grab ihres Vaters in Ostpreußen besuchen.



Waldemar Rösler: Selbstbildnis mit Oda (Öl, um 1910) Foto: Archiv

Waldemar Rösler hat selbst einmal bekannt, für ihn gebe es „nur gute Kunst von einzelnen starken Persönlichkeiten, keine Richtungen. Darunter verstehe ich eine ursprüngliche, innerliche, selbständige Kunst; ob diese dekorativ ist oder anders, ist ganz gleichgültig ..." Der Kunsthistoriker Kurt Badt, ein Freund Röslers und fundierter Kenner seines Œuvres, veröffentlichte 1921 in der „Zeitschrift für Bildende Kunst" einen Aufsatz über das Werk des Wahlostpreußen und hob dabei die Bedeutung der ostpreußischen Landschaft für das Schaffen des Künstlers hervor: „Wenn Rösler alle Frühjahr in seine Heimat zurückkehrte, um wieder an die Arbeit zu gehen, so war das keineswegs eine Flucht in die Einsamkeit, sondern im Gegenteil die Rückkehr in sein eigentliches Reich. Seine Verbannung war nicht das Land, sondern die Winterszeit in der Stadt. Er wurzelte im ländlichen Dasein, und seine Kraft war an die Erde gebunden wie die eines Antäus. In seiner Malerei wird nicht ein Stück der städtisch-kulturellen Atmosphäre in die Natur hineingetragen, vielmehr könnte man umgekehrt sagen: die Natur des flachen Landes strömt selbst in die Bilder hinein, die ferne davon entstanden sind ... In den letzten Werken bestimmt nicht das zugrunde liegende Landschaftsbild die Gestaltung, sondern eine dem Künstler vorschwebende Einheit benutzt Landschaft und Menschen zu ihrer Verwirklichung ..."

Hat man die Gelegenheit – oder auch das Glück – dem Werk Waldemar Röslers auf einer Ausstellung oder in Museen in Berlin, Hamburg, Bremen, Stuttgart oder Regensburg zu begegnen, wird man Max Liebermann nur zustimmen können, der einst feststellte: „Unter seinen Altersgenossen war er nicht nur eins der hoffnungsreichsten, sondern auch eins der gediegensten Talente. Die Rechtschaffenheit gegen seine Kunst verleiht seinen Bildern dauernden Wert, und wenn all das tolle Zeug, das uns das letzte Dezennium vor dem Kriege gebracht hat, längst von der Bildfläche verschwunden sein wird, werden Röslers Bilder bestehen bleiben: denn sie sind ehrlich."

Lange hat die einst in Hamburg lebende Textilkünstlerin Anka Kröhnke den Wunsch gehegt, ein Museum zu errichten, in dem die Werke ihrer Eltern Louise Rösler (1907–1993) und Walter Kröhnke (1903–1944) und Großeltern Oda Hardt-Rösler (1880–1965) und Waldemar Rösler (1882–1916) ausgestellt werden könnten und in dem auch ihre eigenen Arbeiten zu sehen sein würden. Darüber hinaus wollte sie dort mit ihrem Mann Hanno Jochimsen gemeinsam leben und arbeiten.

Im Ostseebad Kühlungsborn fanden sie ein geeignetes, wenn auch dringend renovierungsbedürftiges Haus mit einem wunderschönen Garten.

Als Hanno Jochimsen 2002 unerwartet starb, stand Anka Kröhnke allein vor der schier unüberwindlich scheinenden Aufgabe, das Haus renovieren zu lassen und dort ein ansehnliches Museum zu errichten. Mit geradezu preußischer Energie aber ging sie bald die Probleme an – aufgeben kam nicht in Frage, zu sehr hatte sich die Idee einer gemeinsamen Präsentation der künstlerischen Werke in ihrem Kopf festgesetzt. Im Mai 2004 konnte schließlich die erste Ausstellung gezeigt werden. Heute ist das Atelierhaus Rösler-Kröhnke bei ausgewiesenen Kunstfreunden längst zu einem Begriff geworden.

Das Atelierhaus Rösler-Kröhnke, Schloßstraße 4, 18225 Kühlungsborn, ist freitags, sonnabends und sonntags von 11 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung unter Telefon (03 82 93) 1 53 39 geöffnet.

Weitaus mehr als »Maler Klecksel«

In Hannover zeigen zwei Ausstellungen zum 175. Geburtstag von Wilhelm Busch seine vielfältigen Begabungen

Von Helga Steinberg

Wer kennt ihn nicht, den geistigen Vater von „Max und Moritz"? Mit dem Namen von Wilhelm Busch (1832–1908) sind meist die heiterbissigen Bildergeschichten verbunden, die Kinder wie Erwachsene gleichermaßen noch heute erfreuen. Die Bilder und die Verse um „Die fromme Helene", „Balduin Bählamm", „Plisch und Plum", „Maler Klecksel", „Fips der Affe" und natürlich „Hans Huckebein" gehören zu den bekanntesten. Daß Wilhelm Busch aber auch gediegene und sogar poetische Prosa schrieb, mag nur ausgewiesenen Busch-Kennern bekannt sein. In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden Erzählungen wie „Eduards Traum" (1891) und „Der Schmetterling" (1895), die jetzt in der Deutschen Verlags-Anstalt / Manesse Verlag wieder erschienen sind (jeweils 9,90 Euro). In „Eduards Traum" schildert Busch die groteske Geschichte des schlafenden Eduard, der, zu einem winzig kleinen Punkt geschrumpft, durch die Welt gewirbelt wird und Abenteuerliches erlebt. „Der Schmetterling" ist eine Geschichte um die lebenslange Suche nach dem Glück. Dieses letzte Prosa-Werk Wilhelm Buschs ist auch eine Rückschau auf das eigene Leben, das geprägt war von Höhen und Tiefen.

Geboren vor 175 Jahren als Sohn eines Krämers im hannoverschen Wiedensahl, strebte Busch eine Künstlerlaufbahn an. Zunächst mußte er jedoch auf Wunsch des Vaters einen ordentlichen Beruf erlernen und schrieb sich auf der Technischen Hochschule Hannover ein, um Maschinenbauer zu werden. 1851 aber zog es ihn nach Düsseldorf an die Akademie, doch der Unterricht dort wie auch an den Akademien in Antwerpen und München enttäuschte ihn. Wenn auch die alten Meister ihn begeisterten, so zeigten sie ihm doch seine Grenzen auf. Busch zog sich zurück und wurde ein Maler, der an sich zweifelte. Immer wieder zerriß er seine Bilder und er signierte nur diejenigen, die er für gut hielt. Um so erstaunlicher ist die Menge der Gemälde (335) und Handzeichnungen (mehr als 1300), die sich heute im Besitz des Wilhelm-Busch-Museums in Hannover befinden. Aus Anlaß des 175. Geburtstages von Wilhelm Busch zeigt das Museum nun zwei Ausstellungen. In „Soviel Busch wie nie" werden 247 Ölbilder und 144 Zeichnungen präsentiert, darunter auch zahlreiche bislang nie ausgestellte Werke, die einerseits die große Fülle der Sammlung verdeutlichen, andererseits aber auch die thematische Vielfalt im Schaffen des Malers und Zeichners Busch zeigen. In „Wilhelm Busch – Avantgardist aus Wiedensahl" wird deutlich, wie sehr der Mann, der die Ruhe und Zurückgezogenheit des Dorfes liebte und der dort auch seine Themen fand, die Entwicklung des modernen Comics beeinflußte. Seine Zeichnungen, die sich durch einen kraftvollen Strich auszeichnen, erinnern an die Werke der späteren Expressionisten. Wilhelm Busch – eben weitaus mehr als ein „Maler Klecksel".



Wilhelm Busch: Lüthorster Herbstlandschaft (um 1895). Der Vater von „Max und Moritz" fand gegen Ende seiner Tätigkeit als Maler und Zeichner in den 1890er Jahren zu einem eigenen unverwechselbaren Stil. Seine Landschaftsbilder wie das hier abgebildete Motiv aus der Umgebung von Lüthorst am Solling, wo er sich gern aufhielt, zeigen bereits erste Anzeichen von Abstraktion. Foto: Wilhelm-Busch-Museum

Die Ausstellungen „Soviel Busch wie nie – Malerei und Zeichnungen" (bis 3. Juni) und „Wilhelm Busch – Avantgardist aus Wiedensahl" (bis 18. November) sind im Wilhelm-Busch-Museum im Georgengarten, der zu den Herrenhäuser Gärten gehört, Dienstag bis Freitag von 11 bis 17 Uhr, Sonnabend, Sonn- und Feiertage von 11 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 4,50 / 2,50 Euro. In veränderter Konzeption werden sie vom 2. Dezember 2007 bis zum 4. Mai 2008 in der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorf gezeigt. „Wilhelm Busch – Die Bilderpossen" sind als Ausstellung des Wilhelm-Busch-Museums bis zum 17. Juni in der Nord / LB art gallery in Hannover zu sehen.

Der ewige Kampf ums Idealgewicht

Am Anti-Diät-Tag sind »Hungerkünstler« aufgefordert, über die Schäden einseitiger Ernährung nachzudenken

Von CORINNA WEINERT

Zehn Pfund in zehn Tagen! Das ist der Standard-Slogan in Zeitschriftentiteln, wenn es um eine neue Diät geht. Die Diät ist und bleibt ein ewig aktuelles Thema, das in nahezu allen Gesellschaftsschichten nie an Gewicht verliert. Mittlerweile jedem ein Begriff sind die Brigitte-Diät, FdH, die Null-Diät, Trennkost und die Weight-Watchers. Der ewige Kampf ums Idealgewicht brachte uns immer wieder neue Trend-Kuren, wie beispielsweise die Blutgruppen-Diät, die Fünf-Elemente-Diät, die Mond-Diät, die Säure-Basen-Diät, die Steinzeit-Diät, die Stoffwechsel-Diät oder die Vollweib-Diät. In unserer Gesellschaft hat das Schlank-Sein Konjunktur.

Gegen den Schlankheitswahn wird jährlich am 6. Mai mit einem weltweiten Aktionstag protestiert. Mary Evans, die Gründerin einer Londoner Anti-Diät-Gruppe, rief 1992 den Anti-Diät-Tag ins Leben. In einem Interview über ihre Gruppe forderte sie, daß es einen Tag geben sollte, an dem die Menschen ihre Diät unterbrechen und über den Schaden, den einseitige Ernährung anrichten kann, aufgeklärt werden.

Der erste internationale Anti-Diät-Tag fand am 5. Mai 1993 statt. 1995 wurde der Anti-Diät-Tag auf den 6. Mai verlegt, um ihn zu Ehren von Mary Evans Geburtstag zu begehen. In immer mehr Ländern nutzen Diät-Gegner diesen Tag, um den Menschen den Diät-Terror bewußt zu machen.

Insbesondere Frauen neigen dazu, einen regelrechten Fanatismus zu entwickeln, wenn es um die Figur geht. „Hätten wir jeden Tag einen Anti-Diät-Tag, könnten Frauen sich um deutlich wichtigere Dinge kümmern, als ständig auf ihr Gewicht zu achten und sich mit Schuldgefühlen zu plagen“, kommentierte Gisela Enders, die den Verein „Dicke e.V.“ in Deutschland gegründet hat, einst den weltweiten Aktionstag. „Ich rufe besonders an diesem Tag alle Frauen und Männer auf, von Schlankheitskuren die Finger zu lassen. Sie machen langfristig nicht schlank, und sind auch noch ungesund“, so Enders. Dicke sollten ihrer Meinung nach den Anti-Diät-Tag als Gelegenheit sehen, um ihren Körper als ein Geschenk zu feiern und um sich von feindlichen Körpergefühlen zu verabschieden.

In Deutschland leben zwischen 20 und 30 Millionen dicke Menschen. Sie werden, vor allem wenn sie Frauen sind, in unserer Gesellschaft noch immer belächelt, nicht ernst genommen und verspottet. Man sagt ihnen nach, daß sie auch *gleichzeitig* dumm, langsam, unbeweglich, ungeschickt und unattraktiv seien. Übergewicht wird in unserer Gesellschaft mit Freßsucht, Trägheit, psychischer Labilität und vielem mehr in Verbindung gebracht. Gefördert wird eine solche Denkweise über dicke Menschen durch die Medien und die Werbeindustrie, die unserer Gesellschaft ein gemeinhin akzeptiertes Schönheitsideal vorgeben. Das anhand ihrer Maßstäbe geprägte Bild wird dann häufig – bewußt oder unbewußt – als Norm gesetzt.

Schlank zu sein galt – was Frauen anbelangt – jedoch nicht immer als schön. In der Vergangenheit gab es oft Epochen, in denen dicke Frauen begehrt und bewundert wurden. Üppige Proportionen waren ein Symbol für Fruchtbarkeit, Geburt, Vermehrung und Überfluß, waren der Inbegriff der Weiblichkeit. In der griechischen und römischen Antike verkörperten beispielsweise Aphrodite und Venus das Schönheitsideal. Nach heutigen „Maßstäben“ würde man die beiden Göttinnen als mollig bezeichnen.



Viel Obst und Gemüse: Ausgewogene Ernährung ist besser als jede radikale Diät. Foto: ddp

Heute wird die fettfreie Welt von allen, die etwas daran verdienen oder wenigstens daran glauben, propagiert. Ein lukratives Geschäft für die Hersteller von Diätprodukten und Fitneßgeräten, und auch die Modeindustrie verdient gut daran. Mittlerweile sind wir mit unserem Schlankheitswahn auf einem neuen Höhepunkt angelangt. 75 Prozent aller Frauen machen in ihrem Leben eine Diät, jede vierte Frau ist mittlerweile eßgestört.

Die Anzahl der Abnehmprogramme und Schlankheitskuren, mit denen das Körpergewicht reduziert werden soll, ist unüberschaubar groß. Kein Wunder, daß Menschen, die eine für sie geeignete Methode suchen, oftmals überfordert und verunsichert sind.

Die meisten kommerziell angebotenen Schlankheitskuren beruhen auf einer kurzfristigen Nahrungsreduktion (Kalorienreduktion), auf der verminderten Aufnahme beziehungsweise Vermeidung bestimmter Nährstoffgruppen wie Kohlenhydrate oder auf der Bevorzugung bestimmter Nährstoffe aus einer der verschiedenen Gruppen wie Nahrungsmittel mit niedrigem glykämischen Index.

Abnehmprogramme, bei denen ein strenger Ernährungsplan im Vordergrund steht, rufen nicht selten Mangelerscheinungen hervor. Schwächeanfälle, Leistungsminderung, Haarverlust, elektrolytisches Ungleichgewicht, hoher Blutdruck und Osteoporose sind laut Studien einige der möglichen Folgen.

Alle Schlankheitskuren bergen das Risiko einer nur kurzfristigen Gewichtsabnahme, danach kommt es in den meisten Fällen wieder zu einer Gewichtszunahme, so daß das Körpergewicht oft sogar ansteigt, statt sich auf Dauer zu reduzieren – der berühmt-berüchtigte Jojo-Effekt.

Die geplagten Abnehmwilligen, die es satt haben, sich ständig neuen Diätvorschriften zu unterwerfen, können heute auch ein anderes Angebot wählen: Abnehmprogramme, die psychomentale Aspekte des Übergewichts in den Vordergrund stellen. Sie haben zum Ziel, durch die eigene Vorstellungskraft und geistiges Training das Gehirn auf ein geringeres Körpergewicht „umzupolen“ und somit Einfluß auf das Unterbewußtsein, das den Mechanismus von Hunger und Sättigung steuert, zu nehmen.

Auch Kommunikationssysteme, die auf der elektronischen Datenverarbeitung basieren, erobern zunehmend den Markt der Diätangebote. Die Teilnehmer werden zu Hause „individuell“ durch ein zentral gesteuertes Computerprogramm betreut, das Ernährungsprotokolle auswertet, daraus Empfehlungen ableitet und Verhaltenstips gibt.

Erwarten wir nun gespannt, was uns demnächst noch alles von der Diät-Industrie präsentiert wird. Und: Nutzen wir den Anti-Diät-Tag, um uns Gedanken darüber zu machen, was davon denn wirklich sinnvoll ist.

Mit Webteppichen in Afrika zum Erfolg

Marie-Luise Parkhouse verbindet preußische Disziplin mit namibischem Kunsthandwerk

Von ANGELIKA FISCHER

In einer historischen Fabrikhalle im Hinterhof der Alten Brauerei von Windhuk hat die Firma „Woven Arts of Africa“ ihren Sitz. 1979 gegründet, ist sie die einzige Weberei dieser Art, in der aus ungefärbter Wolle Teppiche, Läufer und Wandbehänge mit Darstellungen von Landschaften und Tieren oder geometrischen Mustern nach Motiven namibischer Volksgruppen hergestellt werden. Inhaberin dieser mittlerweile erfolgreich am Markt etablierten Manufaktur ist eine gebürtige Berlinerin: Marie-Luise Parkhouse.

„Wir sind die einzige Weberei in Windhuk, die Teppiche aus der naturbelassenen Wolle des Karakulschafes von Hand fertigt“, berichtet Frau Parkhouse, „dieses ursprünglich aus Zentralasien stammende Schaf wurde 1907 nach Afrika eingeführt und wird seitdem im trockenen Süden Namibias gezüchtet.“ Wie sie weiter erzählt, scheren die Farmer die Tiere jedes Jahr im August / September und sortieren die Wolle grob nach den Naturfarben Weiß, Beige, Braun, Grau und Schwarz. In abgepackten Ballen wird die Wolle danach zur Auktion nach Windhuk gebracht. „Unsere Mitarbeiterinnen sortieren die Wolle nochmals nach ihren vielen feinen Farbschattierungen, zupfen und kämmen sie zu Vliesen, um sie anschließend zu Fäden zu spinnen. Nach dem Waschen und dem Trocknen der Wolle beginnt dann das Weben unserer Teppiche und Wandbehänge.“

Der Größe dieser Web-Kunstwerke sind nur durch die Dimensionen der riesigen hölzernen Webstühle Grenzen gesetzt. „Wir können auf Bestellung bis zu zwölf Meter lange und drei Meter breite Teppiche weben“, so Marie-Luise Parkhouse, „unsere Designs werden dabei individuell mit den Wünschen unserer Kunden abgestimmt, beispielsweise können Embleme oder Firmenlogos eingewebt werden. Der Versand erfolgt weltweit per Post oder Spedition.“



Erstklassige Qualität: Alberta Namises zeigt einen angefangenen Teppich mit Motiven aus der afrikanischen Volkskunst. Foto: Fischer

Daß die Weberei als reiner Frauenbetrieb seit nahezu 30 Jahren existiert, ist der unerschöpflichen Energie sowie der preußischen Disziplin von Marie-Luise Parkhouse zu verdanken. Denn was 1979 einstmals als „Webschule Karibib“ gegründet wurde, zog danach dreimal um, änderte zweimal seinen Namen und stand 2004 nach 25 Jahren quasi vor dem Aus. „An ihrem damaligen Standort mußte die Weberei im Juli 2004 der Erweiterung eines Kasinos weichen“, erzählt Marie-Luise Parkhouse, „die damalige Besitzerin sah keine Perspektive mehr und entschloß sich schweren Herzens, den Betrieb zu schließen. So bin ich eingesprungen, habe die Webstühle erworben, im Hinterhof der Old Brewery einen neuen Standort gefunden und konnte bereits im August 2004 unter dem neuen Namen Woven Arts of Africa wieder eröffnen.“ Wie sie auf Nachfrage betont, sei sie zur Übernahme des Betriebs vor allem motiviert worden durch die 14 einheimischen Mitarbeiterinnen aus den Volksgruppen der Ovambo, Herero und Damara, deren Arbeitsplätze sie erhalten und auf deren zum Teil über Jahrzehnte erworbenes Wissen sie zurückgreifen konnte. „Ohne diese tollen Frauen ginge hier praktisch nichts“, erklärt sie. Ihre eigene Aufgabe sei es, den Betrieb am Laufen zu halten und sich um Marketing und Verkauf zu kümmern.

„Unsere Spinnerinnen und Weberinnen stehen heute und in Zukunft für die handwerklich erstklassige Qualität, für die schon die Webschule Karibib bekannt war.“

Seit Marie-Luise Parkhouse den Betrieb übernommen hat, ist er von einer reinen Weberei zusätzlich zu einer touristischen Attraktion geworden: Denn bei ihr kann man nicht nur Teppiche bestellen oder fertig kaufen, sondern darüber hinaus auch den Frauen bei der Herstellung dieser Webkunstwerke zuschauen und sich die Fertigung Schritt für Schritt erklären lassen.

Wie sie auf diese Idee gekommen ist? „Ganz einfach“, sagt sie, „schließlich war ich, bevor ich die Weberei übernommen habe, in der Tourismusbranche tätig!“

Die Opfer leiden heimlich

Mobbing in der Schule: Wie Eltern ihren Kindern helfen können

Von ANJA SCHÄFERS

Es gibt viele Formen von Mobbing in der Schule. In den Fällen, über die am häufigsten gesprochen und geschrieben wird, geht es um offene Gewalt. Kinder werden von Mitschülern geschlagen oder getreten, ihnen werden Sachen zerstört oder Gegenstände weggenommen. In vielen Fällen von Mobbing fehlen aber solche äußeren Anzeichen.

„Noch häufiger müssen Mobbing-Opfer verbale Gewalt und Ausgrenzung erleiden“, sagt Johann Haffner, Psychologe in der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Heidelberg. Dabei werden Kinder zum Beispiel beschimpft oder lächerlich gemacht, es werden Lügen über sie in Umlauf gesetzt oder ihre Mitschüler reden nicht mehr mit ihnen.

Nicht jedes Hänseln oder jeden Streit bezeichnet man als Mobbing. „Davon spricht man erst, wenn jemand über einen Zeitraum von mehreren Wochen oder Monaten systematisch schikaniert wird“, sagt der Psychologe. Als weiteres Kriterium komme hinzu, daß ein Schwächerer einem überlegenen einzelnen oder einer ganzen Gruppe gegenüberstehe.

Der Begriff Mobbing leitet sich vom englischen Wort für Pöbel oder Meute ab.

Jedes Kind kann Opfer von Mobbing werden. Denn die Eigenschaften, wegen denen jemand körperlich oder verbal verletzt wird, sind mehr oder weniger zufällig. „Vielleicht ist ein Schüler neu in der Klasse, trägt eine Brille oder spricht mit einem anderen Dialekt“, berichtet Haffner. Der Anlaß für die Schikanen ist also meist willkürlich gewählt.

„Der tiefere Grund für das Mobbing hat mehr mit dem Angreifer zu tun als mit dem Opfer“, sagt Jacqueline Eckardt, Autorin des Buches „Mobbing bei Kindern“. Dieser möchte zum Beispiel Macht ausüben oder sich in der Gruppe profilieren. Meist spielen daher auch andere Schüler eine wichtige Rolle, sei es als Publikum, Mitläufer oder Mittäter.

Die wiederholten Angriffe verletzen die Opfer und demütigen sie. „Oft schämen sie sich dafür und suchen die Schuld für das Mobbing bei sich“, sagt Eckardt. Viele Kinder würden sich daher zurückziehen und ihr Leiden verheimlichen. In manchen Fällen komme auch der Druck der Täter hinzu, niemandem etwas über die Vorfälle zu berichten.

Eltern sollten deshalb bei ihren Kindern auf Warnsignale achten. Diese sind so vielfältig wie die Formen von Mobbing. Äußere Zeichen können Prellungen oder Kratzer am Körper sein und zerstörte oder verschwundene Sachen. Aufmerksam sollten Eltern auch werden, wenn ihr Kind nicht mehr von anderen eingeladen wird und sich Bekannte oder Freunde abwenden.

Betroffene Kinder gehen meist nur ungern zur Schule und oft werden auch ihre Leistungen schlechter. „Häufig leiden Mobbing-Opfer an psychosomatischen Beschwerden wie Schlafstörungen oder Bauchschmerzen“, berichtet Haffner. Viele Kinder werden auch zunehmend ängstlich und unsicher. Die seelischen Folgen von Mobbing können bis zu Depressionen und Selbstmord reichen.

„Es ist für Eltern nicht immer einfach, das Vertrauen ihres Kindes zu gewinnen“, sagt Eckardt. Auf keinen Fall dürfen sie sich durch ausweichende Antworten abwimmeln lassen. Häufig würden Kinder anfangs auch nur Andeutungen machen, um die Reaktion ihrer Eltern auszutesten. Daher sollte man Schwierigkeiten weder als harmlos abwerten, noch gleich in Panik verfallen.



„Ist die aber doof“: Derartige Hänseleien der Mitschüler zerstören das Selbstbewußtsein. Foto: vario images

Am besten ermutigt man sein Kind, mehr von seinen Gefühlen und der Situation zu erzählen. Auch könne man sich erkundigen, wem sich das Kind schon anvertraut oder was es unternommen hat. „Solche Fragen dürfen nicht mit Vorwürfen verbunden sein“, warnt die Expertin. Daher sollte man dem Kind vermitteln, daß in seiner Situation Gefühle wie Scham oder Hilflosigkeit ganz normal seien.

Als nächstes sollten Eltern und Kinder überlegen, was sie unternehmen wollen. Die Maßnahmen hängen immer vom konkreten Fall ab.

„In einem frühen Stadium von Mobbing kann es ausreichen, wenn man mit seinem Kind das Verhalten in bestimmten Situationen übt“, sagt Eckardt. So lassen sich zum Beispiel selbstbewußte Antworten auf Hänseleien trainieren oder man überlegt, wen das Kind um Hilfe bitten kann.

Häufig ist es gut, die Schule einzubinden. „Dafür können sich Eltern zum Beispiel an den Klassenlehrer oder Schulpsychologen wenden“, empfiehlt die Autorin. Zusammen sollten sie überlegen, ob und wie ein Gespräch mit den beteiligten Kindern oder Eltern stattfinden könnte. Das Mobbing sollte unbedingt beendet werden, bei eindeutigen Straftaten sind klare Sanktionen nötig.

Wenn die Vorfälle eine ganze Gruppe betreffen, muß auch die Klasse des Kindes einbezogen werden. „Dabei kann man hypothetisch über das Thema sprechen oder konkret über einen Fall“, sagt Eckardt.

Wichtig sei, daß die Kinder selbst Regeln für den Umgang miteinander aufstellen und Lösungen für Problemsituationen finden. Vielfach haben sich Einrichtungen wie Streitschlichter oder ein Klassengericht bewährt.

Tips im Internet: http://mobbing.seitenstark.de, http://time4teen.de (Rubrik Suchen: „Mobbing“) oder www.schueler-mobbing.de

»Warum gerade ich?« – Der Täter als Problem

Eigentlich ging sie gern zur Schule, wenn es nur nicht immer diese Phasen der Langeweile gegeben hätte. In großen Pausen, Freistunden oder beim Warten auf den Bus begann für sie der Terror. Alle Ratschläge Erwachsener – ob Eltern, Lehrer oder Sozialpädagogen brachten wenig –, denn das Verhalten der Mitschüler war nicht rational, schließlich hatten auch ein oder zwei andere Schüler Billig-Kleidung von C & A oder trugen statt einen schicken Markenrucksacks einen Grundschulranzen. Nur sie jedoch war als Opfer auserkoren worden. Mit der Zeit glaubte sie selber, wirklich „doof“ zu sein. Immer wenn Langeweile aufkam, begannen die anderen Mitschüler unter der Anleitung des Mitschülers René sie zu hänseln, ihr Sachen wegzunehmen, den Ranzen auszukippen oder sie mit Müll zu bewerfen. Als René wegen schlechter Leistungen die Schule verlassen mußte, hörte der Terror schlagartig auf. *Bel*

MELDUNGEN

Kirche ohne Orientierung

Plau am See – Die evangelische Kirche habe kein Strukturproblem. Sie stecke in einer geistlichen Orientierungskrise. Das sagte der Bischof der mecklenburgischen Landeskirche, Hermann Beste. Notwendige Reformen dürften nicht in „Veränderungswut ausarten und mit einem Veränderungspathos herbeigeredet werden“. Ihm leuchte nicht ein, weshalb die heutige Zeit als für die Kirche besonders schwer gekennzeichnet werde, so Beste. In den Jahren nach 1945 habe es existenziellere finanzielle Schwierigkeiten in der Kirche gegeben. Probleme sieht Beste in der Art der Evangeliumsverkündigung. Sie vertrage nur zu einem kleinen Teil „modische Gags“. Die geistliche Orientierungskrise werde auch an der zunehmenden Zahl ausgebrannter kirchlicher Mitarbeiter deutlich. *idea*

Weniger Jugendweihe

Dresden – Immer weniger Jugendliche in Sachsen nehmen an der atheistischen Jugendweihe teil. In den vergangenen fünf Jahren gingen die Teilnehmerzahlen im Freistaat um fast 70 Prozent zurück. Beteiligten sich im Schuljahr 2001/2002 noch 33 000 Schüler an dem Ritual, so werden es in diesem Jahr rund 10 100 sein, teilte der Sächsische Verband für Jugendarbeit und Jugendweihe mit. Hauptgrund ist der Geburtenrückgang in den Jahren nach der friedlichen Revolution. Trotz der rückläufigen Zahlen bleibt die Jugendweihe das beliebteste Ritual an der Schwelle zum Erwachsenwerden. Die Zahl der Konfirmanden in der sächsischen Landeskirche liegt bei rund 4200. Das sind 800 weniger als im vergangenen Jahr. „In diesem und im nächsten Jahr erreichen wir den Tiefstand der Geburtsjahrgänge nach der friedlichen Revolution“, sagte der Pressesprecher der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Die meisten Konfirmationen in Sachsen hat 2007 der Kirchenbezirk Zwickau mit 282 angemeldeten Jugendlichen. Die sächsische Landeskirche hat rund 830 000 Mitglieder. *idea*

Die eigene Geschichte festhalten

Senioren schreiben ihre Erinnerungen auf

Von ANJA SCHÄFERS

Angefangen hat alles am Eßtisch der ältesten Tochter von Werburg Doerr. Immer wieder wollten die Enkelkinder Geschichten aus der Kindheit der heute 75jährigen hören. Szenen wie diese gibt es in vielen Familien, doch selten entsteht daraus mehr. Die Familie Doerr kann dagegen mittlerweile die Erinnerungen der Großmutter an die Jahre 1932 bis 1945 unter dem Titel „Flieg, Maikäfer, flieg“ nachlesen.

Wie kam es zu dieser Veröffentlichung? „Irgendwann fragte meine Tochter, ob sie die Erzählungen mit einem Mikrofon aufnehmen dürfe“, sagt Doerr. Doch das war nicht ihre Stärke. Da sie schon viele Texte und Gedichte verfaßt hatte, wollte sie ihre Erinnerungen lieber aufschreiben. „Dadurch können meine Kinder und Enkel etwas über ihre Herkunft erfahren und sich selbst in ihren Anlagen wiedererkennen und besser verstehen lernen“, erläutert die Autorin.

Wer seine Lebensgeschichte aufschreiben will, braucht Durchhaltevermögen und eine starke Motivation. „Viele ältere Menschen möchten ihre Erlebnisse für die Nachwelt festhalten“, sagt Karin Wimmer-Billeter vom Münchner Bildungswerk. Die Sozialpädagogin gibt Seminare zur Dokumentation von Lebenserinnerungen.

Durch die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte läßt sich das Leben aufarbeiten. „Dabei entdeckt man häufig Sachen, die einem vorher nicht bewußt waren“, berichtet Wimmer-Billeter. Dies gelte für private Zusammenhänge ebenso wie für zeitgeschichtliche Ereignisse. Manche Menschen finden auch Träume oder Wünsche, die sie früher nicht verwirklicht haben und im Alter nachholen können.

Überlegen, warum man schreibt

„Wenn ich weiß, warum und für wen ich schreibe, kann ich mir Gedanken über die Form meiner Geschichte machen“, sagt die Sozialpädagogin. Einem rückblickenden Tagebuch zum Beispiel dürfe man jeden Gedanken anvertrauen, auch ungeordnet und in Sütterlinschrift.

Man sollte aber nicht erwarten, daß andere Menschen damit etwas anfangen können. „Viele ältere Menschen gestalten Erinnerungsbücher mit dem Computer“, berichtet Wimmer-Billeter. Dadurch lassen sich Texte so aufbauen, daß sie angenehm zu lesen sind, und auch Fotos können integriert werden. Einige Senioren nehmen aber auch Erzählungen von sich auf, damit andere ihre Stimme hören können. Selbst ein kleiner Film ist heute technisch möglich. „Es wirkt häufig lähmend, wenn man gleich sein ganzes Leben festhalten will“, sagt die Sozialpädagogin. Deshalb sollte man sich einen überschaubaren Zeitraum wie etwa die Kindheit oder das Kriegsende vornehmen. Auch durch die Auswahl bestimmter Personen oder Orte könne man sich beschränken.

Persönliche Erinnerungen lassen sich auf verschiedene Arten wecken. Werburg Doerr zum Beispiel halfen dabei vor allem Bilder. „Beim Ansehen eines Fotos mit einem Teich, Sumpfland und Pferdekoppeln fiel mir ganz viel ein, was ich dort erlebt hatte“, sagt die Autorin. Danach stellte sie sich verschiedene Plätze auf dem elterlichen Gut und in ihrem Heimatdorf vor und konnte sich so an viele Begebenheiten erinnern.

Alte Gegenstände sind in der Regel sehr inspirierend. Das können eigene Besitztümer sein, aber auch Sachen vom Trödel oder Ausstellungsstücke im Museum. Anregend wirken zudem Bücher, Filme oder der Austausch mit anderen Menschen. „Gerade in Gruppen multiplizieren sich die Erinnerungen“, berichtet Wimmer-Billeter. Häufig rufe hier der Gedanke eines einzelnen viele Geschichten bei den anderen hervor.

Gleichgesinnte lassen sich vielfach in Nachbarschafts- oder Seniorentreffs finden. An etlichen Orten gibt es auch Geschichtsprojekte oder Initiativen wie das Erzählcafe, bei denen persönliche Erinnerungen ausgetauscht werden. Viele Volkshochschulen und andere Bildungswerke bieten mittlerweile auch besondere Kurse für biografisches Schreiben an.

„Beim Verfassen der eigenen Erinnerungen sind Rückmeldungen von anderen Menschen enorm hilfreich“, sagt Wimmer-Billeter.

Familienmitglieder können helfen

Familienmitglieder, Freunde oder Außenstehende sollten kritisch prüfen, ob sie die Schilderungen verstehen.

Häufig sind zunächst Zusammenhänge unklar oder es fehlen wichtige persönliche oder auch zeitgeschichtliche Informationen.

Auch bei Werburg Doerr dauerte es einige Zeit, bis aus einzelnen Geschichten ein für ihre Enkel verständlicher Text wurde.

„Mein Schwiegersohn fand eine günstige Druckerei, so daß ich genügend Exemplare für meine große Familie hatte“, berichtet Doerr. In dieser Form landeten die Erinnerungen bei einem Literaturagenten, der dafür einen renommierten Verlag fand.

Mit der Veröffentlichung ihrer Memoiren in Buchform ist Doerr eine große Ausnahme. Denn die meisten Biographien interessieren nur sehr wenige Leute. „Die Publikation allein motiviert mich auch nicht zum Schreiben“, sagt die Autorin. Sie möchte dabei vor allem Erkenntnisse über sich selbst gewinnen und das, was sie erlebt hat, an die Enkel weitergeben.

Buchtips zum Verfassen von Lebenserinnerungen: Judith Barrington: „Erinnerungen und Autobiographie schreiben“, Autorenhaus Verlag, 2004, 14,90 Euro; Barbara Kerkhoff, Anne Halbach: „Biographisches Arbeiten – Beispiele für die praktische Umsetzung“, Vincentz Network, 2002, 15,80 Euro; Hubert Klingenberger: „Lebensmutig – Vergangenes erinnern, Gegenwärtiges entdecken, Künftiges entwerfen“, Don Bosco Verlag, 2003, 18 Euro; Sabine Sautter: „Leben erinnern – Biographiearbeit mit Älteren“, AG SPAK Bücher, 2004, 13 Euro; Gerhild Tieger: „Anleitung zur Autobiographie in 300 Fragen“, Autorenhaus Verlag, 2004, 9,80 Euro.



Pferde und Schweizer

Geschichten aus Numeiten

In „Numeiter Geschichten" berichtet Susanne Hagen von „Erinnerungen an ihre Großeltern, an ihr Numeiten und an die Menschen, die mit ihnen dort lebten".

„Numeiten liegt in Ostpreußen, genauer im Kreis Angerburg, noch genauer im Kirchspiel Possessern, und ganz genau an der Straße von Ogonken nach Haarschen. Dort findet man es: Es ist das Gut Numeiten am Schwenzait-See."

Detailgetreu und mit Hilfe zahlreicher Schwarzweiß-Abbildungen beschreibt Susanne Hagen ab der Zerstörung des Gutes ihrer Familie 1914 im Ersten Weltkrieg und dem kräftezehrendem Wiederaufbau, der im Jahr 1915 begann.

„Das Zerstörungswerk war folgendermaßen vor sich gegangen: Am 2. September zerschlugen die Russen alles, Porzellan und Gläser warfen sie durch Fenster. Am 3. September holten sie sich aus Haarszen Spiritus, zündeten zuerst die Insthäuser und Ställe an und legten dann Feuer an den Gutshof. Nicht ein Gebäude blieb verschont. Sie verrichteten ihr Zerstörungswerk so gründlich, daß sie sogar die Tür und Torpfeiler sprengten ... Erneut waren die Russen eingefallen, bevor sie in der Winterschlacht in Masuren, die bis zum 22. Februar 1915 dauerte, endgültig aus dem Land geworfen wurden ... Herr Leutnant Hagen hatte Bestellungsurlaub genommen, und mit frohem Mut ging es ans Werk, aus den Trümmern sich wieder eine neue Heimat zu gründen."

Viele Erinnerungen teilt Susanne Hagen mit dem Leser. So zum Beispiel die von der Schweizer Familie Burri, die durch ihren Gesang beim Melken eine ganz bestimmte Atmosphäre hervorrief. Oder die Erinnerung an den mutigen Dackel Purzel oder das unbändige Rennpferd „Kinderfreund".

Mit viel Liebe zum Detail berichtet die Autorin über das Leben auf dem Gut, die alljährliche Zeremonie des Weihnachtsfestes und das in Numeiten wichtigste Ereignis, den „Remontemarkt".

„Wo viele Pferde stehen, wird auch geritten. So war es denn auch auf Numeiten, wo von sechs Kindern fünf diesen schönen Sport mehr oder weniger intensiv pflegten. Numeiten lag eingebettet in eine wunderschöne Moränenlandschaft mit Wald, Acker, Weiden und Wiesen, umrahmt von Seen – ideal für einen Geländeritt ... Der Fuchswallach von Tronje war vor Freude besonders übermütig. Aber mit der Last des Reiters war die Freude nur halb so groß. Also Kopf zwischen die Beine und der junge Reitersmann flog von der Decke auf den Weg. Das Ergebnis war erstaunlich. Tronje flog mit einem eleganten Salto von seinem Pferd und stand mit beiden Beinen fest auf dem Weg, mit dem Zügel in der Hand, gewissermaßen Auge in Auge mit dem Wallach ... Die Reiterschar hatte noch lange zu erzählen und zu lachen."

Zahlreiche kleine Anekdoten und lustige Geschichtchen weiß Susanne Hagen aus ihrer Jugend zu berichten, wobei die Schwarzweiß-Abbildungen mit den freundlich in die Kamera lächelnden Gutsbewohnern die von der Autorin beschriebene Idylle und Zufriedenheit, die trotz der harten Arbeit auf Gut Numeiten herrschte, unterstreichen. *A. Ney*

***Susanne Hagen: „Numeiter Geschichten"**, Frieling-Verlag, Berlin 2006, 158 Seiten, 9,90 Euro, Best.-Nr. 6043*



Ein alter Hut!

Der Ex-»Mister Tagesthemen« entdeckt preußische Tugenden

Manchmal fällt es schwer, über ein Buch etwas Nettes zu sagen. Selbst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" druckste herum, als sie das neue Buch von Ulrich Wickert beurteilen mußte.

„Gauner muß man Gauner nennen – Von der Sehnsucht nach verläßlichen Werten" lautet der aktuelle Buchtitel des ehemaligen „Mister Tagesthemen". Na ja, und weil er so schön fordert, endlich Klartext zu reden, tun wir es an dieser Stelle auch: Man, ist das ein alter Hut eines selbsternannten Moralapostels – und das war noch nett!

Ulrich Wickert hat nun offenbar auch erkannt, daß eine Gesellschaft ohne Werte keinen Bestand hat, und so besteht er darauf, endlich Probleme beim Namen zu nennen. Diese an sich gute Erkenntnis zerredet er allerdings so unambitioniert und so altherge-bracht, daß man außer einem Dauergähnen noch Kopfschmerzen vom vielen verständnislosen Kopfschütteln bekommt.

Ganz selten erzählt der Autor mal lustige Anekdoten, wie die vom Hamburger Segelclub an der Alster, wo man ein Nicht-Mitglied dadurch entlarvte, daß es allen Personen einen „Guten Tag" wünschte. Während Wickerts Kollege Wolf von Lojewski in seiner aktuelle Publikation „Der schöne Schein der Wahrheit" zwar auch keine neuen Erkenntnisse präsentiert, diese aber wenigstens mit lustigen Geschichten würzt, kommt Wickert nur manchmal mit einem Vergleich Deutschlands mit seinem Lieblingsland Frankreich. Doch das ist noch ätzender, da der bekennende Frankophile diese Karte bereits überreizt hat.

Auch beklagt er sich, daß die meisten Medien den Aufruf von Matthias Platzeck bezüglich einer Rückbesinnung auf „positive preußische Tugenden" so wenig gewürdigt hätten. Seine Argumente für preußische Tugenden relativiert er jedoch im nächsten Atemzug selber.

Ganz abenteuerlich wird es, wenn er auf das Thema „Zentrum gegen Vertreibungen" kommt. Eigentlich sei dies ja eine gute Idee, doch zu viel Erinnern sei auch nicht gut, da man eine gestörte Identität bekäme. Da die Deutschen ja schon ständig an ihre Holocaust-Schuld denken müßten, sei das Thema Vertreibung vielleicht doch ein wenig zu viel Erinnern: „Jetzt, da die unmittelbar Betroffenen immer weniger werden, wäre Vergessen angebracht."

Zwischen viel wenig prägnantem Blabla zum Thema Etikette, Disziplin und Leitkultur wird eins offenbar: Wickert redet selbst alles andere als Klartext. Wie erfrischend war dagegen noch sein vorheriges Buch „Die Wüstenkönigin", in dem der Autor in Männerphantasien schwelgend einen alternden, französischen Richter als 007-Verschnitt in Angola ermitteln und schöne Frauen retten ließ. *Rebecca Bellano*

***Ulrich Wickert: „Gauner muß man Gauner nennen – Von der Sehnsucht nach verläßlichen Werten"**, Piper, München 2007, geb., 285 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6134*



Die deutschen Länder

Wie Bayern, Thüringen und Co. entstanden und zu Deutschland wurden

Warum ist bisher noch niemand darauf gekommen? Da ist seit kurzem ein handliches Buch auf dem Markt, in dem in komprimierter Form nicht nur alles über Deutschland und seine Geschichte zu finden ist, sondern auch über die Länder, aus denen sich Deutschland zusammensetzt. 16 Bundesländer haben wir, und jedes ist aus verschiedenen Territorien entstanden, die alle ihre Geschichte haben: Von Baden-Württemberg bis Thüringen, von Schleswig-Holstein bis Sachsen.

Deutschland ist nie ein Einheitsstaat gewesen. Aus den zahlreichen kleinen germanischen Stämmen ohne Zentralgewalt wurden Großstaaten, bis dann Friesen, Franken, (Nieder-)Sachsen, Thüringer, Alemannen und Bayern zum deutschen Volk zusammenwuchsen. Erst das Königtum überwölbte die zahlreichen Regionalgewalten, ohne daß die Territorien verschwunden wären. Seit etwa 1200 entwickelten sich die Territorien zu modernen Staaten, wobei das Neusiedelland im Nordosten noch zersplittert war, bis Preußen aus dem Ordensstaat entstand, die später Norddeutschland beherrschende Macht.

Ulrich March, ein praxisnaher Historiker, der sich bereits durch seine griffigen Bücher über die Geschichte Deutschlands und über die Geschichte Europas einen Namen gemacht hat, hat jetzt einen eigentlich naheliegenden Gedanken aufgegriffen. Auf nur 296 Seiten, nicht nur mit vielen Schwarzweißfotos aufgelockert, sondern auch durch zehn farbige historische Karten ergänzt, stellt er in klarer Sprache in komprimierter Form dar, wie die Bundesländer entstanden sind, welche historischen Besonderheiten sie aufweisen, welche Funktionen die Gebiete, aus denen die Länder erwachsen sind, hatten und haben. So erfährt der Leser alles Notwendige über unser Land – von den Friesischen Landen über die Republik Dithmarschen, die Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen, den Ordensstaat Preußen, die Rheinlande und Hessen, die Wiege der Reformation Kursachsen, Franken und Schwaben, die Schweiz mit ihrem Sonderweg sowie das Zentrum des alten Reiches um Regensburg bis hin nach Österreich. Ein hochinteressantes Kapitel befaßt sich mit den umstrittenen Grenzen etwa in Schleswig, in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien, Elsaß-Lothringen und im Saargebiet. Wir erfahren erstaunt, daß das alte Reich aus 1789 politischen Einheiten bestand, von denen manche so klein und politisch wie wirtschaftlich schwach waren, daß sie nicht einmal ihre Herrscher ernähren konnten.

Daß daraus in der Mitte Europas nicht ein zerrissenes Gebilde wie etwa der Balkan entstand, sondern durch die Staaten bildende Kraft der Deutschen das Reich, ist fast ein Wunder.

Zum Abschluß fragt March, wie es um die Zukunft dieser Vielfalt, die tief im Bewußtsein der Deutschen verankert ist, angesichts der Gleichmacherei der EU-Bürokratie bestellt ist. Wird nicht alles aufgehen im Einheitsbrei Europa? March antwortet eindeutig: „Nein". Die Bundesländer mit ihrer Bedeutung bleiben erhalten; der deutsche Föderalismus hat schon ganz andere Prüfungen überstanden.

Dieses gute Buch gehört wirklich in jedes Bücherregal, denn es gibt nichts Vergleichbares, das knapp und fundiert über Deutschland und seine Länder unterrichtet. *H.-J. von Leesen*

***Ulrich March: „Kleine Geschichte deutscher Länder – Regionen, Staaten, Bundesländer"**, Ares Verlag, Graz 2006, sw.-Abb., 10 farb. Karten, geb., 296 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6135*



Sehnsucht nach dem Land?

»Generation Golf«-Autor über das Liebenswerte an der deutschen Provinz

Man muß gewisse Voraussetzungen erfüllen, um sich in Florian Illies Büchern wiederzufinden oder gar aufgehoben zu fühlen.

Wer zwischen Mitte 20 und Ende 30 ist, aus einer kleinen Stadt irgendwo in der Provinz kommt, sich an kindheitliche Sonnabendabende frisch gebadet im Morgenmantel vor dem Fernseher („Wetten, daß ...?" oder „Einer wird gewinnen") erinnert und trotz des Zeitalters von Mobilfunk, Flatrates und Kaffeepadmaschinen noch weiß, was ein Ortsgespräch ist – der erfüllt diese Voraussetzungen. „Ortsgespräch"? Ja, Moment, da war doch was. Richtig, es handelt sich nicht nur um den bereits verschwundenen 23-Pfennig-Nahbereich, sondern genauso heißt auch Florian Illies neuestes Werk.

Wer Illies, bisherige Werke („Generation Golf", „Anleitung zum Unschuldigsein") mochte, wird auch dieses Buch mögen.

Illies überzeugt auch in „Ortsgespräch" wieder mit einer charmant-witzigen Art des Schreibens und beweist erneut, daß er die Gabe hat, dem geneigten Leser „aus der Seele zu sprechen".

Konkret geht es in diesem Buch um die Schrullen der deutschen Provinz. Orte, in denen die Eisdiele „Venezia" heißt, die Pizzeria das Schaufenster zur großen weiten Welt ist und „Tante Emma Läden" immer noch existieren, gibt es zuhauf in diesem Land. Wie zum Beispiel Schlitz in Hessen. Der Ort, in dem Florian Illies eine offenbar idyllische Kindheit und Jugend verbracht hat (und aus dem seiner Aussage nach auch die Sekretärin von Showmaster Thomas Gottschalk sowie die Leinenservietten aus der First Class der Lufthansa stammen).

„Ich lag auf der Wiese hinterm Haus, am Waldrand bei den Beerenbüschen, und die Sonne stand schon recht tief, nur ganz oben, auf den Blättern der Krone der riesigen Kastanie, schimmerte noch warmes Sonnenlicht, die Rinde der alten Kiefer leuchtete rot ..."

Solche Kindheitserinnerungen hat niemand, dem an einer Schule im Ruhrgebiet oder in Berlin schon einmal ein Handy oder ein mp3-Player „abgezockt" wurde. Aber in Provinz-Städtchen wie Schlitz bleiben solch schlimmen Erlebnisse nun einmal aus.

Offen ist, ob Illies damit Recht behält, daß viele Ältere derzeit akut von einem Landsucht-Virus befallen sind, der schon allein daran zu erkennen sei, daß die von ihm Infizierten sich umgehend einen „Manufactum"-Katalog bestellen. Der Autor begründet seine These damit, daß es bei dieser Firma noch die gute, alte Wertarbeit vom Lande zu bestellen gäbe, nach der sich der moderne Großstädter in seiner grünen Kleinstoase inmitten des Dickichts der Millionenstädte sehne. Denn Sehnsucht nach der Provinz haben wohl nicht alle Bewohner von Metropolen wie Berlin (wo Illies seit einigen Jahren selbst lebt), Hamburg oder München. Wer nicht aus einer dieser idyllischen Orte weitab von Flughäfen und Autobahnkreuzen stammt, wird sich nur schwer in die Gedanken des Autors hineinversetzen können.

Doch Illies läßt nicht locker. „Kein Wunder, daß es Anfang des 21. Jahrhunderts plötzlich auf allen Straßen von viel zu großen Landrovern nur so wimmelte, die sichtbaren Zeichen für die Sehnsucht nach dem Land oder, besser gesagt: für die Sehnsucht nach der Sehnsucht nach dem Land", schreibt er.

Jedoch: Die Sehnsucht nach dem Land an einer (subjektiv betrachtet) großen Anzahl von britischen Geländewagen auf den mehrspurigen Citystraßen festzumachen scheint etwas oberflächlich.

Vielleicht gilt dies für Illies selbst und Menschen aus seinem privaten und beruflichen Umfeld. Aber es läßt sich wohl nur sehr schwer auf die gesamte Bevölkerung übertragen. Denn schließlich sehnt sich auch nicht jeder Großstädter, der eine Barbour-Jacke trägt, nach Feld und Wald.

Die Tatsache, daß dieses Buch in einem sehr kleinen Format gedruckt ist, der Umfang 205 Seiten nicht übersteigt und der Zeilenabstand sehr großzügig gewählt ist, lassen den Leser nicht mehr Zeit als einen verregneten Sonntagnachmittag mit der Lektüre verbringen. Doch ein solcher läßt sich mit „Ortsgespräch" recht kurzweilig verleben, da es insgesamt interessant geschrieben ist und mehrere Stellen zum Schmunzeln oder gar zum laut Lachen bietet. *Ansgar Lange*

***Florian Illies: „Ortsgespräch"**, Karl Blessing Verlag, München 2006, 205 Seiten, 16,95 Euro, Best.-Nr. 6136*



»Mein Gott, du lebst«

Schicksale von Vertriebenen

Schon seit Jahren publiziert sie immer wieder regelmäßig zum Thema Flucht und Vertreibung, so auch 2007. Helga Hirsch hat in „Entwurzelt – Vom Verlust der Heimat zwischen Oder und Bug" wieder verschiedene Vertriebenen-Schicksale gesammelt und dokumentiert nun die Folgen für die Einzelpersonen, aber auch für ganze Städte und Gemeinden, die danach teilweise entvölkert waren.

Die Autorin konzentriert sich in dieser Veröffentlichung vor allem auf jüdische Schicksale, doch auch eine baltendeutsche Familie berichtet von ihren verschiedenen „Ortswechseln".

In „Mein Gott, du lebst" wird das Schicksal des polnischen Juden Kupple Miller erzählt, der nach seiner Befreiung aus Auschwitz erleben muß, wie die Polen seines Heimatdorfes keineswegs erfreut sind, ihn wiederzusehen. Die beiden Häuser seiner im Konzentrationslager ums Leben gekommenen Familie sind von Polen bewohnt, und so zieht er mit anderen überlebenden Juden zusammen. Als er eines Tages in das Wohnheim zurückkehrt, sieht er jedoch schreckliches: „Nur gut 100 Meter vom Haus der Brüder Kohn entfernt, auf der Ausfahrtstraße nach Wielun, lagen weitere vier Menschen, die in der Nacht ermordet worden waren ..." Kupple flüchtet vor den mordenden Polen nach Deutschland: Er schlug sich bis Lodz durch, „dort drängte er sich in einen überfüllten Zug, in dem Deutsche über die Oder abgeschoben wurden. ‚Wo vielleicht 50 hineingepaßt hätten, waren jetzt 500.' Doch eingeschüchtert und kleinlaut gaben die Deutschen einen Sitz frei, wenn er auf seine eintätowierte Nummer aus Auschwitz verwies." 1949 wanderte er allerdings von Bayern in die USA aus.

Die von Helga Hirsch zusammengetragenen ungewöhnlichen Vertriebenenschicksale sind erschütternd und bekämpfen das Vergessen. *R. Bellano*

***Helga Hirsch: „Entwurzelt – Vom Verlust der Heimat zwischen Oder und Bug"**, Körber-Stiftung Hamburg 2007, geb., 290 Seiten, 20 Euro, Best.-Nr. 6137*

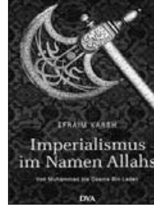
Exklusive Ostpreußen-Krawatte



Elegante Ostpreußen-Krawatte

100% Seide,
Farbe: Dunkelgrau mit Elchschaufel Wappen
(Größe des Wappens: 2,8 cm breit, 4 cm hoch)

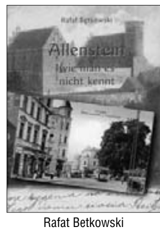
Best.-Nr.: 6101, € 24,95



Efraim Karsh
Imperialismus im Namen Allahs
Von Muhammad bis Osama Bin Laden
Geb., 400 Seiten
Best.-Nr.: 6123, € 24,95



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abbildungen
Best.-Nr.: 1211, € 14,95



Rafat Betkowski
Allenstein wie man es nicht kennt
386 Ansichtskarten lassen das alte Allenstein wiedererstehen.
Bild-Textband, Geb., 215 Seiten
Best.-Nr.: 6107, € 24,95



Lutz Radtke
ENTKOMMEN!
Mein Weg durch Chaos, Krieg und Kälte. Ein Junge aus Ostpreußen erlebt die Vertreibung
Geb., 168 Seiten, zahlr. S/W-Abb., 15 x 23 cm, Hardcover
Best.-Nr.: 6099, € 19,90



Günther H. Ruddies
Hochzeit auf ostpreußisch
und andere Geschichten aus dem Bernsteinland
Geb., 221 Seiten
Best.-Nr.: 5755, € 9,90



Erna Ewert, Marga Pollmann, Hannelore Müller
Frauen in Königsberg 1945 -1948
Berichte über die Zeit von 1945 bis 1948, Kart., 188 Seiten
Best.-Nr.: 2812, € 10,80



Bärbel Probert-Wright
An der Hand meiner Schwester
Zwei Mädchen im kriegszerstörten Deutschland
Geb., 343 Seiten
Best.-Nr.: 6100, € 12,95



Christopher Clark
Preußen
Aufstieg und Niedergang. 1600-1947
Geb., 896 Seiten mit 62 Abb. sowie Ktn
Best.-Nr.: 6072, € 39,95

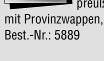
Zeigen Sie Flagge!

Ob für Mütze, Revers oder als Sammlerstück: Flaggen-Anstecker mit emaillierter Oberfläche und Steckverschluss. Maße: ca. 17 x 12 mm



Ostpreußen-Anstecker
Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Provinzwappen,
Best.-Nr.: 5889

Preußen-Anstecker
Motiv. Preußenadler,
Best.-Nr.: 6057



Elchschaufel-Anstecker
Motiv: Ostpreußen-Flagge mit Elchschaufel,
Best.-Nr.: 6055



Königsberg-Anstecker
Motiv: Königsberg-Flagge,
Best.-Nr.: 6056

je Anstecker nur € 2,95

Buch der Woche



Joseph Pozsgai
Der Preis der Wende
Gorbatschows Masterplan für den Systemwechsel

Die Vergangenheitsbewältigung ist auch nach dem Systemwechsel weder in Rußland, den GUS-Staaten noch in Moskaus ehemaligen Satellitenstaaten - mit Ausnahme der DDR - ein Thema. Die Täter der roten Verbrechen können in den Nachfolgestaaten unbehelligt leben und sogar wieder hohe politische Ämter übernehmen. Alles deutet darauf hin, daß die Wende in den Staaten des ehemaligen kommunistischen Machtbereiches nach einem geheimen Drehbuch, einem „Masterplan" ablief: Gemäß Gorbatschows Handel mit den Westmächten, den Machtverlust der ehemaligen kommunistischen Eliten u. a. durch einen Freibrief zur Plünderung des Staatsvermögens zu kompensieren - der Preis dafür, daß die Wende in Form einer „sanften Revolution" stattfinden konnte. Der Machtwechsel in der Ukraine hat jedoch gezeigt, daß die Legitimität der neuen Machthaber, die der Westen vorbehaltlos akzeptierte, in ihren Ländern früher oder später in Frage gestellt werden könnte.
Der Autor, ehemaliger leitender Redakteur und Kommentator bei führenden Tageszeitungen in Deutschland und Ungarn sowie langjähriger Mitarbeiter des Schweizerischen Ost-Instituts in Bern, enthüllt und analysiert die brisanten Fakten und beschreibt die Hintergründe dieses bisher unbekannten Kapitels der europäischen Geschichte.
Geb., 26 Seiten,
Format 14,5 x 21,5 cm
Best.-Nr.: 5805, € 24,90



Peter Bender
Deutschlands Wiederkehr
Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990
Geb., 325 Seiten
Best.-Nr.: 6106, € 23,50



Hermann Sudermann
Der Katzensteg
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 6025, € 16,95



Udo Ulfkotte
Heiliger Krieg in Europa
Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht. Geb., 300 Seiten
Best.-Nr.: 6098, € 19,90



Michael A. Hartenstein
Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie
„Westverschiebung" und „Umsiedlung" – Kriegsziele der Alliierten oder Postulat polnischer Politik?
Geb., 496 Seiten
Best.-Nr.: 5996, € 24,90



Heinz Magenheimer
Kriegsziele und Strategien der großen Mächte 1939-45
Kart., 232 Seiten
Best.-Nr.: 6053, € 27,00



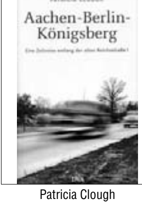
Luise Wolfram
Unter dem hohen ostpreußischen Himmel
Begegnungen in Königsberg
Kart., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6096, € 9,95



Jenny Wölk
Wahre Geschichten
von Königsberg nach Pinneberg
Kindheit in Königsberg, Flucht, Vertreibung und Neubeginn.
Kart., 240 Seiten
Best.-Nr.: 6097, € 11,99



Helga Schneider
Als wir Kinder waren
Flucht aus Ostpreußen im Winter 1945
Geb., 200 Seiten
Best.-Nr.: 5257, € 16,90



Patricia Clough
Aachen – Berlin – Königsberg
Eine Zeitreise entlang der alten Reichsstraße 1
Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6048, € 19,95



A.C. Grayling
Die toten Städte
Die alliierten Bombenangriffe waren Kriegsverbrechen.
Geb., 416 Seiten, 16 Seiten s/w-Bildteil
Best.-Nr.: 6084, € 22,95



Bekannte Soldatenlieder
15 Titel, Inhalt: Wenn wir marschieren, Wohlauf Kameraden, auf's Pferd, Ein Heller und ein Batzen, Auf der Heide blüht ein kleines Blümelein, Ich schieß den Hirsch, Oh du schöner Westerwald, Lore, Lore, u.a.
Gesamtspielzeit: 37 Min
Best.-Nr.: 5753, € 9,95



Bekannte Soldatenlieder
– Folge 2 –
12 Titel, Inhalt: Kehr' ich einst zur Heimat wieder, Wir lagen vor Madagaskar, Ich hatt' einen Kameraden, Der mächtigste König im Luftrevier, u.a.
Gesamtspielzeit: 35 Min
Best.-Nr.: 5754, € 9,95



Bekannte Soldatenlieder
– Folge 3 –
20 Soldatenlieder: Ruck-Zuck!, Die ganze Kompanie, Es ist so schön Soldat zu sein, Rosemarie, Der Gott, der Eisen wachsen liess, Ich hab mich ergeben, u.a.
Laufzeit: 49 Min
Best.-Nr.: 6078, € 9,95



Lieder unserer Fallschirmjäger
16 Lieder der deutschen Fallschirmtruppe, gesungen von den „8 Junkers".
Rot scheint die Sonne, Auf Kreta im Sturm und im Regen, Wir sind die Männer vom Schirmer u.a.
Best.-Nr.: 5630, € 15,50



Beliebte Traditions- und Parademärsche
Fridericus-Rex-Grenadiermarsch, Großer Zapfenstreich und Nationalhymne, 15 Märsche gespielt vom Heeresmusikkorps der Bundeswehr
Best.-Nr.: 5609, € 12,90

Lieder, die wir einst sangen
16 Lieder der deutschen Landser: Ein Heller und ein Batzen, Wildgänse rauschen durch die Nacht, Infanterie, du bist die Krone aller Waffen, Argonnerwald um Mitternacht, u.a.
Best.-Nr.: 5629, € 15,50

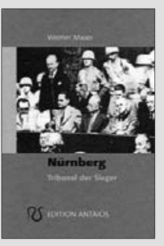
Zum Tode von Werner Maser



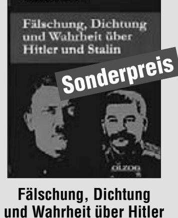

Hermann Göring
Die politische Biographie
Geb., 496 Seiten mit 64 Fotos u. Dokumenten
Best.-Nr.: 1393, € 29,70



Hitlers Briefe und Dokumente
Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten
Geb., 398 Seiten mit zahlreichen Dokumenten u. Abb.
Best.-Nr.: 1557, € 19,90




Nürnberg
Tribunal der Sieger
Geb., 476 Seiten mit Abb.
Best.- Nr.: 5329, € 28,00



Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin
Geb., 477 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 3788,
statt € 34,00 nur noch € 14,95



Das Dritte Reich
Alltag in Deutschland von 1933 bis 1945
Kart., 461 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1480, € 19,50



Heinz Voigt
Der letzte Sommer von Mauritten
Ein Roman aus Ostpreußens heißem Kriegssommer 1944
Kart., 379 Seiten
Best.-Nr.: 3641, € 14,80



Werner Kutscha
In der Heimat gefangen
Eine Kindheit zwischen Krieg und Vertreibung
Geb., 386 Seiten
Best.-Nr.: 6080, € 9,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.
16/07

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Vor 120 Jahren endete der Kulturkampf

Am 29. April 1887 wurde in Preußen das zweite der beiden sogenannten Friedensgesetze verabschiedet

Von MANUEL RUOFF

Das von Otto Fürst von Bismarck geschaffene Deutsche Reich entsprach als Nationalstaat mit einem demokratisch legitimierten Parlament weniger konservativen, klerikalen oder sozialdemokratischen Vorstellungen als vielmehr jenen der nationalliberalen Bewegung. Folglich waren zu Beginn der Reichsgeschichte die Nationalliberalen die staats- und auch regierungstragende Kraft des Deutschen Reiches.

Während die politische Kultur in Deutschland nach der Reichseinigung in hohem Maße durch den Liberalismus geprägt war, verfolgte der 1846 zum Papst gewählte Pius IX. eine illiberale, um nicht zu sagen antiliberale, Kirchenpolitik, welche auf Dogmen und Hierarchie setzte. 1864 verwarf er im „Syllabus errorum“, einem Verzeichnis von 80 sogenannten Irrtümern, vom Standpunkt des kirchlichen Glaubens die politischen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Maximen des Liberalismus. Nachdem das Verhältnis zwischen Liberalismus und Katholizismus hierdurch bereits belastet war, beschloß das Vatikanische Konzil am 18. Juli 1870 das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubens- und Sittenfragen.

Hiergegen bildete sich in der katholischen Kirche eine Opposition, die altkirchliche Bewegung, von der anfänglich nicht klar war, einen wie großen Teil der katholischen Kirche sie repräsentierte. Der Staat stand vor der Frage, wie er sich zu diesem Schisma stellen sollte. Entsprechend dem liberalen Ideal des Laizismus versuchte er, eine unparteiische Haltung einzunehmen. Damit die Katholiken ihren innerkirchlichen Streit nicht in die Katholische Abteilung des preußischen Kultusministeriums und damit in den Staat hineintrugen, wurde im Sommer 1871 die Katholische mit der Evangelischen Abteilung zu einer überkonfessionellen Geistlichen Abteilung zusammengelegt. Die beiden großen Kirchen hatten damit nicht mehr ihr eigenes Staatsorgan.

Der Konflikt brach aus, als der Staat sich weigerte, gegen Beamte wie Theologieprofessoren, Religionslehrer oder Militärgeistliche, disziplinarisch vorzugehen, nur weil sie das Unfehlbarkeitsdogma ablehnten und deshalb bei der Kurie in Ungnade gefallen waren. Eine Folge dieses Kulturkampfes war eine verstärkte Säkularisation, mit welcher sich der Staat von den Kirchen und deren Querelen unabhängig machen wollte. Der preußische Ministerpräsident und deutsche Kanzler Otto Fürst von Bismarck formulierte es am 30. Januar 1872 im Abgeordnetenhaus wie folgt: „Die Staatsgesetze verbieten es, einem Bischof der katholischen Kirche das Recht der Entlassung eines Staatsbeamten zu übertragen ... Wir können den dauernden Anspruch auf eine Ausübung eines Teils der Staatsgewalt den geistlichen Behörden nicht einräumen, und soweit sie dieselbe besitzen, sehen wir im Interesse des Friedens uns genötigt, sie einzuschränken, damit wir nebeneinander Platz haben, damit wir in Ruhe miteinander leben können ... Ich kann auch für die Regierung nur den Standpunkt wahren, daß man von der Regierung eines paritätischen Staates nicht verlange, sie solle konfessionell auftreten nach irgendeiner Richtung hin.“



Kulturkampf: Der „Kladderadatsch“ personifiziert die Partei des Staates durch den preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck und die Partei der Kirche durch Papst Pius IX.

Am 11. März 1871 wurde die Schulaufsicht durch das Schulaufsichtsgesetz von der Kirche auf den Staat übertragen. Einen Monat später kam es zu einer Eskalation, an der beide Seiten, sprich Staat und Kirche, ihren Anteil hatten. Als der deutsche Gesandte beim Vatikan nach Paris versetzt wurde, ernannte Berlin mit Kurienkardinal Gustav von Hohenlohe-Schillingsfürst einen Altkatholiken zum Nachfolger. Im Gegenzug machte Rom es dem Bruder des vormaligen bayrischen Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzlers unmöglich, sein Amt anzutreten, indem es ihm das „Nihil obstat“, das er zur Übernahme eines staatlichen Amtes brauchte, verweigerte. Die Folge war, daß diese wichtige Position für die bilateralen Beziehungen unbesetzt blieb, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Der Ton wurde schärfer. Am 14. Mai 1872 sprach Bismarck die berühmten Worte: „Seien Sie außer Sorge, nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig.“ Die Angelegenheit entwikkelte eine Eigendynamik, und der Staat griff nun zu Maßnahmen, die nicht mehr samt und sonders als liberal und Bestandteil einer fortschrittlichen Säkularisierung bezeichnet werden können. Bismarck sprach von einem „Krieg“ „mit der Rom jetzt beherrschenden Partei“ und der liberale Kanzleramtsminister Rudolf von Delbrück von einer „Notwehr“-Situation, in der man sich „nicht mit liberalen Phrasen über staatsbürgerliche Rechte wehren“ könne, sondern handeln müsse.

Am 10. Dezember 1871 wurde mit dem „Gesetz betreffend die Ergänzung des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich“ der sogenannten Kanzelparagraphen den Geistlichen verboten, in Ausübung ihres Amtes Angelegenheiten des Staates „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ zu erörtern. Ebenfalls auf Antrag des Bundesstaates Bayern wurde am 4. Juli 1872 der Jesuitenorden verboten.

Die Hauptwaffe des Staates im Kulturkampf sollten die sogenannten Maigesetze des Jahres 1873 werden. Gemäß dem „Gesetz über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen“ vom 11. Mai sollte ein geistliches Amt nur Deutschen übertragen werden, die das Reifezeugnis eines deutschen Gymnasiums erworben, ein dreijähriges Theologiestudium auf einer deutschen Universität oder in vom preußischen Kultusministerium anerkannten kirchlichen Seminaren absolviert und eine wissenschaftliche Staatsprüfung in Philosophie, Geschichte und deutscher Literatur, das sogenannte Kulturexamen, abgelegt hatten. Das Gesetz regelte ferner die Pflicht der Kirchen, die Übertragung eines kirchlichen Amtes beziehungsweise die Versetzung in ein anderes Amt dem Staate anzuzeigen, sowie das Recht des Staates gegen die Einstellung Einspruch zu erheben. Auf die Interessen der Altkatholiken zugeschnitten war das „Gesetz betreffend den Austritt aus der Kirche“ vom 14. Mai. Es erleichterte mit einer Erklärung vor dem Richter des Wohnortes die Formalitäten und befreite den Ausgeschiedenen von den auf der persönlichen Kirchenangehörigkeit beruhenden Leistungen an die Kirche.



Rudolf Virchow: Mit seinen am 17. Januar 1873 im preußischen Abgeordnetenhaus gesprochenen Worten „Es handelt sich hier um einen großen Kulturkampf“ prägte der Mediziner und Abgeordnete der linksliberalen Fortschrittspartei das Schlagwort für die Auseinandersetzung zwischen dem jungen Deutschen Reich und der römisch-katholischen Kirche. Foto: Archiv

Um den passiven Widerstand der katholischen Kirche gegen die Maigesetze durch Nichtbeachtung zu brechen, wurden diese Gesetze durch Strafgesetze flankiert. Durch restriktive Maßnahmen wie Amtsenthebungen, Verhaftungen und Ausweisungen schuf der Staat prominente Märtyrer an der Spitze der kirchlichen Hierarchie und massenweise Vakanzen in der Breite. 1876 waren fast alle preußischen Bischöfe verhaftet oder ins Ausland geflohen. 1880 waren von 4600 katholischen Pfarreien über 1000 unbesetzt. Als Folge konnten in vielen Gemeinden Geburten, Todesfälle und Heiraten nicht mehr beurkundet werden. In dieser Notsituation wurden 1874 in Preußen und 1875 auch im Reich die obligatorische Zivilehe und die Beurkundung des Personenstandes in staatlichen Standesämtern eingeführt.

Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit der sogenannten Maigesetze und der Strafgesetze Rechnung tragend, sorgte Bismarck dafür, daß der preußische Landtag im Juni 1875 die Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung aufhob. Sie hatten bis dahin den Kirchen Selbstverwaltung in ihren Angelegenheiten, Freiheit des Verkehrs mit ihren Oberen und Freiheit von staatlichem Bestätigungsrecht zugesichert.

Im Gegensatz zu den Liberalen wollte Bismarck mit dem Kulturkampf weniger den Katholizismus oder auch nur die Kurie als vielmehr deren politische Partei im Deutschen Reich, das Zentrum, treffen. Er unterstellte diesem, sich im mehrheitlich protestantisch geprägten sogenannten Preußen-Deutschland staatsfeindlich zu verhalten, da es im Reichstag mit den frankreichfreundlichen Elsaß-Lothringern, den preußischen Polen sowie den Anhängern des Herrscherhauses Hannover zusammenarbeitete, die Preußen noch immer nicht verziehen hatten, daß es 1866 nach dem Deutschen Krieg das zu den Verlierern gehörende norddeutsche Königreich annektiert hatte.

Bismarck mußte jedoch feststellen, daß der Kirchenkampf dem Zentrum eher zu nützen denn zu schaden schien. So konnte die Partei bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1873 und zum Reichstag 1874 fast doppelt so viele Wähler mobilisieren wie bei den vorangegangenen Wahlen. Da Bismarck im Gegensatz zu den Liberalen den Kulturkampf nicht aus Überzeugung focht und die Erkenntnis gewonnen hatte, daß dieser Kampf nicht die erwünschten Folgen zeitigte, ruderte er zurück.

Ende der 70er Jahre wechselte Bismarck sowohl seine Verbündeten als auch seine Gegner. Statt auf die Liberalen stützte er sich in seiner zweiten Regierungsphase als Reichskanzler lieber auf die stärker kirchlich (wenn auch protestantisch) gesinnten Konservativen und sogar auch auf das katholische Zentrum. Statt in ihnen sah er nun die Gefährdung seines Reiches eher in der Sozialdemokratie, für deren Bekämpfung ihm nun auch die Katholiken willkommen waren.

Erleichtert wurde Bismarck das Zurückrudern durch den Wechsel auf dem Stuhle Petri von Pius IX. zu Leo XIII. In dessen Pontifikat kam es 1882 zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und 1855 zur Verleihung der höchsten päpstlichen Auszeichnung, des Christusordens, an den preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzler.

Nach diversen sogenannten Milderungsgesetzen, welche die Kulturkampf-Gesetze abmilderten, kam es 1886/87 mit den beiden Friedensgesetzen vom 21. Mai 1886 und 29. April 1887 zur Einstellung der Kampfhandlungen auf Seiten des Staates. Als Reaktion auf die Friedensgesetze erklärte Papst Leo XIII. in einem öffentlichen Konsistorium den Kampf, „welcher die Kirche schädigte und dem Staat nicht nützte“, für beendet.

Wenn gemeinhin Bismarck auch eher als Verlierer denn als Sieger des Kulturkampfes gilt, so blieb ihm doch der totale Rückzug auf die Ausgangsstellung erspart. Trotz der Milderungs- und Friedensgesetze überdauerte die eine oder andere gesetzliche Regelung aus dem Kulturkampf selbigen und wurde nicht dem Frieden geopfert. Zu nennen sind hier hinsichtlich des Reiches der Kanzelparagraph, das Verbot des Jesuitenordens und die Einführung der Zivilehe sowie hinsichtlich Preußens das Schulaufsichtsgesetz, die Anzeigepflicht, die Aufhebung der Katholischen Abteilung im Kultusministerium, die Aufhebung der Verfassungsartikel 15, 16 und 18 und das Gesetz über den Austritt aus der Kirche.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 16 – 21. April 2007

MELDUNGEN

Erlebnispark mit Mitteln der EU

Allenstein – Während in der Bundesrepublik Deutschland Badeanstalten dem Rotstift zum Opfer fallen, wurde auf einer Pressekonferenz im Rathaus Allensteins bekanntgegeben, daß die Stadt bereits in nicht allzu ferner Zukunft um zwei Schwimmbecken, eine Wasser-Landschaft und ein Wellness-Zentrum reicher sein wird. Der Erholungs- und Sportkomplex wird an der Kleeberger Straße gebaut, dort wo sich derzeit der Markt und die Parkplätze für das Stadion befinden. Die Anlage wird ein Schwimmbecken in den olympischen Maßen 50 mal 25 Meter, ein kleineres warmes Becken und eine Wasser-Landschaft einschließlich künstlichem Fluß mit Rutsche und Wasserfall besitzen. Die Baukosten des Projektes werden derzeit auf mindestens 73 Millionen Zloty (rund 20 Millionen Euro) geschätzt. Wie der Vizepräsident der Stadt, Piotr Grzymowicz, mitteilte, braucht die Stadt selber nur zehn Prozent der Summe aufzubringen. Die verbleibenden neun Zehntel kommen vom Sportministerium sowie aus Fonds der Europäischen Union. Der Bau soll im kommenden Jahr beginnen und in zwei Jahren fertig sein.

Geflügelbestand wird geimpft

Königsberg – Der gesamte Geflügelbestand im Königsberger Gebiet soll gegen Vogelgrippe geimpft werden. Von den insgesamt 350000 Nutzvögeln haben bis jetzt 58000 eine Impfung erhalten, was einem Anteil von knapp 17 Prozent entspricht.

»Man wollte es besser machen«

Rußland versucht, wie Litauen ausländische Händler von den Märkten zu verdrängen

Von Jurij Tschernyschew

Diesen Monat ist ein Verbot der russischen Zentralregierung in Kraft getreten, dem zufolge Ausländer auf russischen Märkten nichts mehr verkaufen dürfen. Die entsprechende Verordnung wurde bereits am 15. November letzten Jahres von der Regierung verabschiedet, war aber, etwa mit der im letzten Herbst in Kraft getretenen Beschränkung der Anzahl ausländischer Händler auf 40 Prozent, bislang nur teilweise umgesetzt worden. Die Initiative zur Begrenzung ausländischer Händler ist von Präsident Wladimir Putin höchstpersönlich ausgegangen. Das erklärte Ziel ist es, „die angestammte Bevölkerung des Landes zu schützen“.

Die von manchen erhoffte Wirkung bleibt in der russischen Exklave bis jetzt zumindest jedoch aus. Dieses gilt vor allem für den größten Markt Königsbergs, den Zentralmarkt. Iwan Subko, Direktor der „Marktvereinigung“, hatte allen ausländischen Standbetreibern am 25. März mitgeteilt, daß sie nicht mehr auf dem Markt würden verkaufen dürfen. Er zeichnet als Marktbetreiber für die Einhaltung des Verbots verantwortlich. Wird ein illegaler Händler auf seinem Markt erwischt, droht dem Direktor eine Geldstrafe von bis zu 800000 Rubel (rund 23000 Euro). Besonders genau wird dabei auf die Verkäufer geachtet, die unmittelbar selbst am Stand ihre Ware feilbieten.

Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. Wer clever ist, hat sich bereits rechtzeitig die russische Staatsbürgerschaft besorgt. So sind die meisten Händler kaukasischer Abstammung russische Staatsbürger. Sie haben sich im Königsberger Gebiet gut eingelebt. Das seit diesem Jahr von der Regierung forcierte „Programm für die Rückkehr im Ausland lebender Russen“ begünstigt diese Entwicklung. Dieses Migrationsprogramm war in erster Linie für Menschen aus Litauen, Lettland und Estland, aber auch aus Weißrußland, Polen und der Bundesrepublik Deutschland gedacht, die im Idealfall Ingenieure, Ärzte oder in anderer Weise hochqualifiziert sind. Schon seit längerem drängen jedoch in hohem Maße Bewohner der ehemaligen Kaukasusrepubliken der Sowjetunion in die Exklave. Zuerst kommen sie vereinzelt, und dann ziehen ganze Dorfgemeinschaften nach. Die Mehrzahl dieser Migranten treibt Handel und geht kaum in die Industrie, in die Landwirtschaft oder in den sozialen Bereich. Dieses hat zu einer Verdrängung der Einheimischen beim Handel geführt.

Nach dem Inkrafttreten des Regierungsbeschlusses haben sich vor allem ukrainische, weißrussische und litauische Verkäufer gesetzestreu verhalten. Wenn es vorher nur wenige von ihnen auf Königsberger Märkten gab, so sind sie nun ganz verschwunden. Dabei waren sie es, die Waren und Lebensmittel aus eigener Produktion anboten. Die Anwesenheit von Händlern der fernen „sonnigen Republiken“ wie Aserbaidschan und Armenien hat hingegen überhaupt nicht abgenommen. In der Regel verkaufen sie nämlich nicht

Fortsetzung auf Seite 16



Auf einem der 32 Märkte im Königsberger Gebiet: Eigentümer des Verkaufsstandes (rechts) kann sein, wer will, wenn denn nur die Verkäuferin (links) Russin ist. Foto: Tschernyschew

MELDUNGEN

Denkmal-Streit um Rotarmisten

Mehlsack – Die Einwohner von Mehlsack, Kreis Braunsberg sind uneins, was mit dem Denkmal des 1945 unweit der Stadt in jungen Jahren gefallenen Generals der Roten Armee Iwan Tschernjachowkij geschehen soll. Die Stadtverordneten und die Verwaltung schweigen zu dem Thema. Der Bürgermeister Kazimierz Kiejdo will nicht verraten, welche Pläne er mit dem Generals-Denkmal hat. Der General ist nicht ohne Grund umstritten. Einer seiner Appelle lautete: „Gnade gibt es nicht – für niemanden, wie es auch keine Gnade für uns gegeben hat. Das Land der Faschisten muß zur Wüste werden, wie auch unser Land, das sie verwüstet haben." In Polen wird er auch „Henker der Heimatarmee" genannt. Schon im Jahre 2001 hatte der damalige Senator der Solidarnosc aus Braunsberg, Tadeusz Kopacz, das Streichen des Denkmals aus der mit Rußland vereinbarten Liste der Orte der Erinnerung und des Martyriums verlangt. Im selben Jahr hatten Aktivisten der SLD (Union der demokratischen Linken) das Denkmal erneuert. Aber schon zwei Tage danach hatten Mitglieder der Republikanischen Liga auf das Fundament des sowjetischen Generals aufgemalt: „Schande den Erben aus der SLD", „Weg mit dem Denkmal der Vergewaltigung". Und auf der in der Nähe des Denkmals stehenden Tafel steht geschrieben „Henker der Heimatarmee, verantwortlich für die Verbannung von Tausenden Polen nach Sibirien". Zuletzt war das Denkmal des Generals von einem Storch gerettet worden, der auf ihm ein Nest gebaut hatte – und das Vernichten von Storchennestern ist ja aus Naturschutzgründen nicht erlaubt.

Ambivalente Bilanz

Moskau – Ein ambivalentes Bild hat der russische Wirtschaftsminister German Gref vom Lebensstandard der Einwohner des Königsberger Gebiets und Rußlands gezeichnet. Einerseits sind die Löhne im letzten Kalenderjahr um nominell 13,4 Prozent und inflationsbereinigt immerhin noch 10,2 Prozent gestiegen. Andererseits ist dieser wachsende Wohlstand jedoch immer ungleichmäßiger verteilt. So wird Gref mit der Angabe zitiert, daß sich die Differenz zwischen den wohlhabenden und einkommensschwachen Bevölkerungsschichten in dem einen Jahr vom 14,9fachen auf das 15,3fache erhöht habe.

»Man wollte es besser machen«

Fortsetzung von Seite 15

selbst, sondern sind „nur" die Besitzer der Verkaufsstände. Wie schon vor dem Verbot betreiben bei ihnen den eigentlichen Verkauf einheimische Russinnen aus Königsberg. Gehandelt wird nicht etwa mit Waren und Lebensmitteln, die in der Region oder in den südlichen Republiken hergestellt werden, sondern mit Einfuhren von Großhändlern aus Polen, Litauen und anderen Ländern Europas. Im Grunde sind die Märkte eine Art „Zwischenhandel".

Für die Dorfbewohner des Königsberger Gebiets, die private Landwirtschaft betreiben, hat sich die Lage durch das Verbot nicht wesentlich gebessert. Sie bauen ihre Verkaufsstände vor Hauseingängen oder an Bushaltestellen auf, weil die Marktplätze schon besetzt sind oder weil die Pacht zu teuer ist. Sie organisieren spontan Minimärkte, indem sie Pappkartons, welche die Supermärkte in die nahegelegenen Müllcontainer entsorgt haben, zu Verkaufsständen umfunktionieren. Zwar werden solche illegalen Stände von der Polizei aufgelöst, doch die Kleinhändler setzen ihre Geschäfte hartnäckig fort, indem sie sich andere Orte suchen. Auf Verpackungskisten verkaufen sie Gemüse, Früchte und Milchprodukte, die sie in privaten Landwirtschaften herstellen.

In der Nachbarrepublik Litauen gibt es übrigens schon seit vielen Jahren ein ähnliches Gesetz – bloß daß es dort zu klappen scheint. Wenn man von Königsberg in die nicht weit entfernte jenseits der Staatsgrenze liegende Großstadt Memel fährt, wird man auf den dortigen Märkten keinen einzigen Ausländer sehen, weder an den Verkaufsständen noch auf dem gesamten Markt überhaupt. Für Königsberg trifft halt der Lieblingsausspruch des russischen Premierministers Wiktor Tschernomyrdin zu: „Man wollte es besser machen, und es kam wie immer."



Auf einem Markt der Russischen Föderation: Entgegen antikaukasischen Vorurteilen, sind die hier tätigen Ausländer mehrheitlich Chinesen. Foto: Tschernyschew

Die Folgen des Verbots für Ausländer in Rußland

Anders als im Königsberger Gebiet hat in Rußland der am 1. April in Kraft getretene Regierungsbeschluß, der es Ausländern verbietet, auf russischen Märkten zu handeln, in der Hauptstadt und einigen Regionen im Osten des Landes, vor allem in Chabarowsk und Wladiwostok, zu leergefegten Markthallen geführt, wobei die Verminderung des Angebots zu einer Erhöhung der Preise für den russischen Verbraucher geführt hat. Weil die ausländischen Billighändler ausblieben, sind die Preise allein im Januar um durchschnittlich sieben Prozent gestiegen.

Seit dem 1. April nun bleiben auf Moskauer Märkten ganze Standreihen unbesetzt, in den Regionen fehlen bis zu 80 Prozent der Markthändler. In Nischnij Nowgorod beispielsweise sind von 4000 Verkaufsständen nur noch 700 besetzt. In Moskau, wo auf den Märkten ohnehin nur die Hälfte der Anbieter Ausländer waren, füllen Russen die Lücke nur zur Hälfte.

Die Rechnung der Regierung, daß Russen sich verstärkt um die frei gewordenen Plätze bewerben würden, ist nicht aufgegangen. Vielen Russen ist die Arbeit auf dem Markt zum einen zu schwer und zum anderen finanziell nicht lukrativ genug. So sind die eigentlichen Profiteure – neben den russischen Händlern, die ihre Waren jetzt durch das höhere Preisniveau teurer verkaufen können – die Supermärkte.

Überhaupt drängt sich der Verdacht auf, daß der von der Regierung genannte Grund für die Restriktion vorgeschoben oder zumindest nicht der einzige ist. Vorausgegangen waren der Maßnahme antikaukasische Übergriffe und Tumulte auf Märkten in Städten mit hohem Ausländeranteil. Die Auseinandersetzungen zwischen Russen und – vor allem – Georgiern gipfelten in den Ereignissen im karelischen Kondopoga, bei denen Menschen sogar ums Leben kamen. Parallel zur Wirtschaftsblockade gegen Georgien begann Moskau Druck auf kaukasische Migranten auszuüben, die seitdem verstärkt der Verfolgung durch die russische Polizei ausgesetzt sind.

Entgegen der aufgehetzten Stimmung sind die ausländischen Mitbewerber der Russen auf den Märkten gar nicht mehrheitlich Georgier, Aserbaidschaner oder Armenier, sondern Chinesen, deren Anteil über 61 Prozent der Ausländer auf den Märkten ausmacht. Einige Migranten sind bereits in ihre Heimatländer zurückgekehrt, die Mehrzahl bleibt jedoch, beantragt die russische Staatsbürgerschaft oder hilft sich damit, wie im Königsberger Gebiet, russisches Verkaufspersonal an ihren Ständen zu beschäftigen. Der Schwarzhandel mit russischen Pässen blüht. Sie sind in Moskau für 10000 bis 15000 US-Dollar auf dem Schwarzmarkt erhältlich, im Umland kosten sie nur 5000 Dollar. *M. Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Programm »Kulturerbe«

Allenstein – Es verdichten sich die Hoffnungen auf den Erhalt und die Restaurierung der am meisten gefährdeten historischen Kirchen im südlichen Ostpreußen. Dank des polnischen Regierungsprogramms „Kulturerbe" erhalten die ersten Pfarrgemeinden schon bald Geld. Die Mittel stammen aus dem Ministerium für Kultur und Volkserbe. In der sogenannten „Ersten Priorität" der beweglichen und unbeweglichen Denkmäler befinden sich elf Objekte aus dem südlichen Ostpreußen. Schon bald beginnen die Renovierungen in den Pfarrgemeinden Wallenrode, Kreis Treuburg, Elbing, Neumark / Westpreußen, Baitenberg, Kreis Lyck, Krossen, Kreis Braunsberg, Scharfenrade, Kreis Lyck, Groß Kleeberg, Kreis Allenstein, Landsberg und Kloster Springborn, Kreis Heilsberg. Daneben fließt Geld nach Preußisch Holland (für die Renovierung der Stadtmauer) und in die frühere evangelische Kirche in Wartenburg. Hierfür hat das Ministerium eine Gesamtsumme von mehr als drei Millionen Zloty bereitgestellt. Dabei erweist sich die Republik Polen als weitaus großzügiger denn die Europäische Union, denn die EU verlangt eine Eigenbeteiligung, welche die Mehrheit der Pfarrgemeinden nicht aufbringen kann. Die für das südliche Ostpreußen zuständige Woiwodin Anna Szyszka hält es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß Projekte zukünftig sowohl von der Republik Polen als auch von der EU gefördert werden könnten, also eine Doppelförderung erfahren.

Reise mit Papendick

Königsberg / Kreuzingen / Nidden – Wer mit dem gebürtigen Ostpreußen und heute in Hamburg lebenden Architekten, Fotografen und Buchautoren Christian Papendick den Norden Ostpreußens erleben möchte, hat hierzu vom 19. Mai bis zum 2. Juni Gelegenheit. Die ersten sieben Übernachtungen erfolgen in dem sich gegenwärtig stark verändernden Königsberg. In Kreuzingen schließen sich fünf Übernachtungen an. Den Schluß bilden zwei Übernachtungen in Nidden auf der Kurischen Nehrung. Dorthin finden vom 14. bis zum 21. Juli sowie vom 28. Juli bis zum 4. August auch zwei gesonderte Reisen einschließlich Tagesausflug nach Königsberg statt. Nähere Informationen erteilt Christian Papendick, Nibelungenweg 1 A, 22559 Hamburg, Telefon (0 40) 80 31 32.

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: privat

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Frau **Kathrin Voglers** Mutter **Erna** Vogler möchte wissen, was aus ihren Verwandten geworden ist. Erna Vogler geborene **Zimmerling**, * 4. Februar 1932, stammt aus Gudden, Kreis Tilsit-Ragnit. Das letzte Lebenszeichen ihres Bruder **Bruno** Zimmerling, * 12. Oktober 1930, kam 1950 aus Essen, dann ist er zur Fremdenlegion gegangen – Nachkriegsschicksal eines jungen Heimatvertriebenen. Was ist aus ihm geworden? Ebenso unbekannt ist der Lebensweg von **Hildegard Hofmann**, einer Cousine von Frau Vogler, Tochter der Schwester **Ida** ihres Vaters **Franz Zimmerling**. Hildegard muß etwa 1934 geboren sein. Zuletzt wohnte die Familie Hofmann in Mischpettern. Die nördlich von Tilsit gelegene Ortschaft gehörte vor 1939 zum Landkreis Pogegen, danach zum Kreis Tilsit-Ragnit und war ein Ortsteil von Thomuscheiten, Kirchspiel Nattkischken. Mehr ist nicht bekannt – reicht das, um auf Suche zu gehen? Wir hoffen wie immer. (Erna Vogler, Hauptstraße 5 in 01768 Reinhardtsgrimma, Telefon 03 50 53 / 4 81 19.)

Thema Ahnenforschung. Die wird für den Suchenden, Herrn **Sebastian Loest** aus Handorf, schon recht schwierig, denn die vorhandenen Angaben über seinen ostpreußischen Großvater sind sehr mager. Dieser Großvater, **Alfred** Loest, soll aus Königsberg stammen, wo er als Postbeamter tätig war. Das besagt aber nicht, daß er dort – und wann? – auch geboren wurde. Die Familie könnte aus Pommern stammen, es gibt ein Dorf Loist bei Stettin. Entsprechenden Hinweisen aus einer Erzählung des Schriftstellers Erich Loest ist der Schreiber nachgegangen und fündig geworden. Eine Verbindung zu seiner Familie konnte allerdings nicht hergestellt werden. Großvater Alfred Loest heiratete in Berlin **Erna Schmidt**, * 1914. Das Paar bekam drei Kinder: **Monika**, **Hasko** und **Helmar**. Letzterer, 1944 während der Evakuierung im Spreewald geboren, ist der Vater von Sebastian Loest. Alfred konnte seinen Jüngsten nicht mehr in die Arme schließen, denn er fiel kurz vor der Geburt bei Pisa. Er soll noch einen Bruder gehabt haben, von diesem **Gerhard Loest** fehlt aber jegliche Spur. Wir haben Herrn Loest einige Hinweise über für Familienfragen zuständige Institutionen zukommen lassen, fragen aber auch in unserem Leserkreis nach, ob jemand den Postbeamten Alfred Loest aus Königsberg kannte und Näheres über ihn und seine Herkunft sagen kann. Interessant wäre es auch zu erfahren, wo Träger dieses Namens in Ostpreußen lebten und wo ihre Wurzeln waren. (Sebastian Loest, Tannenweg 2 in 21447 Handorf.)

„Ich weiß nicht, ob Sie mir helfen können", beginnt der Brief von **Eleonore Fröbnich** aus Prislich. Und auch ich glaube kaum, daß ihr Suchwunsch Erfolg haben wird, denn es liegt fast alles im Unklaren, bis auf wenige Fakten gibt es keine Anhaltspunkte. Ihre Mutter **Ella Thymoseit** hat schon zu DDR-Zeiten versucht, ihre Tochter **Edelgard** zu finden, aber vergeblich. Nun ist die Mutter schon vor 30 Jahren verstorben, aber die Tochter möchte doch wissen, ob und wo ihre Schwester lebt. Sie hat diese nie gekannt, denn Edelgard Thymoseit wurde in der furchtbaren Zeit geboren, als die große Flucht begann: Das Mädchen kam am 9. Januar 1945 in Rastenburg zur Welt. Die damals 25jährige Mutter wurde im Entbindungsheim Georgenthal entbunden, sie und das Neugeborene wurden von der Oberschwester Gertrud betreut. Angeblich soll das Kind mit einem Flugzeug von Rastenburg fortgebracht worden sein. Von da an hat die Mutter nichts mehr von ihrer Tochter gehört, nie eine Spur gefunden. Vielleicht erinnern sich nun ehemalige Rastenburger an das Entbindungsheim und können nähere Angaben machen, vor allem, ob damals Kinder ausgeflogen wurden, von wem und wohin. Wenn das Neugeborene tatsächlich auf diese Weise aus Rastenburg herauskam, dürfte es doch irgendwo registriert und, wenn es überhaupt leben blieb, wohl zur Adoption freigegeben worden sein. Aber das sind alles nur Vermutungen. Hier ist nun wirklich jeder kleinste Hinweis von Wichtigkeit. (Eleonore Fröbnich, Waldstraße 15 in 19300 Prislich.)

Eure

Ruth Geede



ZUM 98. GEBURTSTAG

Donder, Hugo, aus Lyck, jetzt Am Feuerschanzengraben 2, 37083 Göttingen, am 28. April

Schnitzer, Willy, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Meininger Straße 4, 51103 Köln, am 28. April

Wengoborski, Marta, geb. **Keller,** aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, jetzt Düsseldorfer Straße 28, 51379 Leverkusen, am 24. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Mischke, Elisabeth, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, jetzt Auf dem Winkel 9, 42477 Radevormwald, am 28. April

Rohde, Auguste, geb. **Vogel,** verw. **Rogowski,** aus Lindenfließ, Kreis Lyck, jetzt Magdeburger Straße 31, 39340 Haldensleben, am 26. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Skilandat, Martha, geb. Lagerpusch, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Potthoffweg 7, 48147 Münster, am 29. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brzoska, Marie, geb. **Downar,** aus Rostken, Kreis Lyck, jetzt Zillertalstraße 125, 44807 Bochum, am 24. April

Müller, Hedwig, geb. **Rudnick,** aus Lyck, v-Ludendorff-Straße 5, jetzt Passauer Straße 16, 55246 Mainz-Kostheim, am 27. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Borrek, Frida, geb. **Dubnitzki,** aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Pariser Gasse 3, 35578 Wetzlar, am 26. April

Gerwin, Frieda, geb. **Dombrowski,** aus Lyck, Morgenstraße 19, jetzt Doormannsweg 21, 20259 Hamburg, am 23. April

Schwegmann, Hildegard, geb. **Senff,** aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Borgholzstraße 5-11, 44799 Bochum, am 28. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fricke, Herta, geb. **Naujok,** aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Heisterkamp 8, 38518 Gifhorn, am 26. April

Nobars, Gertrud, geb. **Pupkalis,** aus Tilsit, jetzt Lipperstraße 5, 45078 Osnabrück, am 23. April

Schneidereit, Edith, geb. **Piek,** aus Königsberg, Vorder Roßgarten 8-9, und Quednau, Gartenstraße 1, jetzt Michael-Bauer-Straße 2 a, 91126 Schwabach, am 23. April

Seel, Hans-Joachim, aus Lötzen, jetzt Heiderhof, Weißdornweg 64, 53177 Bonn-Bad Godesberg, am 27. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Borrmann, Gerda, geb. **Borrmann,** aus Kreis Elchniederung, jetzt Bruchstraße 66, 45468 Mülheim / Ruhr, am 27. April

Kerschgens, Else, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 13, 52222 Stolberg, am 23. April

Reimer, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Oberdorfstraße 56, 45143 Essen, am 24. April

Waschk, Albrecht, aus Gr. Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Krummer Weg 12, 46499 Hamminkeln, am 25. April

Woog, Gertrud, geb. **Kaschmann,** aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Carl-Schurz-Straße 6, 53123 Bonn-Duisdorf, am 27. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Charchola, Ida, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt Weststraße 12, 59505 Bad Sassendorf, am 23. April

Flick, Christel, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Dr.-Neuhäuser-Straße 11, 32545 Bad Oeynhausen, am 24. April

Gayk, Martha, geb. **Papajewski,** aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Witten-Land 13, 24229 Strande-Kiel, am 29. April

Merchel, Ida, geb. **Lippeck,** aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 78, 21714 Hammah, am 24. April

Mohr, Edith, geb. **Dobrinski,** aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Vinzienstraße 13, 24794 Borgstedt, am 26. April

Piotrowski, Elfriede, geb. **Dorß,** verw. **Völkel,** aus Maschen, Kreis Lyck, jetzt Roggenkamp 51, 28259 Bremen, am 26. April

Rinkewitz, Irene, geb. **Streich,** aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Kissingerstraße 54, 40229 Düsseldorf, am 26. April

Schöttke, Hedwig, geb. **Hoffmann,** aus Zimmerbude, Kreis Samland, jetzt Lortzingers Straße 18 / 1, 72458 Albstadt, am 27. April

Schulz, Willi, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Dorfstraße 4, 14542 Kemnitz, am 24. April

Szczech, Martha, geb. **Jacobus,** aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, jetzt Lütgertweg 3, 30419 Hannover, am 26. April

Sparka, Anneliese, geb. **Koplin,** aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, jetzt Feldschmiede 18 L, 22159 Hamburg, am 28. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baier, Frieda, geb. **Kraasz,** aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Hasenberg 12, 65719 Hofheim, am 29. April

Gutzeit, Elsa, geb. **Darge,** aus Königsberg, Brahmsstraße, jetzt Fechenbachstraße 16, 33334 Gütersloh, am 16. April

Kallweit, Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Wilhelm-Busch-Straße 3, 31707 Bad Eilsen, am 29. April

Keßler, Ernst, aus Skulbetwaren, Kreis Elchniederung, jetzt Barnackufer 36, 12207 Berlin, am 27. April

Mauritz, Else, geb. **Witt,** aus Bludau, Kreis Samland, jetzt Königsberger Straße 41, 27711 Osterholz-Scharmbeck, am 27. April

Neumann, Ursula, geb. **Fähser,** aus Lötzen, jetzt Limburger Straße 47, 28259 Bremen, am 28. April

Pieper, Berta, geb. **Zhichowski,** aus Hartigswalde, Kreis Neidenburg, jetzt Weselstraße 29 (Haus Karin 2), 47608 Geldern, am 27. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ammoneit, Kurt, aus Erlensee, früher Gr. Dumbeln, Kreis Goldap, jetzt Südring 3, 77704 Oberkirch / Baden, am 27. April

Baller, Margarete, geb. **Ketturkat,** aus Keppen (Groß Puskeppeln), Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Konrad-Adenauer-Straße 30, 49584 Fürstenau, am 29. April

Broszio, Marie, aus Talussen, Kreis Lyck, jetzt Kirchgässle 1, Samariterstift Ostfildern, Altenpflegeheim, 73760 Ostfildern, am 23. April

Dibowski, Gertrud, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Kattowitzerstraße 21, 26127 Oldenburg, am 26. April

Dziomba, Heinrich, aus Neidenburg, Kreis Neidenburg, jetzt Eichendorffstraße 64, 41464 Neuss, am 29. April

Enskat, Hedwig, geb. **Enskat,** aus Holländerei, Kreis Wehlau, jetzt Thomas-Müntzer-Straße 4, 03238 Finsterwalde, am 29. April

Frank, Hildegard, geb. **Hinz,** aus Kreis Elchniederung, jetzt Claus-Harms-Straße 20, 25709 Marne, am 26. April

Gemballa, Gerhard, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Am Berge 14, 38110 Braunschweig, am 24. April

Göllner, Gerda, geb. **Rutkat,** aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt U-Kokkonen-Straße 1 Z. 4 (Altenheim), 18147 Rostock, am 25. April

Habicht, Edith, geb. **Tybusch,** aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Eckermannstraße 2, 29549 Bad Bevensen, am 23. April

Huart, Charlotte, geb. **Hanke,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Kanalgasse 6, 79379 Müllheim, am 26. April

Konopka, Eduard, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Beifußweg 46, 12357 Berlin, am 23. April

Kuhk, Ellinor, geb. **Ollesch,** aus Lyck, jetzt Hintergasse 16, 66869 Kusel, am 24. April

Kuprat, Eva, geb. **Altmann,** aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Osterdeich 136, 28205 Bremen, am 26. April

Ludeneit, Kurt, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Wasmannstraße 2, 22307 Hamburg, am 29. April

Pawlowski, Heinrich, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Albrecht-Dürer-Straße 7, 95615 Marktredwitz, am 24. April

Preuss, Ilse, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, jetzt Friedshofweg 6, 33378 Rheda, am 24. April

Ries, Ingeborg, geb. **Steinke,** aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt In den Wiesen 1, 88299 Leutkirch, am 28. April

Rötzer, Ursula, geb. **Albroscheit,** aus Wehlau, Freiheit, Kreis Wehlau, jetzt Staudinger Straße 58, 81735 München, am 25. April

Schmidtke, Ernst, aus Treuburg, Deutsche Straße 15, jetzt Winterfeldstraße 4, 44141 Dortmund, am 27. April

Schneider, Irmgard, geb. **Szilinski,** aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Zeppelinstraße 65, 58313 Herdecke, am 25. April

Schreck, Ida, geb. **Kraska,** aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt König-Heinrich-Weg 11, 22459 Hamburg, am 22. April

Schützek, Berthold, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Kolpingstraße 1, 46514 Schermbeck, am 27. April

Schumacher, Hilda, geb. **Scheppat,** aus Tilsit, Lindenstraße 29, jetzt Biemericher-Straße 5, 42653 Solingen, am 23. April

Wierutsch, Heinz, aus Lyck, jetzt Johannes-R.-Becher-Straße 25, 23966 Wismar, am 23. April

Zachau, Marianne, geb. **Verbrüggen,** aus Wehlau, Kirchenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Ahrener Feld 52, 41238 Mönchengladbach, am 27. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baltruschat, Hanni, geb. **Bloch,** aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Sudetenstraße 16, 90765 Fürth, am 26. April

Brandt, Hanni, geb. **Schwagereit,** aus Cranz, jetzt Wollinweg 5 B, 23769 Burg auf Fehmarn, am 17. April

Bratsch, Ursula, geb. **Pauloweit,** aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Stiepeler Straße 103, 44801 Bochum, am 23. April

Bredlau, Gerhard, aus Mohrungen, Tannenbergstraße 13, jetzt Waldstraße 13, 42853 Remscheid, am 21. April

Dorka, Helmut, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Feldkampstraße 31, 44625 Herne, am 23. April

Dworrak, Heinz, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Rosa-Luxemburg-Straße 35, 98646 Hildburghausen, am 27. April

Gregor, Fritz, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Mozartstraße 21, Johanneshaus, 74072 Heilbronn, am 29. April

Kairies, Hans, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Seestraße 1, 14548 Schwielowsee, am 23. April

Kleinschmidt, Anneliese, geb. **Gritzuhn,** aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Parkstraße 25, 59556 Lippstadt, am 28. April

Laupichler, Willi, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Jellinghausstraße 28, 49082 Osnabrück, am 27. April

Liebig, Elisabeth, geb. **Rilka,** aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Eicher Straße 12, 87435 Kampten, am 29. April

Obermüller, Eva, geb. **Wolff,** aus Wehlau, Markt, Kreis Wehlau, jetzt Eberhardtstraße 81, 89073 Ulm, am 27. April

Puhlmann, Ursula, geb. **Hollwitz,** aus Wehlau, jetzt Falkenhorst 3, 06917 Jessen, am 26. April

Radzik, Willi, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf der Bleiche 3, 59964 Medebach, am 25. April

Reuter, Wolfgang, aus Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Landgrafenstraße 26, 61348 Bad Homburg, am 29. April

Richter, Georg, aus Ketzendorf, Kreis Mohrungen, jetzt Wolfsteg 7, 28388 Wolfsburg, am 17. April

Schleissinger, Friedel, geb. **Pirdschun,** aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Rathausplatz 3, 97084 Würzburg, am 29. April

Schmidtmann, Friedhelm, aus Ortelsburg, jetzt Westerholter Weg 157, 45659 Recklinghausen, am 27. April

Schneider, Erika, geb. **Lelewell,** aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 12, jetzt Lörchenweg 1, 56281 Emmelshausen, am 29. April

Schnobel, Irmgard, geb. **Dennig,** aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Fuhrberger Straße 73, 29225 Celle, am 28. April

Schulz, Franz, aus Garbseiden, Kreis Samland, jetzt Karl-Brenner-Straße 11, 35396 Gießen, am 23. April

Stähle, Mariechen, geb. **Ratering,** aus Reichau, Kreis Mohrungen, jetzt Hotel Stähle bei 48455 Bad Bentheim, am 15. April

Strick, Lotti, geb. **Gay,** aus Gr. Jauer, Kreis Lötzen, jetzt Athletikstraße 4, 53881 Wisskirchen, am 26. April

Sulewski, Bruno, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, jetzt Weimarer Straße 3, 32584 Löhne, am 26. April

Volkmann, Sieglinde, aus Treuburg Abbau-Gärtnerei, Kreis Treuburg, jetzt Brandenburger Straße 9, 31547 Rehburg, am 27. April

Wengoborski, Günter, aus Lyck, jetzt Ginsterweg 8 c, 30916 Isernhagen, am 29. April

Wixwat, Erika, geb. **Hünnemeier,** aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Ferdinand-Thun-Straße 67, 42289 Wuppertal, am 26. April

Wohlgemuth, Gertrud, geb. **Ijewski,** aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, jetzt Zum Ölpersesee 7, 38114 Braunschweig, am 27. April

Zywek, Gertrud, geb. **Büttner,** aus Soldau, Gilgenburger Straße, Kreis Neidenburg, jetzt Lohstraße 17, 41469 Neuss, am 26. April



ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Scheumann, Gerhard, aus Heidenberg, Ostpreußen, und Frau Betty, geb. **Koch,** aus Castell, Unterfranken, jetzt Memellandstraße 38, 97318 Kitzingen, am 20. April



ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Blake, Cliff, aus Essex, Großbritannien, und Frau Irmgard, geb. **Birth,** aus Schwengels-Dothen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Romford-Essex, Großbritannien, am 17. März

Kalinowski, Karl, aus Stockhausen / Bischofsburg, Kreis Rößel, und Frau Paula, geb. **Achsenick,** aus Guttstadt / Battatron, Kreis Heilsberg, jetzt Hermann-Löns-Weg 20, 51766 Engelskirchen, am 23. April

Marrek, Horst, aus Groß-Dankheim, Kreis Ortelsburg, und Frau Rosemarie, geb. **Wiedenberg,** aus Jürkendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ostwaldstraße 3, 44805 Bochum, am 27. April

Schröder, Helmut, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, und Frau Brigitte, geb. **Dombrowski,** aus Skomentnen, Kreis Lyck, jetzt Querstraße 21, 45661 Recklinghausen, am 27. April



LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@gmx.de

Bundestreffen – Die BdV-Nachwuchsorganisationen veranstalten 2007 ein Bundestreffen im Ostheim, Bad Pyrmont, vom 20. bis 22. April. Anmeldungen an E-Mail: bjo@ostpreussen-info.de

BJO-Süd – Auf Einladung des BJO-Regionalverbandes Süd kommen wieder 40 Schüler verschiedener Guttstadter Schulen vom 29. April bis 6. Mai in die Bundesrepublik Deutschland. Wie schon im vergangenen Jahr ist auch die Theatergruppe sowie die Gesangsgruppe „Pozytywka“ („Die Spieldose“) wieder dabei. Es finden folgende Veranstaltungen statt: 1. Mai, 19 Uhr, ESV-Gaststätte, Crailsheim; 3. Mai, 19 Uhr, Pfarrkirche und katholisches Jugendheim, Wülfershausen a. d. Saale; 4. Mai, 18 Uhr, Santelmann’s Hof, Wathlingen; 5. Mai, 19 Uhr, Ernestinum im Burgschulzentrum, Celle. Geboten werden deutsches, vereinzelt auch deutsch-polnisches Liedgut sowie zwei Sketche. Die Gäste wünschen sich Kontakte mit älteren und jüngeren Landsleuten. Das Gesamtprogramm kann angefordert werden bei Rainer Claaßen, Birkenring 3, 97618 Wülfershausen (Saale), Telefon (0 97 62) 4 21.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Landesgruppe – Sonnabend, 21. April, 9.45 Uhr, Landesfrauentagung im Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart, Telefon (07 11) 2 04 50, zu erreichen ab Stuttgart Hauptbahnhof Stadtbahn U-14, Richtung Heslach, Haltestelle: Rotebühlplatz (Stadtmitte). Der Vormittag der diesjährigen Frauentagung ist zum großen Teil der Arbeit gewidmet. Nach dem Bericht der Landesvorsitzenden und Landesfrauenleiterin Uta Lüttich über die kulturelle Frauenarbeit werden Berichte über die Arbeit der Landesverbände der Westpreußen und der Ostpreußen zu hören sein. Anschließend findet die Wahl der Landesfrauenleiterin und ihrer Stellvertreterin statt. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Frauentagung mit einem Vortrag der Landeskulturreferentin Ulla Gehm „Der Oberländische Kanal“. Anschließend wird Heidelore Barth aus ihrem Buch „Das verstreute Glück“ lesen, die ungewöhnliche Lebensgeschichte einer Spätaussiedlerfamilie aus dem Kreis Rastenburg, deren Wurzeln in Westpreußen liegen. Wenn die Zeit dann noch reicht, wird noch der Videofilm „Östlich der Oder: Das Posener Land“ angesehen. Ende der Tagung ca. 17.30 Uhr. Gäste sind herzlich willkommen. – Dienstag, 1. Mai, 19 Uhr, Auftritt der Singgruppe „Pozytywka“ in der ESV-Gaststätte, Crailsheim. Diese 40 Schüler aus Guttstadt sind Gäste des BJO-Süd. Mit ihrer Singgruppe sowie ihrer Theatergruppe erfreuen sie die Besucher mit deutschen und gemischtem Liedgut sowie zwei deutschen Sketchen. Für gutes Essen und Trinken ist gesorgt.

Esslingen a. N. – Donnerstag, 26. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Waldheim“, Zollberg. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel hält die Landeskulturreferntin Frau Gehm einen Vortrag: „Tannenberg – ein bedeutsamer historischer Ort in Ostpreußen.“

Schwäbisch Hall – Donnerstag, 3. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Seniorengruppe im Restaurant Thessaloniki. Landsleute berichten über ihre Ostererlebnisse.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Landesgruppe – Donnerstag, 3. Mai, 19 Uhr, ökumenischer Gottesdienst in der Pfarrkirche, Wülfershausen a. d. Saale. Anschließend bunter Abend im katholischen Jugendheim. Die Gäste aus Ostpreußen erfreuen mit deutschen und deutsch-polnischen Liedern sowie zwei deutschen Sketchen. Für Essen und Trinken sorgt die katholische Jugendgruppe. Anreise: Autobahn A 71 Ausfahrt Bad Neustadt a. d. Saale, drei Kilometer Richtung Saal; DB bis Bad Neustadt a. d. Saale. Nähere Informationen unter Telefon (0 97 62) 4 21.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 4. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Auf der Lände.

Kitzingen – Dienstag, 1. bis Sonntag, 6. Mai, Erlebnisreise in das Naturparadies Harz.

Landshut – Dienstag, 1. Mai, Maisausflug zum Spargelessen nach Abensberg.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremerhaven – Marita Jachens-Paul ist weiterhin Vorsitzende der Gruppe. Sie wurde bei den turnusmäßigen Vorstandswahlen auf der Jahreshauptversammlung einstimmig wiedergewählt. Sie leitet seit 1999 als Nachfolgerin ihrer verstorbenen Mutter Lore Jachens die Gruppe. Auch alle anderen Ämter des Vorstandes wurden mit einstimmigem Votum der Versammlung, zu der 50 Mitglieder und vier Gäste erschienen waren, wiederbesetzt: 2. Vorsitzender Horst Till und Werder Wedell, Kassenwart Wolfgang Paul, Schriftwartin Barbara Sandmann, Pressewart Jürgen Sandmann, Vertreter der Westpreußen Edeltraut Hahn und Werner Wedell, Vertreter für Elbing Klaus Eichholz, Delegierte zur Landesgruppe Bremen Horst Till, Wolfgang Paul, Jürgen Sandmann. Wahlleiter Helmut Gutzeit, Landesvorsitzender in Bremen, gratulierte dem alten / neuen Vorstand und dankte für die gute Zusammenarbeit zwischen der Landesgruppe und dem Vorstand der Gruppe sowie für die vielen Aktivitäten der Ostpreußen in der Seestadt. Darüber hatte die Vorsitzende in ihrem Jahresbericht 2006 informiert: Kulturnachmittage, Tagesfahrten, Weinprobe, Sommerfest, Besichtigungen. Höhepunkt 2006 war das 80. Stiftungsfest der Gruppe, die 1926 als „Verein heimattreuer Ostpreußen in den Unterweserorten“ gegründet worden war. Prominentester Redner beim Festakt war Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Munin Brust, Sohn von Herbert Brust, des Komponisten des Ostpreußenliedes, war ebenfalls anwesend. Die musikalische Umrahmung hatte das Rosenau-Trio übernommen, das mit Gesang, Klavier und Rezitation auf hohem kulturellen Niveau außerordentlich beeindruckte. Kassenwart Wolfgang Paul hatte den Kassenbericht 2006 und den Haushaltsvoranschlag für 2007 vorgelegt. Für beide gab es Zustimmung und einstimmige Entlastung des gesamten Vorstands. Für langjährige Treue zur Gruppe sowie verdienstvolle Mitarbeit wurden auf der Jahreshauptversammlung geehrt: Klaus Eichholz, Alfred Kruse und Werner Wedell mit der „Preußenflagge“(Anstecknadel); Edeltraut Hahn, Hildegard Jauß, Inge Kies, Barbara und Jürgen Sandmann mit dem „Preußenadler“ (Anstecknadel); Gretl Lingk, Ella Till mit dem Verdienstabzeichen; Hans-Georg Baltrusch, Christel Monin, Helga und Walter Rosenbaum, Betty Tiedemann und Christel Wegner mit einer Dankesurkunde. Die Vorschau für 2007 sieht neben den traditionellen Kulturnachmittagen zwei Videofilme über „Ostpreußen heute“, die Ausrichtung der Delegiertentagung der Landesgruppe (11. Mai), ein Sommerfest, eine Tagesfahrt ins Ammerland, die Beteiligung am „Tag der Heimat“ des BdV Bremen und das 81. Stiftungsfest vor.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 28. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 1, Hamburg, zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt und einem Fußweg von rund sechs Minuten. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche. Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen. Es erwartet Sie wie immer eine Kaffeetafel, und anschließend wird der Frühling mit Liedern, Erzählungen und Gedichten begrüßt.



Insterburg – Mittwoch, 2. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg. Es soll ein gemütliches Beisammensein mit Schabbern werden.

Osterode – Sonnabend, 21. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, 22337 Hamburg. Es wird ein Filmvortrag über das südliche Ostpreußen und die Kreisstadt Osterode mit alten und neuen Bildern geboten. Das „neue“ Lokal befindet sich in unmittelbarer Nähe des U / S-Bahnhofs Ohlsdorf und ist bequem in fünf Minuten Fußweg zu erreichen. Besucher vom Bahnhof kommend, können gleich vom Bahnhofsausgang rechts, am Taxistand vorbei, den Fußweg benutzen. Am Ende des Fußweges überquert man die Alsterdorfer Straße und erreicht direkt das Restaurant. Parkplätze sind ausreichend an der Grundstücksbegrenzung des Lokals (Sommerkamp) vorhanden. Ein Kaffeegedeck kostet 6,50 Euro. Der Eintritt ist frei.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 1. Mai, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für’n Appel und ’n Ei“, Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 30. April, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Motto der Zusammenkunft: „Die linden Lüfte sind erwacht ... – Frühling in Musik und Prosa“.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

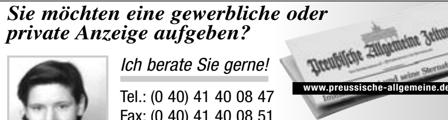
Dillenburg – Auf der letzten Zusammenkunft wurde eine Aufnahme einer Lesung von Irene Schwarz aus deren Buch „Ohne Namen, ohne Eltern, ohne Heimat – Eine wahre Geschichte aus Ostpreußen“ abgespielt. Die Autorin wurde am 3. Januar 1942 als Irene Klein in Tilsit geboren. Der Vater, von Beruf Seiler, war kurz vorher als Soldat zur Westfront eingezogen worden. Er sah sein Kind erstmals bei einem kurzen Heimaturlaub, da war sie schon fünf Monate alt. September 1943 wurde Irenes Schwester Erika geboren. Die beiden Kinder lebten mit der Mutter und beiden Großelternpaaren in Seckenberg (Elchniederung). Im März 1945 begibt sich die Mutter mit den beiden Kindern (drei und einein-halb Jahre alt) sowie ihren Eltern doch noch auf die Flucht nach Westen. Das andere Großelternehepaar bleibt zurück. Die Flucht endet zunächst in Fischhausen, wo die Mutter bei einem Bombenangriff ums Leben kommt. Die Großeltern zogen mit den Kindern weiter, kamen mit dem Schiff zunächst bis Stutthof bei Danzig und Mitte Mai mit einem anderen Schiff nach Dänemark. Dort landeten sie in einem Lager, in dem fürchterliche Zustände herrschten: mangelnde Verpflegung, schreckliche hygienische Verhältnisse, so gut wie keine ärztliche Versorgung, vor allem nach Beendigung des Krieges, als die Dänen die Verwaltung übernahmen. Zahllose Menschen, vor allem Kinder und Alte starben in dieser Zeit und wurden in Massengräbern beerdigt. Dort starben auch Irenes Schwester und die Großmutter. Im Sommer 45 starb auch der Großvater, und sie wurde mit allen anderen vermeintlichen Waisenkindern in ein Extralager zusammengefaßt. Dort wurden alle Kinder registriert und fotografiert. Die Fotos wurden mit Namen der Kinder und Angaben über Alter und Herkunft – soweit bekannt – in allen dänischen Lagern veröffentlicht. So hoffte man Angehörige der Kinder zu finden. Irene Klein wußte nur ihren Vornamen, da sie noch zu klein war, um sich an mehr zu erinnern. Ihr Vater kam im Juni 1945 aus der Kriegsgefangenschaft frei und ging zu Verwandten nach Brake bei Detmold. Deren Adresse war mit allen Familienmitgliedern als Treffpunkt nach dem Kriege ausgemacht worden. Es dauerte aber noch bis Oktober 1946, bis er über Bekannte erfuhr, wo sich seine Tochter aufhielt. Es dauerte anschließend noch ein weiteres Jahr, bis Irene endlich nach Deutschland geholt werden konnte. Im Anschluß an diese „Lesung“ diskutierten die Mitglieder das Gehörte und tauschten eigene Erinnerungen aus.

Hanau – Mittwoch, 9. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Wiesbaden – Hauptpunkte auf der Tagesordnung der Jahreshauptversammlung waren die turnusmäßigen Wahlen des Vorstandes und der Kassenprüfer, die alle drei Jahre anstehen. Mit Ausnahme von Rudi Haak, der nicht mehr kandidierte, wurde die bisherige Führungsriege einstimmig bestätigt. Auch Dieter Schetat, der seit 15 Jahren an der Spitze der Gruppe steht und diese hervorragend positioniert hat, wie in der Versammlung bestätigt wurde, wird seine Aufgabe somit weiterhin wahrnehmen. Stellvertretende Vorsitzende bleibt Helga Laubmeyer, Schatzmeister Christian Wnuck, Schriftführer Heinz Kroehnert. Bestätigt wurden auch Irena Zoch, Reinhard Kayss, Irmgard Steffen, Bernd Sievers und Helmut Zoch. Neu wurde Berndard Kolb in das Führungsgremium der nun seit 61 Jahren bestehenden Gruppe berufen. Helga Kukwa gehört als Leiterin der Frauengruppe automatisch dem Vorstand an. Zu Kassenprüfern wurden Margot Schittko, Rudi Haak, Peter Gutzeit und Irmgard Gethöffer gewählt. Dem ausgeschiedenen Vorstandsmitglied Rudi Haak dankte der Vorsitzende für seine sechsjährige Arbeit. Vor allem als Rezitator bei den Veranstaltungen der Gruppe habe sich Haak einen Namen gemacht. Das Bekenntnis zur unvergessenen Heimat stehe dabei unverändert im Mittelpunkt seines Denkens und Handelns. Nach dem offiziellen Teil der außergewöhnlich gut besuchten Hauptversammlung zeigte Dieter Schetat Dias aus dem Vereinsleben, die noch einmal Höhepunkte und herausragende Ereignisse der Verbandsarbeit in Erinnerungen riefen. Er knüpfte damit an die monatlichen Zusammenkünfte der Gruppe an, in deren Vordergrund heimatbezogene Themen der Ost- und Westpreußen stehen. Damit dieses wunderbare Land nicht aus dem Bewußtsein der Deutschen und seiner Europäischen Nachbarn entschwindet.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19





Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung



Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68.

Landesgruppe – Freitag, 4. Mai, 18 Uhr, Grillabend mit 40 Schülern aus Guttstadt im „Santelmann's Hof", Wathlingen. Die Gäste aus Ostpreußen erfreuen mit deutschen und deutsch-polnischen Liedern sowie zwei deutschen Sketchen. Die Schüler aus der Heimat wünschen sich Kontakt mit Landsleuten. Für Essen und Trinken ist gesorgt. – Sonnabend, 5. Mai, 19 Uhr, Ernestinum im Burgschulzentrum, Celle. Wie am Vortag in Wathlingen singen und spielen die jungen Gäste aus Ostpreußen. Das Grußwort spricht Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der LO.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Mai, 13.30 Uhr, Halbtagesausflug zum „Druckereimuseum" nach Sandkrug vor den Toren Oldenburgs, mit anschließendem Kaffee und Kuchen im Schmiedemuseum in Hatterwüsting. Abfahrt erfolgt ab ZOB. Melden Sie sich bitte bei der Leiterin der Frauengruppe, Gisela Borchers, an. – Ostern war zwar vorbei, aber dennoch stand für alle Anwesenden eine kleine Osterbastelei mit Ei und Schokoladenhasen, gebastelt von den Damen Glasenapp und Krug, auf den Tischen. Das Thema des Vortrags war dann wiederum so gar nicht österlich: „Lassen Sie sich nicht aufs Kreuz legen". Polizeihauptkommissar K. Wülbers von der Polizeiinspektion Oldenburg, zuständig für Beratung und Prävention, informierte in einem lebendigen und passionierten Vortrag über seniorenbezogene Strafdelikte: Trickdiebstahl, -betrug, Handtaschenraub und Haustürgeschäfte stellen dabei die Hauptanteile dar. Leichtfertiger Umgang mit Wertsachen in der Handtasche, schon alleine Geldbörse und Ausweispapieren, leistet diesen Delikten Vorschub. Herr Wülbers riet allen, möglichst Portemonnaie und Ausweise am Körper und nicht in der Handtasche zu tragen. Vor allem das offene Zeigen von Geld, im Geschäft oder am Geldautomaten, sollte man vermeiden. Viele Betrugsdelikte laufen auf einer rein emotionalen Ebene ab. Anschaulich schilderte Herr Wülbers uns den sogenannten „Enkeltrick", dem nur mit Wachsamkeit und gesundem Menschenverstand begegnet werden kann. Kleine Filmabschnitte in der Computerpräsentation demonstrierten manche Tricks, denen man allzuleicht verfallen kann, sowohl an der Haustür als auch auf der Straße oder im Hausflur.



Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Achtung, Terminänderung – Sonntag, 29. April, 15 Uhr, Frühlingsfest der Gruppe in der Gaststätte Sprungmann.

Düsseldorf – Montag, 30. April, 18 Uhr, Klöppelkurs mit Jutta Klein, Raum 311, GHH.

Gütersloh – Sonntag, 6. Mai, 7.30 Uhr, Fahrt zur 60. Wallfahrt der Ermländer mit dem neuen Erzbischof und Metropoliten von Ermland, Dr. Wojciech Ziemba, und Visitator Magister Dr. Lothar Schlegel sowie Konzelebranten in der Marien-Wallfahrtsort Werl. Im Bus stehen lediglich 27 Plätze zur Verfügung, melden Sie sich daher rechtzeitig an. Die genauen Abfahrtzeiten und Haltestellen erfahren Sie bei Josef Block, Telefon 3 48 41. Der Fahrpreis bleibt unverändert bei 12 Euro pro Person.

Köln – Freitag, 1. Mai, 14 Uhr, lustiger Mainachmittag der Gruppe im Kolpinghaus International, Helenenstraße 32, Köln. Das Duo Brenner wird für die musikalische Unterhaltung sorgen. Anmeldungen zwecks Disposition bei D. Taruttis, Telefon (02 21) 79 16 16, Mobil (01 75) 3 46 51 43, Fax (02 21) 9 38 55 76.

Lüdenscheid – Mittwoch, 2. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Vereine. Mit einer kleinen Feierstunde und Rückblick auf 55 Jahre Arbeit im Sinne der Heimat soll die Feier zum 55jährigen Bestehen gestaltet werden. Zwei der ehemaligen Leiterinnen und andere Mitglieder aus der Gründerzeit sind dabei.

Remscheid – Auf der Jahreshauptversammlung des Ostpreußenchores wurde Rückschau gehalten auf das vergangene Jahr. Die 34 Sängerinnen und Sänger wirkten bei 17 Auftritten mit, wobei der Schwerpunkt natürlich in der Weihnachtszeit lag. Zu den besonderen Ereignissen gehörte die Dreitagesfahrt ins Frankenland. Im letzten Jahr konnte Elisabeth Alles auf 40 Jahre Chorzugehörigkeit zurückblicken und wurde, auch vom Sängerbund, geehrt. Da in diesem Jahr keine Neuwahlen des Vorstandes vorzunehmen waren, blieb lediglich der Ausblick auf das Jahr 2007: In diesem Jahr sind bis jetzt neun Auftritte fest terminiert, beginnend mit der Stinthengstwasserung am 5. Mai im Stadtpark. Die musikalische Leitung liegt weiterhin in den Händen von Alfred Kobusch.

Wesel – Sonntag, 13. Mai, 10.45 Uhr, 23 Preußische Tafelrunde in der Niederrheinhalle, Parkettsaal. Dr. Bärbel Beutner, Landeskulturreferentin, hält einen Vortrag: „Preußen, seine Geschichte und Entwicklung". Als Mittagessen sind natürlich Königsberger Klopse vorgesehen, zum Preise von 8 Euro. Ein musikalische Programm, ausgeführt vom Ostpreußischen Sing- und Mundharmonikakreis der Gruppe, umrahmt die Veranstaltung. Verbindliche Anmeldungen bis zum 5. Mai bei Kurt Koslowski, Telefon (02 81) 6 42 27, oder Inge Koslowski, Telefon (02 81) 6 04 51.



Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Hauptstraße 147 c, 09569 Gahlenz, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Chemnitz – Sonnabend, 5. Mai, 10.30 Uhr, Festveranstaltung zum 15jährigen Vereinsbestehen im „Platner Hof".

Dresden – Dienstag, 24. April, 14 Uhr, Treffen in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden. Dr. Gersch hält einen Vortrag. „Hugenotten in Dresden und Ostpreußen".



SACHSEN-
ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 2. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus", Hecknerstraße 6, 06449 Aschersleben.

Giersleben – Donnerstag, 3. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule", Bahnhofstraße 33, 06449 Giersleben.

Magdeburg – Freitag, 27. April, 16 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt".



SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Oldesloe – In seinem Rechenschaftsbericht zur Jahreshauptversammlung teilte der Erste Vorsitzende mit, daß vom Bundesland Schleswig-Holstein keine Mittel für die Kulturarbeit und für die Beratungsstelle zur Verfügung gestellt würden. So muß das traditionelle Erntegedenken im historischen Rathaus in Bad Oldesloe auch in diesem Jahr ausfallen. Nach dem Kassenbericht von Frau Mosel und dem Prüfbericht von Lm. Makarowski wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Beiden wurde für die vorbildliche Arbeit Dank und Anerkennung ausgesprochen. Wahlvorschläge für die Positionen des Zweiten Vorsitzenden und des Kassenwartes gingen nicht ein. Es wurde Wiederwahl vorgeschlagen. Heinz Arndt wurde einstimmig zum Zweiten Vorsitzenden gewählt und Erika Mosel einstimmig zur Kassenwartin. Beide nahmen die Wahl an und dankten für das Vertrauen. Gisela Brauer las ihren Bericht „Preußentag 2007 in Kiel – 1807 Frieden zu Tilsit", den sie für die Heimatzeitung geschrieben hatte. Mittagessen und Kaffeetrinken gaben den Teilnehmern Gelegenheit zu einem regen Gedankenaustausch.

Eutin – Bei Kaffee und Tortenstücken aus der Stadtbäckerei des Lm. Klausberger, mit österlichen Vorträgen und einem informativen Diavortrag „Ermland damals – mein Heimatland" von Günter Tilsnert trafen sich die Mitglieder und Gäste im Gemeindesaal der evangelischen St. Michaeliskirche. Ein anwesender Gast berichtete über seine erste Reise in das Heimatland seiner Eltern und Großeltern – Ostpreußen. So sollte er, laut Lageplan, auf dem ehemaligen Grundstück seiner Vorfahren stehen. Doch die Hofgebäude sind verschwunden und das Grundstück verwildert. Er stocherte gedankenverloren im Boden und zwischen verwitterten Backsteinen lag ein Glöckchen vom väterlichen Schlittengespann. Dieses Stück hat heute einen besonderen Platz in der guten Stube.

Pfingstfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 24. bis 29. Mai 2007 bietet das Ostheim wieder eine Pfingstfreizeit für Senioren an. Die Pfingstfreizeit im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont, bei denen Sie sich richtig verwöhnen lassen können. Das Angebot umfaßt: morgendliches Singen, Seniorengymnastik, Diameditation, einen Videoabend, eine Lesung aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, einen dreistündigen Besuch 3-Stundenbesuch der Hufeland-Therme, einen Halbtagesausflug, Vollpension, Festtagsmenüs an den Feiertagen, Kaffeetafel am 1. Feiertag, die Gästebetreuung, die Reise-Rücktrittskostenversicherung, die Kurtaxe. Außerdem lädt der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands" ausgezeichnete Kurpark zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichsten Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Diese fünftägige Freizeit kostet inklusiv aller oben aufgeführten Angebote im Einzelzimmer 252,50 Euro und im Doppelzimmer pro Person 222,50 Euro.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (0 52 81) 9 36 10, Fax (0 52 81) 93 61 11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

10. Angerburger Heimattreffen in Güstrow – In diesem Jahr treffen sich die Angerburger und deren Freunde zum zehnten Mal in der schönen Barlachstadt Güstrow. Am 23./24. Juni 2007 im Bürgerhaus, Sonnenplatz 1, nahe dem Stadtzentrum, wollen wir uns versammeln und uns gemeinsam an unsere Heimat und alles erinnern, was wir in den Jahren danach erlebt haben. Dazu sind Sie, Ihre Verwandten und Bekannten sehr herzlich eingeladen. An beiden Tagen ist der Saal ab 10 Uhr geöffnet und es werden kleine Speisen und Getränke angeboten. Am Sonnabend, dem 23. Juni, wird ein Ausflug zum Gestüt nach Ganschow angeboten. Die Kosten für den Bus mit Führung durch das Gestüt und Vorstellung wertvoller Zuchtpferde mit Trakehner Abstammung einschließlich Kaffee und Kuchen betragen 12 Euro. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr in der Nähe des Bürgerhauses ab. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung mit Angabe der teilnehmenden Personen bis zum 16. Juni an Karin und Günther Büttner, Pustekowstraße 29, 18273 Güstrow, erforderlich. Um 20 Uhr findet im Bürgerhaus ein Heimatabend mit Hans Todt statt. Am Sonntag, 24. Juni, findet um 10 Uhr im Dom zu Güstrow ein evangelischer Gottesdienst statt. Um 11.30 Uhr treffen sich alle Besucher zu einer Feierstunde im Bürgerhaus. Anschließend geselliges Beisammensein und Mittagessen im Bürgerhaus. Zimmer vermittelt die Güstrow-Information, Domstraße 19, 18273 Güstrow, Urlaubs-Hotline, Telefon (018 05) 68 10 68, Fax (0 38 43) 68 20 79.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon / Fax (0 24 05) 7 38 10. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (03 42 03) 3 35 67, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Terminänderung – Das Kirchspieltreffen Heinrichswalde-Neukirch und Weidenau findet vom 19. bis 21. Oktober 2007 statt.

Heimatreisen 2007 – Auch in diesem Jahr finden wieder verschiedene organisierte Reisen in unseren Heimatkreis statt, wobei verschiedene Schwerpunkte bei diesen Reisen gesetzt werden. **18. bis 26. Mai: neuntägige Große Rundreise durch Nordostpreußen**, Reisebegleitung: Peter Westphal, Preis 735 Euro, EZ-Zuschlag 125 Euro. Reisebeschreibung: 1. Tag: Fahrt ab Hannover über Berlin mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute (zum Beispiel an Autobahnraststätten nach Absprache) bis nach Marienburg zur Zwischenübernachtung. 2. Tag: Führung durch die Burganlage, anschließend Weiterreise zum polnisch-russischen Grenzübergang und weiter bis zur Hotelanlage „Forsthaus“. 3. Tag: Geführte Rundfahrt durch den Kreis Elchniederung mit Besuch der wichtigsten Kirchspielorte, auch der Teil unseres Kreises nördlich der Gilge mit Kuckerneese und Karkeln wird besucht. Übernachtung im Forsthaus. 4. Tag: Rundfahrt durch die wichtigsten Städte entlang des Memelstromes über Tilsit, Ragnit bis nach Pillkallen / Schloßberg. Am Abend stimmungsvolles Folklorekonzert im Forsthaus. 5. Tag: Weiterreise in das Samland. Zunächst besichtigen Sie unterwegs Insterburg und das renovierte Gestüt in Georgenburg sowie Gumbinnen mit der Salzburger Kirche. Weiterfahrt vorbei an Trakehnen in die Rominter Heide und weiter über Gerdauen und durch das Pregeltal über Wehlau und Tapiau bis in das Samland. Übernachtung in Rauschen. 6. Tag: Ortsbesichtigung in Rauschen und Ausflug nach Königsberg mit Stadtrundfahrt einschließlich Besuch des wiedererrichteten Doms. Übernachtung in Rauschen. 7. Tag: Samlandrundfahrt mit Besuch von Palmnicken, Kriegsgräbergedenkstätte in Germau und Hafenstadt Pillau. 8. Tag: Rückreise bis nach Schneidemühl zur Zwischenübernachtung. 9. Tag: Heimreise, unterwegs Besuch des polnischen Marktes in Küstrin.

5. bis 14. Juli: zehntägige Sommerfahrt Elchniederung und Masuren Teilnahme an den Veranstaltungen zum Jubiläum des „Tilsiter Friedens“, Reisebegleitung Peter Westphal, Preis 835 Euro, EZ-Zuschlag 145 Euro. Reisebeschreibung: 1. Tag: Fahrt ab Hannover über Berlin mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute (zum Beispiel an Autobahnraststätten nach Absprache) bis nach Danzig-Gdingen. Zwischenübernachtung. 2. Tag: Führung durch die Dreistadt Danzig-Gdingen und Zoppot, anschl. Weiterreise zum polnisch-russischen Grenzübergang mit einem Fotostopp an der Marienburg und weiter bis zur Hotelanlage „Forsthaus“. 3. Tag: Fahrt nach Tilsit mit Stadtführung. Anschließend Teilnahme am Programm zu den Feierlichkeiten zum Jubiläum des „Tilsiter Friedens“ mit internationaler Beteiligung. Übernachtung im Forsthaus. 4. Tag: Fahrt in den Kreis Elchniederung mit Besuch in Rauterskirch und Seckenburg. Anschließend Ortsbesichtigung in Rauterskirch mit Gedenkfeier in der historischen Kirche. Am Nachmittag nochmals Fahrt nach Tilsit mit Besuch des 2006 eingeweihten Soldatenfriedhofes. Rückfahrt über Ragnit, Hohensalzburg, Schillen und Kreuzingen nach Groß Baum. Übernachtung im Forsthaus. 5. Tag: Nochmals Fahrt in den Kreis Elchniederung, insbesondere in die nördlich der Gilge gelegenen Orte mit Besuch von Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse und dem Jagdschloß Pait. Übernachtung im Forsthaus. 6. Tag: Zur freien Verfügung. Für individuelle Ausflugsfahrten stehen Taxis bereit. Am Abend stimmungsvolles Folklorekonzert. Übernachtung im Forsthaus. 7. Tag: Weiterreise nach Masuren mit Besuch von Heilige Linde und Lötzen. Übernachtung in Nikolaiken. 8. Tag: Schiffsfahrt in Masuren, Besuch des Klosters in Eckertsdorf und Stakenkahnfahrt auf der Kruttinna. Kaffeetrinken auf einem ostpreußischen Landgasthof in Zondern. Übernachtung in Nikolaiken. 9. Tag: Weiterreise mit Zwischenstopps über Allenstein, Osterode, Deutsch Eylau, Kulm, Graudenz und Marienwerder auf der Fahrtroute entlang des Weichselstromes. Zwischenübernachtung in Schneidemühl. 10. Tag: Heimreise, unterwegs Besuch des polnischen Marktes in Küstrin. Anfragen zu diesen Reisen oder Anforderung des ausführlichen Programms bei der Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Elchniederung, Reinhold Taudien, Telefon (0 54 41) 92 89 06, oder bei Peter Westphal, Telefon und Fax (0 53 24) 79 82 28.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Dirk Bannick, Telefon (01 71) 5 27 27 14. Gst.: Wiebke Hoffmann, Peiner Weg 23, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 2 23 53, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Beitritt zum „Museumsverein Kreis Rendsburg-Eckernförde“ – Mit Datum vom 23. Februar 2007 ist die Kreisgemeinschaft Gerdauen dem „Museumsverein Kreis Rendsburg-Eckernförde e. V.“ beigetreten. Damit ist unser Heimatmuseum Kreis Gerdauen, das seinen Standort in unserer Patenstadt Rendsburg hat, in die Museumslandschaft der Stadt Rendsburg und des Kreises Rendsburg-Eckernförde eingebunden. Der Museumsverein Kreis Rendsburg-Eckernförde besteht seit zwölf Jahren. Der Verein wurde auf Initiative des damaligen Kreispräsidenten Reimer Struve und des Landrats Gerd Bellmann gegründet. Gleichzeitig wurde ein Faltblatt mit allen beteiligten Museen herausgegeben. Die Auflage ist inzwischen vergriffen. Der Verein gibt in Kürze einen neuen Museumswegweiser heraus, diesmal als Broschüre, und zwar in einer Stärke von 60 bis 70 Seiten. Alle Museen, die Mitglied des Vereins sind, erhalten eine Doppelseite mit Foto in Farbe. Wir freuen uns, über diese Broschüre, die öffentlich ausgelegt wird, auf unsere Heimatstube Kreis Gerdauen zusätzlich aufmerksam machen zu können und den Bewohnern von Rendsburg sowie den Besuchern unserer Patenstadt Anreiz und Zugang zur Besichtigung unserer Heimatsammlung zu geben. Als Ansprechpartner steht dankenswerterweise unser Ehrenvorsitzender Hans Ulrich Gettkant zur Verfügung.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (02 03) 2 83 21 51.

Museum Stadt Königsberg – in Duisburg, Traditioneller Kant-Vortrag: Donnerstag, 26. April, 19 Uhr, Oberstudiendirektor i. R. Guido Karutz: „Der Gedanke der Humanität bei Kant und Herder“. Vortrag im Vortragssaal des Museums, Eingang Karmelplatz 5. Zuvor um 18.30 Uhr, Treffen an der geschmückten Kanttafel im Duisburger Rathausbogen, Einführung: Lorenz Grimoni, Leiter des Museums Stadt Königsberg.

Mitteilung des Museums – Die Ausstellung „Künstlerparadies Kurische Nehrung“ geht am 29. April 2007 zu Ende. Anschließend ist wieder die Ausstellung zur Geschichte und Kultur Königsbergs mit zahlreichen Ergänzungen und kleinen neuen Wechselbereichen zu sehen: Erweiterte Ausstellung zu Immanuel Kant; Frühgeschichtliche Exponate aus der Sammlung der Prussia-Gesellschaft; Die drei Königsberger Logen; Ernst-Wiechert-Zimmer; Neu erworbene Königsberg-Bilder; Königsberger Silber; Jahr des Elches; Vom 7. September 2007 ab zeigen wir eine großes Sonderausstellung „Käthe Kollwitz – Königsberger Jahre“. Für Leihexponate aus der Zeit von 1867 bis 1889 zur Künstlerin sowie zum Königsberg jener Zeit sind wir dankbar, ebenso für die Bereitstellung von Kollwitz-Graphiken. (L. Grimoni, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg). Zuletzt: Die Stadtgemeinschaft hat zur Zeit keine Geschäftsführung. Alle Anfragen bitte an das Museum, Patenschaftsbüro (V. Fischer): Es ist nur montags, mittwochs und freitags von 9 bis 13 Uhr besetzt. (Beim Telefonieren bitten wir um etwas Geduld, unsere Räume sind groß und die Wege zum Telefon weit!)

Mitteilung der Stadtgemeinschaft – Der nächste Königsberger (Sommer-) Bürgerbrief, Nr. 69, mit den Hauptthemen: Krankenhauswesen in Königsberg, Logen in Königsberg, oder der Salzburger Emigration vor 275 Jahren und vielen weiteren interessanten Artikeln und noch nie veröffentlichten Bildern erscheint im Juni 2007. Immer wieder erfahren wir, daß der Bürgerbrief noch nicht bei allen aus Königsberg stammenden Menschen bekannt ist. Bitte weisen Sie darauf hin. Wir können gegen eine Spende auch noch frühere Nummern des Bürgerbriefes abgeben.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 21. April, 20.10 Uhr, N-TV: Hitlers Psyche.
Sonntag, 22. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Montag, 23. April, 22.50 Uhr, MDR: Nackt unter Wölfen.
Dienstag, 24. April, 20.15 Uhr, ZDF: Das Geheimnis der Hindenburg.
Dienstag, 24. April, 20.40 Uhr, Arte: Made in Asia – Der globale Textilmarkt.
Mittwoch, 25. April, 20.05 Uhr, N24: Atomtod in Tschernobyl.
Mittwoch, 25. April, 20.40 Uhr, Arte: Die Nacht von Wildenhagen.
Mittwoch, 25. April, 23.15 Uhr, ARD: Die Lohnsklaven – Was ist Arbeit in Deutschland wert?
Donnerstag, 26. April, 21 Uhr, Phoenix: Medizintourismus.
Freitag, 27. April, 20.15 Uhr, 3sat: „Wir haben doch nichts getan …“



LÖTZEN

Kreisvertreter: Erhard Kawlath, Dorfstraße 48, 24536 Neumünster, Telefon (0 43 21) 52 90 27

Die Kreisgemeinschaft berichtet – Der gesamte Kreisausschuß trat zu einer Sitzung im Heimatmuseum in Neumünster zusammen. Die Tagesordnung war – wie immer – sehr umfangreich. Der wichtigste Punkt jedoch war die Verabschiedung von unserem langjährigen Archivar Paul Trinker, der seinen Posten zum großen Bedauern aller Lötzener zur Verfügung gestellt hatte. Der Kreisvertreter Kawlath bedankte sich für die unermüdliche Arbeit. Paul Trinker hat das Heimatmuseum entscheidend geprägt und alle Schwierigkeiten – bedingt durch die vielen Umzüge – meisterhaft bewältigt. Nun hat die Kreisgemeinschaft Lötzen das große Glück, eine hochqualifizierte und hervorragende Nachfolgerin gefunden zu haben. Es ist Ute Eichler aus Hamburg, die bereits von Paul Trinker eingearbeitet wird und nun Archiv und Heimatstube übernimmt. Die Sitzung verlief wie üblich in guter Atmosphäre. Schatzmeister Klaus Reck legte seinen Kassenbericht vor, den er mit großem Fleiß zusammengestellt hatte. Die Finanzlage ist momentan abgesichert. An der Kreisvertretertagung in Bad Pyrmont hatten der Zweite Vorsitzende Siegfried Koyro und Ute Eichler teilgenommen und berichteten. Die Geschäftsführerin Nora Kawlath hat die gesamten Karteien im Computer zusammengefaßt, was eine enorme Arbeit bedeutete. Es folgten Berichte über den Heimatbrief von Lm. Erdt und dem Kreistagsvorsitzenden L. Rosumek, der die Lötzener bei den „Angerburger Tagen“ vertreten hatte. Am 15. und 16. September 2007 findet in Lötzen aus Anlaß des 180jährigen Bestehens der evangelischen Kirche und 45jährigen Bestehens des Kirchenchores ein Fest statt, neben Lm. Trinker und E. Kawlath sind alle Lötzener herzlich eingeladen. Lm. Kawlath wird als Geschenk 500 Euro an den Kirchenvorstand übergeben. Es wurden bei der Sitzung Spenden an das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg, an die Behindertenschule in Lötzen und an das Kinderheim in Rodental beschlossen. In Rostock treffen sich zum zwölften Mal, am 1. September, die Ostpreußen (Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern). Daran nehmen der Kreisvertreter und der Zweite Vorsitzende teil.

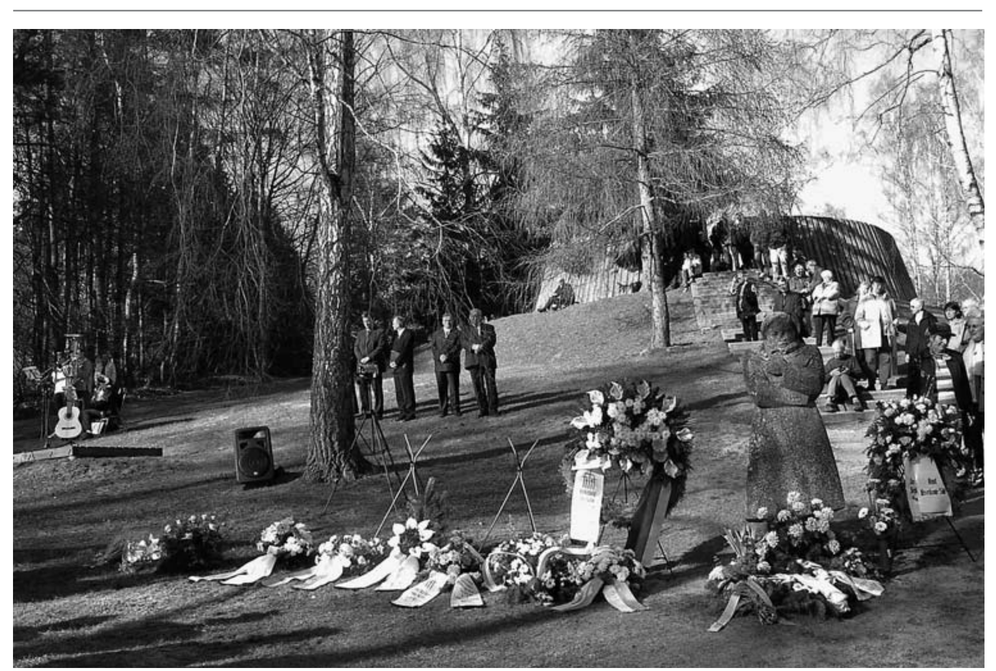


RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (0 43 81) 43 66, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (02 81) 2 69 50

Reise der Kreisgemeinschaft – Die nächste Fahrt findet vom 2. bis 10. Juni statt. Die Reise geht über Berlin, die Kaschubische Schweiz, Danzig weiter nach Rastenburg.

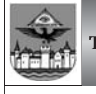
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 21



Golm / Insel Usedom – Vertreter der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern (M.-V.) nahmen an der jährlichen Gedenkfeier für die Opfer von Swinemünde teil. Bei dem sinnlosen amerikanischen Bombenangriff vor 62 Jahren kurz vor Kriegsende sind schätzungsweise 23 000 Zivilisten umgekommen, darunter zahlreiche Flüchtlinge aus Ostpreußen. Bis heute sind die meisten namenlos. Die Gedenkfeier gestaltete die Jugendbegegnungsstätte des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Kamminke. Dazu waren auch zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Verwaltung sowie rund 300 Besucher erschienen. Der Landesvorsitzende der Ostpreußen in M.-V., Manfred Schukat, legte zum Gedenken ein Gebinde nieder. Foto: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

Vom Rastenburger Hotel Koch werden wir Lötzen, Nikolaiken, Allenstein und die Johannisburger Heide besuchen. Zudem sind zwei Tage für individuellen Gestaltung in Rastenburg vorgesehen, die es Ihnen ermöglicht, die Stadt und den Kreis zu befahren und alte wie neue Freunde zu treffen. Nutzen Sie den Kontakt der mitreisenden „Alt-Rastenburger“, die Ihnen gerne über die Geschichte von Stadt und Kreis berichten werden. Informationen und Anmeldungen in der Geschäftsstelle Wesel, Telefon (02 81) 2 69 50, Dienstag und Freitag, 8 bis 12 Uhr. Zur Einstimmung empfehlen wir den Bildband von D. B. Wulf und R. Tiesler „Das war unser Rastenburg“, erhältlich bei der Geschäftsstelle in Wesel für 20 Euro.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Tel. (02 02) 4 60 02 34, Fax (02 02) 4 96 69 81. Geschäftsstelle: Helmut Pohlmann, Tel. (0 46 24) 45 05 20, Fax (0 46 24) 29 76, Rosenstraße 11, 24848 Kropp

Neuer Kreistag – Auf der Mitgliederversammlung in Lüneburg wurde für die nächste Wahlperiode eine neuer Kreistag gewählt. In seiner konstituierenden Sitzung erfolgte die Wiederwahl von Hartmut Preuß zum Vorsitzenden und Kreisvertreter, Klaus-Dieter Metschulat zum Schatzmeister und Eva Lüders zur Geschäftsführerin. Ferner wurden in den Kreisausschuß Hans Dzieran, Hans-Ulrich Gottschalk, Walter Klink und Dieter Neukamm ohne Gegenstimmen gewählt. Dem Vorstand gehören weiterhin die Kirchspielvertreter und Revisoren an. Ehrenvorsitzender Albrecht Dyck wünschte dem neuen Kreistag viel Erfolg. Dem ausscheidenden Geschäftsführer Helmut Pohlmann wurde für seine langjährige verdienstvolle Tätigkeit gedankt und die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

Heimatreise – Zehntägige Busreise nach Tilsit-Ragnit und Rauschen, vom 5. bis 14. Juli, wird von Klaus-Dieter Metschulat als Reiseleiter begleitet. 1 Tag: Abfahrt des Busses in Mönchengladbach-Rheydt, Zusteigemöglichkeiten unter anderem in Bochum, Hannover und Berlin-Schönefeld. Weiterreise zum Grenzübergang Küstrin, weiter nach Schneidemühl / Pila. Abendessen und Übernachtung im Hotel Gromada. 2. Tag: Nach dem Frühstück Weiterreise unter anderem über Marienburg, wo ein kurzer Fotostop eingelegt wird. Von da geht es weiter nach Tilsit oder Ragnit. Abendessen und Einquartierung im gebuchten Hotel. 3. Tag: Nach einer Stadtbesichtigung gibt es Gelegenheit zur Teilnahme an den voraussichtlichen Feierlichkeiten zum Jubiläum des „Tilsiter Friedens“. Abordnungen der damaligen Kriegsparteien werden dabei in historischen Uniformen auftreten. Abendessen und Übernachtung in Tilsit und Ragnit. 4. Tag: Dieser Tag steht jedem zur freien Verfügung (Besuch der Heimatdörfer) – Taxen (auf eigene Kosten) können vermittelt werden – oder Tagesausflüge zu einer Stadtbesichtigung nach Insterburg. Unterwegs: Besuch des Heimatmuseums in Breitenstein und in Georgenburg Besuch des Pferdegestüts mit Führung. Abendessen und Übernachtung in Tilsit und Ragnit. 5. Tag: Über Labiau und Königsberg (große Stadtrundfahrt) geht es nach Rauschen. Dort Abendessen und Übernachtungen. 6. Tag: Stadtrundgang durch das Ostseebad hinunter zur Strandpromenade. Der Nachmittag steht jedem zur freien Verfügung, oder man schließt sich einem Ausflug nach Palmnicken (Bernsteintagebau) an. Anschließend Besuch der nahegelegenen Kriegsgräbergedenkstätte in Germau. Abendessen und Übernachtung in Rauschen. 7. Tag: Tagesausflug zur Kurischen Nehrung. Dort wird unter anderem in Rossitten die berühmte Vogelwarte besichtigt. Abendessen und Übernachtung in Rauschen. 8. Tag: Über Königsberg geht es bis nach Danzig. In Frauenburg wird, wenn es die Zeit erlaubt, die Burganlage mit der Ordenskirche besichtigt. Es wird Halt gemacht am ehemaligen Gestüt und Gutsbesitz von Kaiser Wilhelm II. in Cadinen. Anschließend Fotostop am Oberlandkanal (Elbing). Abendessen und Übernachtung in Danzig. 9. Tag: Nach dem Frühstück Stadtbesichtigung von Danzig. Weiterreise durch das Lauenburger Land nach Stettin, kurze Stadtrundfahrt zur Altstadt, Berliner Tor, Schloß der Pommerschen Herzöge und zum Hafen. Abendessen und Übernachtung im Hotel Radisson. 10. Tag: Rückreise erfolgt mit den Ausstiegen wie Einstiegen auf der Hinreise. Nähere Informationen und Anmeldungen beim Reiseveranstalter in Witten-Heven, Telefon (0 23 02) 2 40 44, Fax (0 23 02) 2 50 50 oder Klaus-Dieter Metschulat, Telefon (0 21 66) 34 00 29, Fax (0 21 66) 39 17 66.



WEHLAU

Kreisvertreter (kom.): Hans Schlender, Telefon (0 4 0) 20 97 67 35, Fax (040) 20 97 30 80, Schellingstraße 100, 22089 Hamburg, E-Mail: hans.schlender @freenet.de

10. Kirchspieltreffen Groß Schirrau – Herzlich eingeladen sind alle Landsleute aus dem Kirchspiel Schirrau und der Umgebung zu unserem Treffen vom 8. bis 10. Juni 2007 im Hotel Neetzer Hof in 21398 Neetze bei Lüneburg. Das Treffen beginnt am Freitag, 8. Juni, 17 Uhr, mit der Begrüßung im kleinen Saal und dem anschließenden traditionellen Spargelessen. Nach dem Essen wird uns Ruth Geede mit ihren kleinen Gedichten, Geschichten und Erzählungen erfreuen. Für den Sonnabend ist ein Busausflug vorbereitet. Wir fahren nach Jork und Steinkirchen ins Alte Land und besichtigen dort eine wunderschöne alte Kirche mit einer berühmten „Arp-Schnittger-Orgel“. Selbstverständlich mit sachkundiger Führung. Der Bus bringt uns danach zum Schiffsanleger in Lühe. Von dort aus fahren wir mit der Fähre über die Elbe nach Schulau. Hier im „Schulauer Fährhaus“ werden wir uns von den Anstrengungen des Vormittags erholen, bei hoffentlich schönem Wetter den Ausblick auf die Elbe genießen, die Schiffsbegrüßungsanlage erleben, eine Kleinigkeit essen, und, wenn die Zeit es erlaubt, das hauseigene kleine Museum besichtigen. Am frühen Nachmittag holt uns unser Bus zu einer großen Stadtrundfahrt durch Hamburg ab. Eine Reiseleiterin wird uns viele und interessante Sehenswürdigkeiten Hamburgs zeigen und uns schließlich in das gemütliche „Seeterrassen-Café“ in „Planten und Blomen“ führen, wo wir uns mit Kaffee und Kuchen stärken können. Nach der Stadtrundfahrt geht es direkt zurück nach Neetze zum Abendessen. Ausgiebiges „Plachandern und Schabbern“ ist für den Abend angesagt. Mit einem ausgedehnten gemeinsamen Frühstück am Sonntag klingt unser Treffen langsam aus. Ich freue mich schon auf eine große Teilnehmerschar, gebe gern weitere Auskünfte und nehme auch Ihre Anmeldung entgegen: Magdalena Dörfling, Herrmann-Kröger-Straße 10, 23669 Timmendorfer Strand. Telefon (0 45 03) 67 18.

... und kein bißchen leise

Seit 15 Jahren findet in Mitteldeutschland aktive Heimatarbeit statt

Von Friedhelm Schülke



Ein gern gesehener Gast: Die Folkloregruppe Wandersleben bei ihrem Auftritt Foto: privat

Vor 15 Jahren – am 27. Juni 1992 – wurde in Schwerin die Landesgruppe der Ostpreußen gegründet. Denn gerade hier, im heutigen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, fanden 1945 und danach fast eine Million Flüchtlinge eine Bleibe. Ein Viertel davon waren Ostpreußen. Und deren Heimatliebe ist bis heute ungebrochen: So kamen zum Jubiläums-Heimattreffen wieder fast 600 Landsleute aus der näheren und weiteren Umgebung nach Anklam. Das „Volkshaus“ war mit leuchtenden Forsythien, frischem Tannengrün, den Fahnen und Schildern aller 40 ostpreußischen Heimatkreise prächtig ausgeschmückt. Mit einem musikalischen Blumenstrauß bunter Frühlings- und Heimatlieder eröffnete der Anklamer Gesangverein das Jubiläumstreffen. Das geistliche Wort sprach der Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche, Dr. Hans-Jürgen Abromeit, dessen Vater aus dem Kreis Tilsit-Ragnit stammt. Der Ehrengast thematisierte den Begriff „Heimat“ aus christlich-theologischer Sicht. Die Kirche hat vor allem nach dem Kriege viel Seelsorgearbeit an den heimatlosen Ost-Flüchtlingen geleistet und den Menschen Trost und Halt vermittelt. Dr. Abromeit lud die Ostpreußen ein, auch heute die christliche Botschaft anzunehmen und die Angebote der Kirche zu nutzen. Weitere Ehrengäste waren der CDU-Bundestagsabgeordnete Ulrich Adam aus Greifswald, der Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Schubert aus Ducherow, und der Anklamer Bürgerschaftsvorsteher Karl-Dieter Lehrkamp – sie begleiten seit Jahren die Heimatarbeit in Anklam.

Ausblick und Rückblick

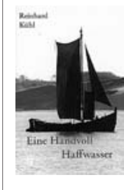
Landesvorsitzender Manfred Schukat verwies in seinem Rechenschaftsbericht auf die seit 15 Jahren nicht nachlassenden Besucherzahlen. Vor allem die elf Landestreffen erfreuten sich seit 1996 großem Zuspruchs, so 2005 in Schwerin mit 2300 Gästen und 2006 in Neubrandenburg mit 1900 Besuchern. Dies ist aber kein Grund zu Stolz und Selbstzufriedenheit, sondern vielmehr zu Freude und Dankbarkeit. Manfred Schukat nannte nicht nur Zahlen und Daten der zurückgelegten 15 Jahre, sondern vor allem die Namen vieler Landsleute, die sich um die Ostpreußenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern verdient gemacht haben: Fritz Taschke, Fritz Kahnert, Günter Tennigkeit, Heinz und Erika Wittkowski, Franz Behrendt, Erna Höltke, Helga Hartig, Heinz Rutkowski, Margarete Kischel, Siegbert Schulz, Gerold Reichelt, Joachim Jux, Dr. Hartmut Spies, Dr. Friedrich Hahn, Dr. Hans-Joachim Mohr, Manfred Mohr, Charlotte Gassert, Herbert Gronenberg, Wilhelm Peise, Edith Dilba, Anni Sager, Benno Krutzke, Helga Allmendinger, Doris Festersen, Werner Bednarski, Arno Schulz, Brigitte Schünemann, Hildegard und Armin Neumann, Helga Pundt, Hans-Jürgen Sköries, Günter Büttner, Joachim und Bruno Bläsing, Hanna und Susanna Potreck, Waldemar Groß und und und ... . Ostpreußengruppen entstanden in Schwerin, Rostock, Anklam, Friedland, Neubrandenburg, Neustrelitz, Stralsund, Ludwigslust, Parchim, Rerik, Wismar, Güstrow, Waren, Boizenburg, Ueckermünde-Ferdinandshof; parallel dazu wurden Heimatgruppen der Ermländer, Memelländer, Insterburger und Angerburger gegründet, nicht zu vergessen die Danziger und Westpreußen sowie die Landsleute aus Wizajny / Kreis Suwalki. Zum Schluß seines eindrucksvollen Berichtes lud Manfred Schukat alle Landsleute zum 12. Landestreffen am 29. September 2007 in der Stadthalle Rostock ein, der Hauptveranstaltung 2007 für alle Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern.

Zur Feier des Tages wurden die Gäste mit einer Saalrunde „Bärenfang“ überrascht. Mit dieser hochprozentigen ostpreußischen Spezialität stießen die Besucher auf das Jubiläum, die Gesundheit und hoffentlich noch so manches schöne Ostpreußentreffen an. Nach einem Tusch erfreute Ostpreußen-Sänger Bernd Krutzinna alias BernStein seine alten und neuen Fans mit seinem beliebten Repertoire. Inzwischen war aus dem fernen Thüringen die ostpreußische Folkloregruppe Wandersleben im Volkshaus angekommen. Unter der Leitung des Ehepaares Rommeiß hatten die Sängerinnen und Sänger ein umfangreiches Programm einstudiert. In ihren bunten Trachten und Kostümen weckten sie mit heimatlichen Liedern, Gedichten, Einlagen und Volkstänzen viele Erinnerungen und ernteten dafür starken Beifall. Mit diesem schönen Kulturprogramm sollte den Ostpreußen ein kleiner Dank für 15 Jahre Treue zurückgegeben werden. Die ungeteilte Anerkennung aller galt auch wieder den 40 ehrenamtlichen Helfern und Mitarbeitern des BdV Anklam, die mit der festlichen Dekoration, dem Einlaß, der Essenausgabe, dem Büchertisch und dem Verkauf von Bärenfang und Königsberger Marzipan für einen harmonischen Verlauf sorgten.

Bärenfang und Heimatklang

Absonderlich

Eine Reisebeschreibung der anderen Art



Lilo hat es nicht ganz einfach. Erstens hat die Westdeutsche überhaupt keine Lust, ihren Lebenspartner Reinhard auf seiner Reise nach Polen und Litauen auf der Suche nach dem alten Ostpreußen zu begleiten, und dann ist der Mann auch noch von Beruf Lehrer, und zwar einer von der Sorte, die immer, 24 Stunden am Tag, ihr Wissen mit anderen teilen müssen. Daß Lilo es also bei der Reise nach Ostpreußen nicht leicht hatte, gibt Reinhard Kühl in seinem Reisebericht „Eine Handvoll Haffwasser“ offen zur Kenntnis. Wobei der Leser den Gleichmut der Frau, mit der sie die Privatunterrichtsstunden ihren Partners, aber auch den sehr eigenwilligen Charme ihres Urlaubsziels erträgt, zu bewundern lernt.

„Gräßlich nach Alkohol habe der gerochen, sagt Lilo. Dennoch hat uns der Mann den Weg in eine sehenswerte, knorrige Bilderbuchallee gewiesen, die uns nur leider bald für mein Gefühl zu sehr nach Osten abdriften läßt ... Die Straße ist schmal wie keine bisher und bietet eine unerschöpfliche Auswahl an Schlaglöchern. Kilometer um Kilometer stellt unser Wagen seine gute Federung unter Beweis, während eindrucksvolle Belege landschaftstypischer Vegetationsformen zu beiden Seiten auf- und niederwippend vorüberziehen, leider ohne daß Lilo erkennen ließe, auch nur das mindeste davon in Erfahrung bringen zu wollen.“

Leider trennen sich die Wege der beiden Reisenden – und ihres Autos. Letzteres wird nämlich entwendet und auch die dortige Polizei weiß keinen Rat.

Obwohl das westdeutsche Paar auch viele sympathische Leute auf seiner Reise kennenlernt, viel Interessantes zu sehen bekommt und Skurriles erlebt, beschreibt „Eine Handvoll Haffwasser“ eine ziemlich absonderliche Reise in ein Ostpreußen, das nicht jeder heimatvertriebene Ostpreuße kennenlernen möchte.

Reinhard Kühl: „Eine Handvoll Haffwasser“, *battert-verlag, Baden-Baden 2006, geb., 151 Seiten, 21 Euro*

Heimattreffen

Hamburg – Sonntag, 6. Mai, 10 Uhr, findet ein ostpreußischer Heimatgottesdienst in der St. Johanniskirche, Bremerstraße 9, Hamburg-Harburg statt. Musikalisch begleitet wird die Veranstaltung von Edelgard Jassevizz (Solistin) und Wolfgang Heimann (Orgel). Die Predigt hält Pastor Bernd Kühler. Anschließend gibt es ein gemütliches Beisammensein im Gemeindesaal bei Tee, Kaffee und Gebäck. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen. Weitere Auskünfte erteilt gerne Kurt Wendland, Telefon (0 40) 7 60 28 31.

Seeboden – Das traditionelle „Ferientreffen der Ost- und Westpreußen und Pommern“ findet vom 11. bis 18. Juni 2007 in der Marktgemeinde Seeboden in Kärnten am Millstätter See statt. Weitere Auskünfte erteilt das Tourismusbüro Seeboden, Hauptplatz 1, A-9871 Seeboden, Telefon 00 43 (47 62) 8 12 10.

Veranstaltungskalender der Landsmannschaft Ostpreußen

5. / 6. Mai: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.
2. bis 9. Juni: 9. Werkwoche in Ostpreußen (Allenstein).
28. bis 30. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
16. bis 22. Oktober: 53. Werkwoche in Bad Pyrmont.
26. bis 28. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont.
3. / 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Nähere Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26. Auf die einzelnen Veranstaltungen wird in der Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt *noch gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

Nachruf für Wilhelm von der Trenck

Dieser große Ostpreuße und aufrichtige Patriot verstarb am 30. März 2007

Der Verstorbene erblickte am 10. November 1919 als ältester von fünf Geschwistern auf dem väterlichen Gut Zohlen im Kreis Pr. Eylau / Ostpreußen das Licht der Welt. Er starb am 30. März 2007 im 88. Lebensjahr an seinem Wohnort Weinheim in Baden-Württemberg. Der Verstorbene hat im Laufe seines Lebens in herausragenden Positionen Deutschland, Ostpreußen und den Ostpreußen gedient.

Das Abitur bestand Trenck 1939 am traditionsreichen Wilhelms-Gymnasium in Königsberg. Im gleichen Jahr trat er beim Reiterregiment 11 in Angerburg als Offiziersanwärter in die Wehrmacht ein. Im Zweiten Weltkrieg wurde er dreimal verwundet und mehrmals ausgezeichnet. Am Ende des Krieges war er Hauptmann, 25 Jahre alt und gezwungen, wie alle aus seiner Generation, die den Krieg überlebt hatten, sich beruflich neu zu orientieren.

Schon früh diente er seinem Land

In der Zeit zwischen 1945 und 1948 absolvierte der Ostpreuße zunächst eine landwirtschaftliche Lehre und anschließend eine Gärtnerlehre. Nach dem Besuch der höheren Landbauschule und einer praktischen Tätigkeit als Gutsverwalter studierte Wilhelm von der Trenck an der Justus-von-Liebig Universität in Gießen Landwirtschaft. Er beendete das Studium 1955 mit dem Examen zum Diplomlandwirt. Nach einer weiteren kurzen Tätigkeit als Gutsverwalter wurde der Verstorbene 1956 als Berufsoffizier reaktiviert und in die neu geschaffene Bundeswehr übernommen. 1959 wurde er zum Major und 1968 zum Oberstleutnant befördert.

Der Verstorbene konnte fast zehn Jahre als Lehroffizier an der Heeresoffiziersschule seine Weltkriegserfahrung an junge Soldatengenerationen weitergeben. 1976 schied er mit Erreichung der Altersgrenze aus dem aktiven Dienst der Bundeswehr aus.

Wilhelm von der Trenck war seit 1947 mit Dorothea geborene Springmann verheiratet. Das Ehepaar hat einen Sohn und zwei Töchter.

Schon frühzeitig übernahm er Verantwortung für seine heimatvertriebenen ostpreußischen Schicksalsgefährten. 1964 wurde er Kreistagsmitglied seiner Kreisgemeinschaft. Seit dem Sommer 1971 war er stellv. Kreisvertreter und von 1977 bis 1991 Kreisvertreter der Heimatkreisgemeinschaft Pr. Eylau. Ebenfalls ab 1971 übernahm er für eine Wahlperiode als Mitglied des Bundesvorstandes Verantwortung für die Landsmannschaft Ostpreußen. Von 1976 bis 1978 bekleidete er zusätzlich das Amt des stellv. Landesgruppenvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Hamburg. Das gleiche Amt hatte er von 1988 bis 1990 bei der Landesgruppe Baden-Württemberg inne.

Er war patriotisch in seinem Denken und Handeln. Heimat war für ihn mehr als ein Wort

Über zwei Jahrzehnte, von 1977 bis 1998 diente Wilhelm von der Trenck Ostpreußen und den Ostpreußen in der Funktion des Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen. Hier hat er segensreich gewirkt und im Zusammenwirken mit Pfarrer Marienfeld und Pfarrer E. A. Marburg die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen zu einer bedeutsamen landsmannschaftlichen Organisation gemacht. Der preußischen Genossenschaft des Johanniterordens gehörte er seit 1965 an. Sein ganzes ehrenamtliches Engagement für Ostpreußen war dem Bemühen untergeordnet, die Einheit der Ostpreußen zu wahren und die Ostpreußen als geschlossene Volksgruppe nach außen dazustellen. Die Landsmannschaft Ostpreußen ehrte den Verstorbenen schon 1987 mit der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens. Im Jahre 1995 erhielt er für seine besonderen Verdienste die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik.

Sein soziales Engagement war ihm selbstverständlich

Seine Familie und eine größere Trauergemeinde geleitete Wilhelm von der Trenck am 5. April 2007 zu Grabe. Ebenfalls dabei die Spitze der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau mit Herrn Kreisvertreter Martin Lehmann und Herrn Dr. Horst Hüttenbach. Den Höhepunkt der Feierstunde bildete das Ostpreußenlied, das von der Familie und Freunden vierstimmig gesungen wurde; ein ergreifender Moment und eine würdige Ehrerbietung dem Verstorbenen gegenüber.

Ein großer Ostpreuße und aufrichtiger deutscher Patriot wurde abberufen. Wilhelm von der Trenck bleibt seinen Weggefährten unvergessen. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Wilhelm v. Gottberg

Christus ist auferstanden!
Er ist unsere Hoffnung.

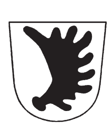
Wir müssen Abschied nehmen von

Wilhelm von der Trenck

Fast 25 Jahre war er Vorsitzender der „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen“ (GeO).

Wir danken ihm für seine verdienstvolle Tätigkeit.

Im Namen der GeO
Erhard Wolfram (1. Vorsitzender)



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von



Wilhelm von der Trenck

geboren am 10. November 1919 in Königsberg/Pr.
gestorben am 30. März 2007 in Weinheim

Der Verstorbene war von 1971 – 1974 Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen. Als Kreisvertreter der Heimatkreisgemeinschaft Pr. Eylau setzte er sich in den Jahren 1977 – 1991 in vorbildlicher Art und Weise und mit hohem persönlichen Engagement für die ostpreußische Heimat ein.

In seiner Funktion als langjähriger Vorsitzender der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen war Wilhelm von der Trenck unter anderem an der Herausgabe des Mitteilungsblattes sowie an der Ausrichtung des jährlich stattfindenden ostpreußischen Kirchentages beteiligt. Der Wiederaufbau des Königsberger Domes und der Erhalt ostpreußischer Kirchen waren ihm besondere Anliegen.

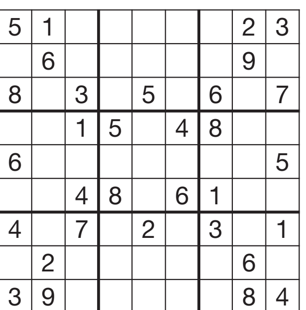
In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Heimat und Vaterland hat die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Wilhelm von der Trenck im Mai 1987 das Goldene Ehrenzeichen verliehen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

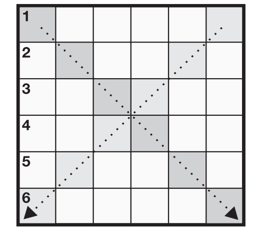
Dr. Wolfgang Thüne	Wilhelm v. Gottberg	Friedrich-Wilhelm Böld
Stellv. Sprecher	Sprecher	Schatzmeister

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonalrätsel



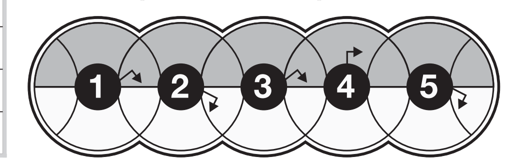
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Wasserfahrzeuge.

1 zerstreut, unruhig
2 Form; Schnitt, Sitz
3 Gabe, Schenkung
4 engl. Stadt bei Manchester
5 Nervenzentrum
6 stürzende Schneemasse

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein tragbares Rundfunkgerät.

1 Reinfall, großer Misserfolg, **2** Vorrichtungen zum Anfassen, **3** Aufseher in einem Nationalpark, **4** Schmuckstein, Feldspat, **5** Senderaum



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. fahrig, 2. Fasson, 3. Spende, 4. Oldham, 5. Gehirn, 6. Lawine – Faehre, Gondel

Kreiskette: 1. Fiasko, 2. Griffe, 3. Ranger, 4. Adular, 5. Studio – Kofferradio

Sankt Georg: Die bulgarische Ikone zeigt den Heiligen als Drachentöter. Foto: Archiv

Vom Märtyrer zum Drachentöter

Sankt Georg wurde zum beliebtesten Heiligen

Von Manfred Müller

Georg, Jörg, Jürg, Jürgen – viele Deutsche tragen diesen schönen Vornamen, wissen aber wenig über ihren Namenspatron, dessen Festtag am 23. April begangen wird. Georg (aus dem Griechischen: Bauer, Landmann) war ein römischer Soldat im Offiziersrang. Er stammte aus Kapadozien und erlitt unter Kaiser Diokletian um 303 den Märtyrertod. Die Legende von der Glaubensstärke Georgs im Martyrium (und den damit zusammenhängenden Wundern) wurde im 11. Jahrhundert von der Drachenkampf-Legende überlagert: Ritter Georg kämpft mit der Hilfe Gottes und in tapferem Einsatz seiner Person einen Drachen nieder, rettet dadurch eine Prinzessin und bewirkt die Massentaufe der Menschen, die bislang Götzen gedient und unter dem Wüten des Drachen gelitten hatten. Noch stärker als diese Legende wirkten Berichte, die europäische Kreuzfahrer in ihre Heimatländer mitbrachten. Den Kreuzrittern, die 1099 Jerusalem erstürmten, soll, als ihre Kraft zu schwinden drohte, Sankt Georg als weißer Ritter erschienen sein und sie zu einer letzten Kraftanstrengung befähigt haben. Die visionär erregbaren Kreuzfahrer erzählten ähnliche Begegnungen auch von anderen Schlachtorten, so daß Sankt Georg bald zum Schutzpatron der Kreuzfahrer und der gesamten Ritterschaft wurde.

Christliche Ritterheere zogen unter seinem Feldzeichen und mit seinem Namen als Schlachtruf in den Kampf. Viele Kirchenpatrozinien (besonders bei Schloßkapellen und bei Kirchen, die unter Förderung von Adeligen gebaut wurden) bezeugen die Beliebtheit dieses Heiligen. Bruderschaften stellten sich unter seinen Schutz, und bei den Bauern wurde er zum Viehpatron (Pferdesegen). Bestimmte Städte, Völker und Länder vertrauten sich dem Schutz des Dämonenbezwingers an. So etwa Konstantinopel, Stockholm, Moskau, Venedig, Genua, Barcelona; Georgien, Griechenland, Schweden, England. In England genoß Sankt Georg seit den Tagen des Kreuzfahrers Richard Löwenherz eine überaus große Popularität, die auch durch die Einführung der Reformation kaum gebrochen werden konnte.

Die Georgsverehrung in deutschen Landen spiegelt sich im deutschen Liedgut. Aus der Zeit der Bauernkriege ist „Schenkenbachs Reiterlied“ überliefert, dessen erste Strophe sich an „Mariam die reine Magd“ richtet, während die zweite Strophe mit „Sankt Jörg, du edler Ritter“ beginnt. Ihn sehen die berittenen Söldner, die gegen aufständische Bauern eingesetzt werden, als ihren eigentlichen Anführer an („Rottmeister sollst du sein“). Er soll ihre „Rotte“ vor elendigem Untergang bewahren und ihnen auch gegen ihren irdischen Anführer helfen, wenn dieser allzusehr auf Einhaltung der Kriegszucht dringen sollte. Letzteres ein Anzeichen dafür, wie schnell religiöse Substanz bei volkstümlicher Ausformung der Heiligenverehrung verlorengehen konnte.

Um 1900 schrieb der österreichische Priesterdichter Ottokar Kernstock sein Lied auf „Sankt Jürg“. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es in der deutschen Jugendbewegung vertont und sehr beliebt, da Georg in zahlreichen jugendbewegten Bünden als ritterliche Leitfigur gesehen wurde.

Hochpolitisch ist Georg Thurmairs Georgslied von 1934 (sofort vertont von Adolf Lohmann): „Wir sind im Kampfe und im Streit mit dieser bösen Weltenzeit, die über uns gekommen ...“ Thurmair (nach dem Zweiten Weltkrieg lange Chefredakteur der „Münchner Kirchenzeitung“) war damals Aktivist im Katholischen Jungmännerverband Deutschlands. Sein Lied steckt voller Anspielungen auf den beginnenden Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Besonders brisant ist die dritte Strophe, konnte man sie doch auf Reichspropagandaminister Joseph Goebbels beziehen: „Die Lüge ist gar frech und schreit und hat ein Maul so höllenweit, die Wahrheit zu verschlingen ...“

Dieses Lied hätte natürlich gut in ein katholisches Liederbuch der DDR gepaßt, aber dort vermied man es, die Machthaber mit einem solchen Lied zu reizen. Das in Leipzig 1957 erschienene Gebetbuch „Lehre uns beten“ führt Sankt Georg unter den 14 Nothelfern als deren ersten auf: „St. Georg schützt in Kriegs- und Glaubensgefahren.“ In einem entsprechenden Gebet heißt es: „Heiliger Georg, hilf uns in unserer Not!“ Weitere Georgslieder sind im deutschen Zweig der weltweiten Pfadfinderbewegung entstanden. Eines der schönsten endet mit der Anrufung des Heiligen: „Du, aller Jugend Bannerheld! St. Jürg, reit uns voran!“

Rußlands Versuch eines Großbulgariens scheitert

Vor 130 Jahren begann der Krieg zwischen dem Zaren- und dem Osmanischen Reich, der zum Berliner Kongreß führte

Von Manuel Ruoff

Die Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden benachbarten Reichen der Russen und der Osmanen ist voller Kriege. Gerne rechtfertigten die orthodoxen Christen in Rußland ihren Griff nach dem Balkan mit der moralischen Pflicht, die unter osmanischer und damit islamischer Herrschaft lebenden Glaubensbrüder zu schützen. Nach der Ausbreitung des Nationalismus vom Westen Europas über die Mitte hin zum Osten kam als weiteres weltanschauliches Motiv der Panslawismus hinzu, also das Streben, alle Slawen (unter russischer Herrschaft) zu einen.

Nach den von den Osmanen begangenen sogenannten bulgarischen Greueln erklärte das Zarenreich dem sogenannten kranken Mann am Bosporus am 24. April 1877 den Krieg. Wie kaum anders zu erwarten war, gewann die Großmacht trotz beachtlicher Einzelerfolge der Osmanen diese Auseinandersetzung. Am 3. März 1878 diktierte der Sieger dem Besiegten den Frieden von San Stefano. Rußland erhielt vom Osmanischen Reich im Kaukasus Batum, Kars, Ardahan und Bajesid sowie von Rumänien nun auch den südlichen Teil des damals schon umkämpften Bessarabien. Rumänien erhielt dafür als Kompensation die Dobrudscha und wurde unabhängig – wie auch Serbien und Montenegro, die zudem vergrößert wurden. Schließlich wurde ein großbulgarisches autonomes Fürstentum geschaffen, das von Mazedonien im Westen bis zum Schwarzen Meer im Osten und von der Donau im Norden bis zur Ägäis im Süden reichte.

Dieses Großbulgarien widersprach dem österreichisch-russischen Budapester Vertrag vom 15. Januar 1877, in dem Rußland Österreich für den Fall eines Kriegssieges nicht nur zugesagt hatte, daß es Bosnien und Herzegowina besetzen und verwalten dürfe, sondern auch, daß ihm die Schaffung eines „großen, kompakten, slawischen Staates“, der Anziehungskraft auf die slawischen Völker in der Donaumonarchie ausüben könnte, erspart bleibe.

Neben der Doppelmonarchie war auch Großbritannien gegen den Frieden von San Stefano. Die Briten fürchteten, daß die Großmacht Rußland über den Ägäiszugang des von ihr geschaffenen Großbulgarien Englands Verbindungslinie nach der Kolonie Indien bedrohen könne. Als unmißverständliche Kriegsdrohung verlegten die Angelsachsen eine Flotte in das Marmarameer.

Deutschland mußte sich um des lieben Friedens willen einmischen

Österreichs Außenminister, Gyula Graf Andrássy, schlug in dieser Situation zur Revision der Friedensbestimmungen von San Stefano einen internationalen Kongreß vor. Rußlands Außenminister Alexander Michailowitsch Gortschakow erkannte, daß der russisch-osmanische Friedensvertrag in seiner ursprünglichen Fassung gegenüber der Staatengemeinschaft nicht durchsetzbar war, und stimmte zu. Da er jedoch einen zweiten Wiener Kongreß verhindern wollte, schlug er Berlin als Veranstaltungsort vor, ein Vorschlag, der angenommen wurde. Stimmberechtigte Teilnehmer waren neben den Kriegsparteien Rußland und dem Osmanischen Reich sowie dem Gastgeber die Großmächte Großbritannien, Österreich, Frankreich und Italien.

Die Wahl von Berlin als Kongreßort brachte dem jungen Deutschen Reich zwar Renommee, doch seinen Kanzler, Otto Fürst von Bismarck, in eine mißliche Lage. Das Reich war, wie Bismarck es so schön formulierte, „saturiert“, und hatte kein (direktes) Interesse am Balkan, insofern auch kein (direktes) Interesse, sich in den Zwist einzumischen. Bismarck fürchtete jedoch, daß der Zwist das Potential zu einem großen Krieg zwischen den Großmächten habe, aus dem sich das Reich mit seiner zentralen Lage in Europa nicht würde heraushalten können. Schlug das Reich sich auf die Seite Österreichs und Großbritanniens war zu befürchten, daß sich die revanchelüsterne Französische Republik auf die Seite Rußlands schlagen würde. Deutschland hätte dann einen Zweifrontenkrieg, während sich die Briten entsprechend ihrem außenpolitischen Ideal der „Splendid Isolation“ (großartige Isolation) dezent auf ihrer Insel zurückhalten würden. Schlug sich hingegen das Reich auf die Seite Rußlands war damit zu rechnen, daß sich Frankreich auf die Seite Großbritanniens und Österreichs schlagen würde. Das Reich würde dann in einer Zweierallianz mit Rußland einer Dreierallianz gegenüberstehen und als westlicherer der beiden Bündnispartner die Hauptlast des Krieges zu tragen haben. Das junge, noch ungeformte Reich konnte in einem Krieg viel verlieren, bis hin zu seiner Existenz. Es konnte jedoch nichts gewinnen, da die Krieg-in-Sicht-Krise erst wenige Jahre zuvor deutlich gemacht hatte, daß die anderen Großmächte eine weitere Stärkung Deutschlands nicht akzeptieren würden.

Um des lieben Friedens willen also – im wahrsten Sinne des Wortes – erklärte sich Bismarck bereit, die undankbare Aufgabe des Kongreßpräsidenten zu übernehmen. Wie undankbar die Aufgabe war, hatte Bismarck richtig vorausgesehen: „Gerade weil wir die einzige wirklich uninteressierte Macht sind, die durch kein eigenes Interesse genötigt ist, sich zu einer der beiden Gruppierungen zu halten, würden wir allein die Verantwortlichkeit für den voraussichtlich üblen Erfolg des Kongresses zu tragen haben.“

Um dem Reich als Gastgeber und Präsidialmacht wenigstens die Blamage eines Scheiterns des Kongresses zu ersparen, setzte Bismarck jedoch wenigstens durch, daß sich die Kontrahenten über wesentlich Streitpunkte bereits vorher einigten. Am 30. Mai 1878 rang Großbritannien Rußland in einem Geheimabkommen ab, daß Bulgarien in eine Nord- und eine Südhälfte geteilt werde und keinen Zugang zur Ägäis erhalte. Von Wien holte sich London am 6. Juni 1878 die Zusicherung, daß die k.u.k. Monarchie die britische Position in der Bulgarienfrage unterstütze, wofür die Doppelmonarchie im Gegenzug britische Unterstützung in der Bosnien-Herzegowina-Frage zugesagt erhielt.

Zu Recht schrieb die russische Presse: »Der Dreikaiserbund besteht nicht mehr«

So konnte der Kongreß am 13. Juni 1878 beginnen und bereits einen Monat später mit einem Ergebnis beendet werden. Serbien und Montenegro wurden unabhängig und vergrößert. Rumänien erhielt gleichfalls die Unabhängigkeit und mußte Südbessarabien mit der Dobrudscha tauschen. Insofern wurden die Bestimmungen von San Stefano bestätigt. Im Kaukasus mußte Rußland zwar Bajesid zurückgeben, durfte aber Batum, Kars und Ardahan behalten. Auch das Österreich zugestandene Recht, Bosnien und die Herzegowina sowie den Sandschak von Novi Pazar zu besetzen, tat den Russen nicht weh. Schmerzhaft war für sie jedoch, was aus dem von ihnen geschaffene Großbulgarien gemacht wurde. Nur ein nördlicher Teil blieb als tributpflichtiges Fürstentum autonom. Ein mittlerer Teil, Ostrumelien, wurde autonome Provinz mit türkischem Besatzungsrecht. Der südliche Teil schließlich, Rumelien mit Mazedonien, Thrakien und dem für die Briten wichtigen Ägäiszugang, gelangte wieder unter direkte osmanische Verwaltung.

Ob dieser Behandlung Bulgariens verstand sich Rußland als Verlierer – und dafür machte es neben dem Habsburger auch den Hohenzoller im gemeinsamen Dreikaiserbund der drei Ostmächte verantwortlich. Der Sieger war Großbritannien: Rußland hatte auf seinen bulgarischen Zugang zur Ägäis wieder verzichten müssen und kurz vor Abschluß des Kongresses gab der britische Premierminister Benjamin Disraeli bekannt, daß sein Land von der Pforte die Verwaltung der strategisch wichtigen Mittelmeerinsel Zypern übertragen bekommen hatte. Den für Deutschland schmerzlichsten Erfolg der Briten formulierte deren Premier rückblickend wie folgt. „Nächst der Schaffung einer erträglichen Existenz für die Pforte war unser Ziel, das Dreikaiserbündnis zu zerstören und seine Erneuerung für immer zu verhindern, und ich behaupte, daß niemals ein allgemeines diplomatisches Ergebnis vollständiger erreicht worden ist.“

Wo das Wasser kristallklar ist

Besonders in der Vor- und Nachsaison empfiehlt sich ein Urlaub am idyllischen Gardasee



Verträumte Orte, quirlige Touristenzentren, Wassersport und Natur pur: Der Gardasee ist nicht nur bei Italienern ein begehrtes Reiseziel. Foto: www.info-gardasee.de

Von Christina Schultze

Scheinbar endlos schlängeln sich die Straßen am Ufer des Gardasees entlang. Sie durchziehen verträumte Orte, quirlige Touristenzentren und dann wieder Natur pur. Wer den größten See Italiens einmal umrunden will, muß 150 Kilometer zurücklegen. Um den Reiz dieser abwechslungsreichen Landschaft wirklich zu genießen, ist eine Fahrt mit dem Auto jedoch nicht ratsam, zumal sie im Dauerstau enden könnte.

Der Gardasee erstreckt sich von den Ausläufern der Alpen bis fast in die Poebene hinein. Der schmale Zipfel im Norden wird von imposanten, steilen Kalkwänden gesäumt. An seiner tiefsten Stelle mißt der See 346 Meter. Das Wasser ist überall kristallklar und wird von den Einheimischen wegen seiner guten Qualität gerühmt.

Ein lohnendes Reiseziel ist der See zu jeder Jahreszeit. Im Frühling und Herbst lädt das milde Klima zu Radtouren und Wanderungen ein.

Touristen können dann auch noch ihren Geldbeutel schonen, weil die Hotelpreise günstiger sind als im Sommer.

In der Hauptsaison muß man sich dagegen auf einen Massenansturm einstellen, denn auch die Italiener schätzen den Gardasee als Urlaubsrevier. Geradezu beschaulich mutet die Region im Winter an, wenngleich sie nicht schneesicher ist. Zudem pausieren dann viele Hotels.

Der zerklüftete Norden ist ein Dorado für Freizeitsportler. Alpinisten, Fahrradfahrer, Surfer und Segler kommen dort auf ihre Kosten. Den Ruhe suchenden Urlauber zieht es traditionell eher ans Westufer, wo Nobelherbergen einen Hauch von Gediegenheit versprühen. Wer die Nacht zum Tag machen will, ist wiederum im Süden an der richtigen Adresse. Rund um Desenzano locken Diskotheken. Aber auch landschaftlich hat diese Region etwas zu bieten. Die Halbinsel Sirmione, über der sich trutzig das Kastell des einst allmächtigen Adelsgeschlechts der Scaliger erhebt, schiebt sich dort in den See hinein.

Am Ost-Ufer laden Orte wie Garda oder das durch seinen Wein bekannte Bardolino zum Verweilen ein. In den hübschen Altstädten mit ihren liebevoll restaurierten Villen und schmalen, verwinkelten Gassen herrscht bis in den Abend hinein geschäftiges Treiben. Dicht aneinander reihen sich unzählige kleine Läden, Restaurants, Eisdielen und Straßencafes. Dem Trubel entziehen kann man sich kurzzeitig beim Besuch einer der vielen alten Kirchen.

Mit seinen flachen Stränden ist das Ost-Ufer ein Paradies für Familien mit Kindern: Schwimmen, Tauchen oder Angeln stehen hoch im Kurs. Erholung vom Alltagsstreß bietet aber auch eine Wanderung oder Fahrradtour durch die sanften Hügelketten der Umgebung mit ihren Olivenhainen und Weinbergen. Den vielen Bäumen mit ihren silberfarbenen Blättern verdankt die Region auch den Namen „Olivenriviera“.

Einen atemberaubenden Blick über den See bietet der Monte Baldo, der im Nordosten 1700 Meter in den Himmel ragt. Im Örtchen Malcesine führt eine Seilbahn in zwei Abschnitten zum Gipfel hinauf, wobei sich die Kabinen im oberen Teil um die eigene Achse drehen. Der Berg, auf dem auch weltweit einzigartige Pflanzen beheimatet sind, ist ein idealer Flecken für gemächliche Spaziergänge oder Wanderungen.

Der Kultur- und Kunstinteressierte sollte sich einen Abstecher nach Verona nicht entgehen lassen. Die Stadt, die ihren Weltruhm Shakespeares tragischer Liebesgeschichte „Romeo und Julia“ verdankt, ist mit historischen Kirchen, Palästen und Denkmälern reich gesegnet.

Schon die alten Römer ließen dort vor 2000 Jahren eine Arena für Gladiatorenkämpfe errichten, die jetzt jeden Sommer Anziehungspunkt für Musikfreunde aus aller Welt ist. In den Mauern des drittgrößten Amphitheaters Italiens, das als einziges noch betrieben wird, erklingen seit 1913 vor prächtigen Kulissen große Werke wie Verdis „Aida“. Natürlich sollte das Haus der Julia mit dem berühmten Balkon beim Besuchsprogramm nicht fehlen. Inspiriert von der literarischen Vorlage verewigen sich Tausende dort auch mit persönlichen Liebesschwüren.

Lauenburg: Ferien zu Pferde

Pferdeliebhaber finden in Schleswig-Holstein ideale Bedingungen für einen Reiturlaub. Im Herzogtum Lauenburg können Urlauber ihr eigenes Pferd mitbringen. Unterbringungsmöglichkeiten gibt es in Wanderreitstationen, oder die Gäste mieten Ferienwohnungen mit zugehöriger Weide und Gast-Box für die Tiere.

Auf der fünftägigen Tour „Unterwegs zu Pferd“ entdecken die Teilnehmer zum Beispiel den Naturpark Lauenburgische Seen. Zwischendurch laden Hofläden und Hofcafés zum Picknick ein.

Für pferdebegeisterte Kinder werden Reiterferien mit dem eigenen Pflegepferd angeboten.

Vom verlängerten Wochenende bis zu mehrwöchigen Aufenthalten wohnen die kleinen Gäste zum Beispiel in der „Reit- und Sportanlage zum Hochtinn“ in Schmilau, im „Islandpferdegestüt Heidehof“ in Sterley oder im „Ausbildungsstall Schmilauer Hof“ in Schmilau.

Wer mit der ganzen Familie Urlaub machen möchte, fährt auf den „Schoppenhof“ in Dargow. Hier können auch eigene Pferde oder Ponys mitgebracht werden. Die Gäste wohnen in Familien-Ferienwohnungen.

Besonders zünftige Angebote hält der „Annenhof“ in Lütau bereit: Die Unterkunft ist einer Fahrpost-Station nachempfunden, und die Postmeister-Familie macht mit dem Leben im 18. Jahrhundert vertraut und führt ihre Gäste durchs hofeigene Zugpferdemuseum. *ddp*

Informationen: Die Internetseite www.sh-pferdeland.de enthält alle Informationen zum Thema Urlaub mit Pferd oder Kutsche in Schleswig-Holstein. Herzogtum Lauenburg Marketing & Service GmbH, Junkernstraße 7, 23909 Ratzeburg, Telefon (0 45 41) 80 21 10.

Ferien als freiwilliger Helfer

Ob Bergwälder aufforsten, Schildkröten schützen oder bei Ausgrabungen helfen – die Möglichkeiten sind sehr vielfältig

In der Sonne zu faulenzen ist für viele Sinnbild des Urlaubs. Man kann seine freien Tage aber auch ganz anders verbringen: als freiwilliger Helfer. Ob Bergwälder aufforsten, Schildkröten schützen, bei Ausgrabungen helfen, Bauern unterstützen oder einen Kindergarten bauen – die Möglichkeiten sind nahezu unbegrenzt und Vorkenntnisse oft nicht erforderlich. Obwohl diese Form des kurzfristigen Engagements in Deutschland noch nicht sehr verbreitet ist, gibt es auch hier Organisationen, die Freiwillige vermitteln oder eigene Projekte durchführen.

Doch wie findet man das richtige Projekt? „Wichtig ist, sich zu fragen: Wohin will ich, und was will ich machen?“ sagt Hartwig Euler, Geschäftsführer des Arbeitskreises Lernen und Helfen in Übersee.

„Wenn man sich im Ausland engagieren möchte, sollte man sich für das Land und die Menschen interessieren. Denn der interkulturelle Austausch ist in vielen Projekten ein wichtiger Aspekt.“

Das gilt aber auch für die Art des Einsatzes. Mehrere Tage lang Bergwald aufzuforsten ist eine Erfahrung, die man im Alltag kaum machen kann – allerdings sind solche Projekte auch anstrengend. Damit ein Hilfseinsatz für alle erfolgreich ist, sollte man sich genau über seine eigenen Grenzen klar sein. „Um ein Projekt einschätzen zu können, ist es hilfreich, sich mit Ehemaligen auszutauschen. Im Internet gibt es Foren, manche Organisationen bieten auch auf ihrer Website ein solches Forum an“, sagt Euler.

Zudem sollte es klare Aussagen zu den anfallenden Kosten und der Verwendung der Gelder geben. Euler schränkt jedoch ein: „Die Kosten an sich sagen dabei noch nichts aus. Vor allem die Partnerprojekte in Entwicklungsländern werden durch den Hilfseinsatz auch finanziell unterstützt. Sie haben in der Regel nicht einmal die finanziellen Mittel, die Helfer unterzubringen und zu verpflegen.“

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die eigene Absicherung. Die Organisationen sollten entsprechende Versicherungen für die Freiwilligen abgeschlossen haben. Da diese im Ausland häufig ganz andere Haftungssummen beinhalten, muß auch der eigene Versicherungsschutz überprüft werden: Wichtig sind Haftpflicht-, Unfall- und Auslandskrankenversicherung mit weltweitem Geltungsbereich. Hat man sein Wunschprojekt gefunden, erwarten einen ganz neue Erfahrungen: „Man lernt viel fürs Leben“, sagt Euler.

Für den Umwelt- und Naturschutz engagiert sich in Deutschland zum Beispiel die Organisation Biosphere Expeditions. Das Bergwaldprojekt und Workcamps bieten unter anderem die Vereine Service Civil International (SCI) und Internationale Begegnung in Gemeinschaftsdiensten (IBG). *ddp*

SUPER-ABOPRÄMIE

für ein Jahresabo der





3 x Preußen für Sie als Geschenk

Unser wertvolles Preußen-Paket, bestehend aus zwei Büchern und einer DVD.

Die Schlacht bei Auerstedt am 14. Oktober 1806

gehört zu den Schicksalsereignissen der deutschen und europäischen Geschichte. Gemeinsam mit der zeitgleich stattfindenden Schlacht bei Jena hat sie sich tief in die Erinnerung der Menschen dieser Region eingegraben.

Etwa 200 Jahre nach der Schlacht ist die vorliegende Produktion der Versuch, dieses historische Ereignis auch aus der Sicht der Auerstedter Landbevölkerung darzustellen. Dazu wurden überlieferte Szenen von 1806 zum Teil an Originalschauplätzen nachgestellt. Mit Hilfe von Spielszenen, animierten Karten, historischen Abbildungen und Texten erzählt dieser Film die Geschichte der Schlacht von Auerstedt.



B. Schrader, Franz Kugler
Friedrich der Große und seine Zeit in Bild und Wort

In diesem Bildband sind die meisterhaften und inzwischen als klassisch zu bezeichnenden Darstellungen von Menzel, Chodowiecki, Rössler, Camphausen, Schadow und anderen Künstlern vereinigt, die mit den Texten des bekannten Historikers Kugler ein facettenreiches Bild der geschichtlichen Größe dieses bedeutendsten Preußenkönigs und seiner Zeit geben.
Geb., 194 Seiten, 90 Tafeln, 124 Abbildungen im Text, Querformat 26,5 x 22,5 cm, traditionelle Fadenbindung

3 x Preußen für Sie



Topographisch-militairischer Atlas von dem Königreiche Preußen

Ein beeindruckendes und einzigartiges Kartenwerk von 1810.

Dieser Atlas zeigt einfach alles!
Ein prachtvolles und ergiebiges Werk für jeden Heimat- und Geschichtsfreund! Eine Fundgrube für alle Kartensammler!
Grandios und außergewöhnlich ist seine Genauigkeit!
Auf den bestechend gezeichneten Kartenblättern finden Sie jeden Ort, jede Poststation, jede Straße, Festungen, Vorwerke, Kirchen und Kapellen, Wirtschaftsbetriebe, Brücken und Schleusen, Wiesen und Moore – ja sogar einzelne Häuser und Baumgruppen.
30 faszinierende Detailkarten!
Herausgegeben wurden die außergewöhnlichen Karten von dem berühmten „Geographischen Institut in Weimar“.



Lesen Sie die
Preußische Allgemeine Zeitung

- **Informationen**, die Hintergründe aufzeigen.
- **Themen**, die Sie woanders nicht lesen.
- **Kommentare**, die aussprechen, was andere verschweigen.

ANTWORT COUPON

Einfach absenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Parkallee 84/86
20144 Hamburg
oder am schnellsten per
SERVICE-TELEFON bestellen
Telefon: 040/41 40 08 42
Fax: 040/41 40 08 51
www.preussische-allgemeine.de

Schicken Sie mir bitte die Preußische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich das Preußen-Paket für z.Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preußischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzzeitabos (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr waren weder ich noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preußischen Allgemeinen Zeitung. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

☒ Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preußische Allgemeine Zeitung und möchte das Geschenk-Paket Preußen

☐ bequem + bargeldlos durch Bankabbuchung ☐ gegen Rechnung

Name/Vorname:

Straße/ Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Kontonummer:

Bankleitzahl:

Geldinstitut:

Datum, Unterschrift

Soldaten in Gefahr

Betr.: „Falle am Hindukusch" (Nr. 11)

Treffender hätte der Artikel von Klaus D. Voss nicht überschrieben werden können. Erinnern wir uns. Die Bundesrepublik beteiligt sich im Rahmen der Aktion „Enduring Freedom" an der Terroristenbekämpfung in Afghanistan. Ihr ist der nördliche Teil des Landes zugewiesen worden, der sich im Nachhinein als die sicherste Zone erweisen sollte. Die deutschen Soldaten sind hier auch für die Bewachung der blühenden Mohnfelder zuständig, weshalb sie von der einheimischen Bevölkerung gern gesehen werden.

Nachdem sich der südliche Teil Afghanistans inzwischen immer mehr als unsichere Region entwickelt hat, haben die hier stationierten Truppen die deutschen Soldaten um Hilfe gebeten. Es kam so, wie es kommen mußte: Halb zog sie ihn, halb sank er hin. So wird die Bundeswehr also demnächst sechs oder mehr Tornados nach Afghanistan in Marsch setzen. Diese sollen zwar nicht in Bodenkämpfe eingreifen, aber verdächtige Stellen ausfindig machen, damit diese gezielt ausgeschaltet werden können. Die Voraussetzungen, die seinerzeit für die Aktion „Enduring Freedom" maßgebend waren, sind inzwischen so diffus geworden, daß der Unterschied zwischen Terrorabwehr und massivem militärischen Einsatz kaum noch zu erkennen ist. So hat sich die Bundeswehr zwangsläufig in eine Falle begeben.

Walter Grubert, Hannover



Angekommen: Deutscher Tornado in Afghanistan Foto: ddp

Bundeswehr ohne gute Führung

Betr.: „Ende der Belastbarkeit" (Nr. 13)

Offen gestanden glaubte ich nach dem Bericht des Wehrbeauftragten Rogge, daß Generalinspekteur und Verteidigungsminister einer anderen Verwendung zugeführt werden würden, hatten sie doch beide belegt, daß sie ihre Aufgaben und Pflichten nicht zu erfüllen vermögen.

Aber so wie wir jedes Jahr ohne jede Konsequenz berichtet bekommen, wo überall unsere Steuern zum Fenster rausgeworfen werden, so wird uns auch ein Bericht des Wehrbeauftragten serviert, der gleichfalls nichts bewirkt. In der „Welt" war zu lesen, daß für die Instandsetzung von Kasernen kein Geld vorhanden sei. Das war's Herr Rogge!

Ulrich Marten, Offenbach

Ungereimtheiten im Lindbergh-Fall

Betr.: „Wer tötete Charles Lindbergs Sohn?" (Nr. 8)

Bruno Hauptmann, der angebliche Entführer und Mörder des Lindbergh-Babies, wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Es handelte sich um einen Schauprozeß und einen der größten Justizskandale Amerikas.

Die Leiche des Babies wurde nie gefunden. Was man im Gebüsch als Lindberghs Sohn entdeckt haben wollte, war ein total verwester Körper, von dem nur noch ein Skelett erkennbar war, ein Bein und die inneren Organe fehlten und der Kopf war eingeschlagen. Diese Leiche war 20 Zentimeter größer als das Lindbergh Baby. Es konnte nicht einmal festgestellt werden, ob es ein Junge oder ein Mädchen war. Auffällig war, daß Lindbergh und sein Kindermädchen diese Leichenteile sofort als das entführte Baby identifizierten, Lindbergh verweigerte die Autopsie und ließ den Körper schnellstens verbrennen. Das Kind war mongoloid, das Kindermädchen Betty Gow schilderte Lindbergh später als gefühllosen und sadistischen Vater.

Lindbergh spielte selber eine dubiose Rolle. Er erlaubte der Polizei keine Untersuchungen und setzte sich selber mit der Mafia in Verbindung. Das Verhalten der Eltern wurde nie überprüft, auch wurden sie vor Gericht keinem Kreuzverhör unterzogen. Lindbergh log auch, da er zwei Jahre zuvor erklärt hatte, er könne Hauptmanns Stimme nicht identifizieren, und vor Gericht war er plötzlich doch dazu in der Lage.

Der Staatsanwalt hatte Beweise für Hauptmanns Unschuld unterschlagen. Das Verfahren strotzte vor Korruption. Mehrere Zeugen starben unvermutet. Hauptmann beteuerte bis zum Tod seine Unschuld. In der Todeszelle bot der Pressezar Hearst ihm 90 000 Dollar für seine Frau und sein Kind an, wenn er ein Geständnis ablegte. Hauptmann lehnte dies ab und auch ein Schuldbekenntnis, wodurch das Urteil in lebenslängliche Haft umgewandelt worden wäre.

Friedrich Karl Pohl, Lüneburg

Politiker: Kein gutes Vorbild

Betr.: „Hauptsache die Welt geht unter" (Nr. 10)

Die Reaktionen in den Leserbriefen zu $C0_2$-Ausstoß und Klimaänderung lassen erkennen, daß die Veröffentlichung des Klimaberichtes der UN zwar Wirkung zeigt, jedoch die Hauptursache der globalen Erwärmung (noch) nicht in das Bewußtsein der Menschen gerückt ist. Die eindringlichen Warnungen und Verhaltenshinweise von damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Arbeitgruppe für Umweltvorsorge, MdB Dr. Herbert Gruhl, aus dem Jahr 1969 sind in der Öffentlichkeit kaum diskutiert und von den politisch Verantwortlichen nicht konsequent genug umgesetzt worden. Ungeachtet der zahlreichen Warnhinweise wird der Planet Erde weiter bis zur Unbewohnbarkeit ausgeplündert. Die Gesprächsrunden des Fernsehens legen ein beredtes Zeugnis darüber ab, wie die Verbreitung von Marginalien den Blick auf die wirkliche Bedrohung vernebeln kann. Denn wie sollen PS-schwächere Behördenfuhrparks, weniger Dienstreisen oder Ferienflugabgaben an $C0_2$-Ausstoß etwas Positives bewirken, wenn die Bevölkerung gleichzeitig jährlich um etwa 80 Millionen neue Konsumenten zunimmt? Die von Geburt an mit Werbung überfluteten neuen Erdenbürger verzichten ebensowenig auf die Annehmlichkeiten unseres Jahrhunderts, wie sich die Rationalisierungsökonomiker gegen die Globalisierung widersetzen.

Außerdem: Sieben Jahre nach dem Regierungsumzug nach Berlin residieren sechs Ministerien weiterhin in Bonn. Einer dpa-Meldung zufolge fliegen die dort tätigen Beamten monatlich etwa 11 000mal hin- und her und emittieren dabei tonnenweise $C0_2$. Obendrein kostet dieser Unfug den Steuerzahler eine Million Euro monatlich. Was kann eine Regierung von der Bevölkerung erwarten, wenn sie selbst so schlechte Beispiele gibt?

Peter Kopyciok, Kipfenberg

Italienische Justiz hat sich zum Werkzeug machen lassen

Betr.: „Keine Gnade für Erich Priebke" (Nr. 11)

Ob der Bundespräsident je von Erich Priebke gehört hat? Irgendwie sicherlich, zumindest sein Apparat müßte Bescheid wisse. Und schließlich ist der Bundespräsident für uns alle da, auch für Erich Priebke, dessen Verurteilung schon mehr als nur fragwürdig war und die gültigen Rechtsnormen verletzt hat. Die italienische Justiz hat sich zum Werkzeug machen lassen und dazu den Segen des italienischen Präsidenten erhalten, der Priebke die ihm zustehende Gnade verweigert. Würde es nicht unserem Präsidenten und auch unserer Bundeskanzlerin gut anstehen, sich für die Freilassung von Erich Priebke zu verwenden. Ich meine Ja!

Albin Baltruschat, Aachen

Es gibt nicht mal genügend Lehrer, wie soll es dann Krippen geben?

Betr.: „Angriff auf das Selbstverständnis" (Nr. 7)

In der politischen Diskussion über Familienpolitik werden von allen Seiten folgende Ziele propagiert: 1) Die Entscheidung, Kinder zu bekommen, soll erleichtert werden. 2) Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll verbessert werden. 3) Die Wahlfreiheit der Mütter oder Väter zwischen Berufstätigkeit und häuslicher Familienarbeit soll garantiert werden.

Trotz der Gemeinsamkeit aller politischen Parteien in der Zielsetzung wird über die zu treffenden Maßnahmen erbittert gestritten. Woran liegt das?

Weil wegen historischer Ereignisse, die mehr als 60 Jahre zurückliegen, Begriffe wie „Familienpolitik" oder gar „Bevölkerungspolitik" gemieden werden wie das Weihwasser vom Teufel, hat die politische Klasse in Deutschland über diese Dinge jahrzehntelang nicht nachgedacht, sondern sich selbst Denk- und Sprechverbote auferlegt. So wird erklärlich, daß jetzt, da das Kind in den Brunnen gefallen ist und die Folgen der Kinderarmut spürbar werden, hektischer Aktionismus ausbricht und ein jeder „aus der Hüfte schießt", aber dabei den Kern der Dinge verfehlt.

Als Familienvater zweier Kinder und seit 40 Jahren an einem Gymnasium tätiger Mathematiklehrer, scheinen mir folgende Überlegungen bedenkenswert:

Solange sich die Entscheidung gegen Kinder „besser rechnet" als für Kinder (das Bundesverfassungsgericht hat schon zu CDU-Zeiten die verfassungswidrige Benachteiligung der Familien festgestellt), wird sich nichts ändern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt eine hinreichende Anzahl außerhäuslicher Betreuungsstellen voraus, die derzeit fehlen. Eine politische Klasse, die es seit Jahrzehnten nicht fertigbringt, bei einer Vorlaufzeit von sechs Jahren eine hinreichende Zahl von Lehrerstellen und Unterrichtsplätzen vorzuhalten, sondern Jahr für Jahr bei ausgedünnten Stundentafeln einen hohen Unterrichtsausfall hinnimmt, dürfte kaum ernstgenommen werden, nunmehr in Kürze die Bereitstellung von Krippenplätzen vervielfachen zu wollen.

Eine „Wahlfreiheit" zwischen zwei Berufen besteht in der Realität nur dann, wenn in beiden Berufen ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht und beide Berufe gleichermaßen bezahlt werden. Dies ist nach den Plänen unserer Parteien nicht vorgesehen, denn die Krippenplätze sollen finanziert werden, die häusliche Erziehungsarbeit dagegen nicht. Somit wird keine „Wahlfreiheit" gewährleistet.

Die derzeitigen Formen familienpolitischer Förderungen sind ungerecht, unzureichend, verwaltungstechnisch aufwendig und vielgleisig. Zum Beispiel: Kindergeld oder Steuerermäßigung (wahlweise), Ehegattensplitting, Sozialhilfe, Bereitstellung von Kindergartenplätzen. Alle diese Förderungen erfordern Bürokratie und verursachen somit hohe zusätzliche Kosten, die den Familien nicht zugute kommen. Sie sind auch ungerecht, denn wer keine Steuern zahlt, kann keinen Steuervorteil nutzen.

Bei der Familienförderung sollten folgende Grundsätze beachtet werden: Jedes Kind erfährt die gleiche Förderung, der Verwaltungsaufwand ist zu minimieren, häusliche Erziehungsarbeit muß entlohnt werden wie jeder andere Beruf auch, die Selbstverantwortung der Eltern ist zu gewährleisten.

Hieraus folgt: Das Kindergeld wird auf einen Betrag von 600 Euro pro Kind und Monat angehoben, zahlbar nach ärztlicher Feststellung der Schwangerschaft (dann entfällt die Abtreibung wegen sozialer Notlage) bis zum vollendeten 18. Lebensjahr des Kindes. Damit sind alle sonstigen Leistungen abgegolten. Krippen- oder Kindergartenplätze werden von den Eltern bezahlt, sofern diese ihr Kind nicht selber betreuen wollen, das Ehegattensplitting wird abgeschafft, ebenso die verschiedenen Steuerklassen. Das Kindergeld erhält der nicht berufstätige Elternteil; sind beide berufstätig, die Mutter, und begründet einen der außerhäuslichen Berufstätigkeit entsprechenden Rentenanspruch. Zugleich muß die Qualifikation der Jugend für die künftige Familienarbeit gesichert werden. Deshalb sollte an allen Schulen in allen Jahrgängen das Pflichtfach Familienkunde eingeführt werden, das jahrgangsgerecht zu unterrichten ist. So wird auch garantiert, daß die Familienarbeit endlich auch die geistig-moralische Würdigung erfährt.

Zur Frage der Finanzierung folgendes: Bei der Wiedererrichtung gesunder Familienstrukturen erschließt sich ein gewaltiges Sparpotential: Weniger Jugendkriminalität, weniger Gefängnisse, weniger Polizeiarbeit, weniger Jugendpsychologen, Streetworker, weniger Sozialhilfe, weniger Abtreibungskosten, keine staatlichen Aufwendungen mehr für Kindergärten, Krippenplätzen, Wegfall von Steuervergünstigungen.

Abschließend sei noch bemerkt, daß es besser ist, in das eigene Volk zu investieren anstatt Millionen von Wirtschaftsmigranten durchzuschleppen.

Peter Lauer, Hannover

Die Polen und Kaschuben vergessen

Betr.: „Noch ist Polen nicht verloren" (Nr. 12)

Klaus Reiner Röhl behauptet hier, „daß keiner der 400 000 Danziger ein Wort polnisch konnte, obwohl der Freistaat Danzig mitten in einem polnischen Sprachgebiet lag".

Beides ist falsch. Danzig hatte vor dem Krieg 97 Prozent deutsche Einwohner. Der Rest dürfte zu einem größeren Teil aus Polen bestanden haben, zumal Zoll und Bahn in polnischer Hand waren. Ich erinnere an die harten Kämpfe um die polnische Post am 1. September 1939.

Hinter der Danziger Ostgrenze befand sich das bis auf den äußersten südlichen Zipfel bei Stuhm rein deutsch besiedelte Gebiet um Elbing / Marienburg. Auch die südlich und westlich von Danzig gelegenen Landstriche waren nicht rein polnisch besiedelt. Es gab hier neben den Polen auch Deutsche und vor allen Dingen viele Kaschuben.

Hans-Eberhard Brossok, Berlin

Klimaveränderung: Menschen können nicht das Klima ändern

Betr.: Klimawandel

Fünf Wochen vor dem weltweiten Hochjubeln des Klimaschutzes hatten die Herren Klaus D. Voss und Dr. W. Thüne in unserer *PAZ* die Probleme davon glasklar und plausibel dargestellt. Das habe sogar ich verstanden – offensichtlich nicht die maßgeblichen Politiker. Deshalb versuche ich jetzt, natürlichen Klimawandel mit Volkes Stimme auch Politikern zu verklickern.

Im Klimawandel gab es schon mal so ab und zu Katastrophen wie Lavaströme und Eiszeiten, Überschwemmungen zu großen Seen und Meeren, Einschläge von großen Himmelskörpern mit kalten Verfinsterungen.

Menschen können weder das Wetter noch das Klima ändern oder schützen. Wir können höchstens uns schützen. Im Vergleich mit den Naturgewalten sind wir Menschen und auch Politiker machtlose Pupser im Sturm.

Trotzdem habe ich keine Angst! Denn ich bin felsenfest überzeugt, daß alle diese Naturgewalten nicht auf einmal mich und meine Brut treffen werden.

Heinz-Dietrich Koske, Hilden

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Die EU, das sind wir! Auf uns kommt es an!

Betr.: „Europa ist mehr als nur Kohle und Stahl“ (Nr. 12)

Es ist schon bemerkenswert, wie sich die *PAZ* mit dem Thema 50 Jahre Europa befaßt. Während im Beitrag „Europa ist mehr als nur Kohle und Stahl“ nur auf die Geschichte der Römischen Verträge eingegangen wird und dabei das „Mehr“, sprich: EG und EU, einfach ignoriert wird, weiß der Autor des Artikels „Schweinchen“ nichts Besseres, als die EU als Abzockverein darzustellen.

Das ist also alles, was die *PAZ* zur EU zu sagen hat? Ein Armutszeugnis! Ich kann mir nicht vorstellen, daß vor allem Heckel nicht begriffen hat, was die EU für Deutschland bedeutet, nicht nur ökonomisch. Wir haben seit mehr als 60 Jahren Frieden, wobei es normal ist, daß die Länder ihre jeweiligen Interessen vertreten. Daß in der *PAZ* allgemein so negativ über die EU geschrieben wird, zeugt von preußischem Untertanengeist. Die EU, das sind wir. Auf uns kommt es an. „Die da oben“, das war einmal in Preußen. Die heute 80jährigen, die ihre jungen Jahre in einer preußischen Provinz verbracht haben, mögen dem noch huldigen, bei der Mehrheit der jüngeren Bürger im europäischen Deutschland dürfte eine solche Einstellung nur Unverständnis hervorrufen.

Günter Brozio, Bonn

Demokratieferne EU produziert Einheitsbrei

Betr.: „Geheimpolitik um Europas Zukunft“ (Nr. 13)

Das ist Deutschland, wenn über 80 Prozent aller erlassenen Rechtsakte bereits aus Brüssel kommen. Ich begrüße wirklich sehr die Europäische Union, nur muß das für mich nicht dazu führen, daß die demokratieferne EU einen Einheitsbrei produziert, der die Interessen der europäischen Nationen verletzt.

Die Kommissare wirken wie Orwells Große Brüder und setzen sich bedenkenlos über den Willen vieler Bürger hinweg. So sind gegenwärtig die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder aufgenommen worden, obwohl Europas Bürger diesen Beitritt mehrheitlich nicht wünschen und die Türkei die Bedingungen nicht erfüllt hat, die die EU an die Wiederaufnahme der Gespräche geknüpft hatte.

Nach meinem Dafürhalten ist die Union der europäischen Völker ein Segen, ihre Macher jedoch sollten besser in der Wüste Rosen züchten.

Ich frage mich auch, warum wir den Bundestag nicht um 80 Prozent seiner Mitglieder reduzieren, hätten wir doch dann wenigstens etwas davon, daß Brüssel über uns bestimmt.

Hartmut Evers, Leutkirch

Scharia verhindern

Betr.: „Freibrief für Richter“ (Nr. 13)

Im Zusammenhang mit dem Justizskandal, in dem einem Moslem zugestanden worden war, seine Frau verprügeln zu dürfen, wurde deutlich, daß die Scharia Eingang in die Rechtssprechung deutscher Gerichte gefunden hat.

Es dürfte höchste Zeit sein, unsere Rechtsprechung so eindeutig zu binden, daß derartiges Fehlverhalten von Richtern unmöglich ist.

Detlef Miller, Obernzell

Bösewichter raus!

Betr.: „Abstrakte Beruhigungslage“ (Nr. 12)

Zur terroristischen Bedrohung für Deutschland kann es nur heißen: In Betrachtung unserer „Eliten“ und deren naiver Egoismen muß uns allen Angst und Bange werden. Was werden sie tun, wenn es knallt? Abducken, versteht sich! Was sollten wir alle tun, abwarten oder die Bösewichter zum Teufel jagen?

Karl Greve, Sankt Augustin



Feierstimmung: Das Jubiläum 50 Jahre Römische Verträge wurde groß in Berlin gefeiert. Foto: ddp

Nur EU-Stimmvieh

Betr.: „Geheimpolitik um Europas Zukunft“ (Nr. 13)

Parteien, die mir nicht zugestehen, über eine europäische Verfassung abstimmen zu dürfen, wähle ich nicht.

Bundeskanzlerinnen oder Bundeskanzler, die ihre Wähler als Stimmvieh behandeln, in dem sie ihnen die Mitsprache an grundlegenden Entscheidungen verweigern, sollen sich zum Teufel scheren und bitte nicht wiederkommen.

Wer sind wir denn, daß wir Bürgern, die sich mit Haken und Ösen politische Macht erkämpft haben, zugestehen, allein unsere Zukunft zu bestimmen?

Waltraud Schenk, Fürth

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Die Flucht: »Wen interessiert das denn heute noch? Höchstens die 80jährigen«

Betr.: „Die Flucht“ (Nr. 10)

„Wenn keine Liebesgeschichte dabei ist, stimmt die Quote nicht“, meint die Journalistin von der hiesigen Presse, die mich nach meinen Eindrücken beim Anschauen der „Flucht“ befragen will. Mich, ausgerechnet ich, eine der 200 000, die 1945/46 hier im Oldenburger Land strandeten. Leider kann ich keine Auskunft darüber geben, denn ich habe den Film nicht gesehen. Warum nicht? Weil es, denke ich, sich ein Mensch, der das selbst erfahren, mitgemacht hat, kaum ansehen kann. In diesem Sinne beantworte ich die mir gestellten Fragen. Dennoch ist am folgenden Tage ein überwältigendes Echo nach Erscheinen des Berichtes in der Zeitung. Bestätigung für mich, daß viele ebenso wie ich gar nicht in der Lage sind, sich einen Film darüber anzuschauen!

Einige erkennen mich auf dem Foto, das die Zeitung abgedruckt hat. „Du hast dich gar nicht verändert!“ Daß ich das furchtbar fände, sage ich natürlich nicht und hoffe, daß es sich nicht so verhält.

Am Nachmittag werde ich beim Friseur erkannt und meine Heike kommt so in Fahrt, daß ich einen Kahlschnitt fürchte und bescheiden Einhalt gebiete. Auch hier im Salon ist „Die Flucht“ das Thema. Doch bitte nur mit Liebesgeschichte. Aber mir werden Geschichten am Telefon erzählt, die kaum zu glauben sind. Was der Mensch ertragen kann! Bei der Besprechung sagen die jungen Redakteure: „Wen interessiert das denn heute noch? Höchstens die 80jährigen.“ Mag sein. Auch wenn ich den Film nicht gesehen habe, auch meine Emotionen kann ich nicht unterdrücken.

Was meines Ermessens anmerkenswert ist: Die Flucht, auch in dem Bericht, wird zu sehr mit dem Haff verbunden. Ich bin selbst darüber gegangen, was heißt gegangen, es war die Hölle, und doch muß ich sagen, daß diejenigen, die diesen Gang machen mußten und davonkamen, noch soviel besser dran sind, als diejenigen, die überrollt wurden von den Russen. Gezeichnet sind wir alle.

Heute hörte ich im Radio, daß ein Film über die Gewerkschaft Solidarnosc entstanden ist. Nicht Lech Walesa ist der Held, sondern eine winzige Kranführerin. Natürlich mit Liebesgeschichte, damit die Quote stimmt.

Christel Bethke, Oldenburg

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2425**

Geschichte immer aus ihrer Zeit heraus bewerten

Betr.: „Warum folgten sie?“ (Nr. 7)

Selbst die fleißigste Aktenauswertung berechtigt einen Zeitgeschichtler noch nicht zu einem – voreiligen – Endurteil. Was dort nicht zu finden war, kann nicht schlicht als „Legendenbildung“ abgetan werden. Wie vieles wurde und wird gerade unter einem solchen System nicht Ordnern und Kriegstagebüchern anvertraut! Wie oft mag ein Kommandierender seinem Stabschef gesagt haben: „Den Mist geben wir gar nicht erst weiter; das widerspricht allem, wozu wir unsere Männer erzogen haben, und stiftet nur Unruhe.“ Über solches aber können lediglich Augenzeugen berichten, und diese sind meist verstorben.

Die Generale, die Hürters Buch behandelt, waren in einer aufblühenden Monarchie aufgewachsen und hatten einen grausigen, verlustreichen Krieg hinter sich. Sie fanden sich in einer kleinen Reichswehr wieder, fühlten ihr Volk und sich entwürdigend behandelt. Manche Kameraden, deren Welt „in Fransen“ gegangen war, wie es ein zynische Schlager beschrieb, mußten ihren Lebensunterhalt als Eintänzer verdienen. Ringsum Armut und Elend, gekennzeichnet durch steigende Selbstmordzahlen. In all dieser Not, deren Ende nicht absehbar erschien, sahen viele Hitler quasi als den rettenden Erlöser. Je mehr Erfolge er aufweisen konnte, desto größer der Zuspruch aus allen Kreisen der Bevölkerung. Daß auch Unrecht geschah, nahmen viele zu leichtfertig als anscheinend notwendige Maßnahmen in Kauf. Der erneute Aufstieg ihres Vaterlandes, ihrer Reichswehr zur Wehrmacht beigeisterte natürlich besonders die Militärs. Selbst der Immigrant Thomas Mann sagte 1944 in seinem Kalifornischen Tagebuch über die Jahre nach 1933: „Man sollte nichts vergessen und sich nicht ausreden lassen, daß der Nationalsozialismus eine enthusiastische, funkensprühende Revolution, eine deutsche Volksbewegung mit einer ungeheuren Investierung von Glauben und Begeisterung war.“ Und Joachim Fest überlegt in der Einleitung zu seiner Hitler-Biographie: „Wenn Hitler 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen wäre, würden nur wenige zögern, ihn einen der größten Staatsmänner der Deutschen, vielleicht den Vollender ihrer Geschichte, zu nennen ...“

Wer konnte damals ahnen, was folgen würde? Soldaten sicher nicht besser als Angehörige anderer Berufe. Und Hitler wurde fast bis zum Ende vom Volk geschätzt. Zwischen einigen Vertretern seines Regimes und dem Militär bestand allerdings ein kompliziertes, schwer zu erläuterndes Verhältnis. Wie Hitler sich aber auch um die Generalität bemüht hat, beschreibt Albert Speer so: „Gerade die Generale sind ja ein Jahrzehnt lang nicht einer wüterischen Kraft gewichen, sondern einer oft bezwingenden, mit Gründen argumentierenden Persönlichkeit gefolgt.“

Wissen sollte man auch, daß von 55 Feldmarschällen und Generalobersten immerhin 34 ihres Amtes enthoben beziehungsweise in Unehren verabschieden worden, acht gefallen sind, sowie sechs in Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 ihr Leben verloren haben. Wer kann in das Innere dieser kritisierten Männer sehen? Wer will sich anmaßen, ihre Motive durchschaut zu haben? Waren da tatsächlich Karrierestreben und Duckmäusertum, Gehorsam und Bindung an den Eid vorwiegend für ihr Handeln ausschlaggebend? Hat mancher nicht wichtigere Beweggründe gehabt, auf seinem Posten auszuharren, anstatt einen wohldotierten Ruhestand zu verbringen. Wer diesen Männern einmal begegnet ist, ist davon überzeugt, daß mancher bewährte Befehlshaber glaubte, auf Hitler mehr Einfluß nehmen zu können als irgendein ehrgeiziger Nachfolger, ihn noch von unsinnigen Befehlen abhalten zu können, um so seine Männer vor sinnlosen Verlusten zu bewahren. Wer das Verhalten anderer nur mit menschlichen Schwächen zu erklären versucht, macht es sich zu leicht und beschädigt sich selbst.

Will Seelmann-Eggebert, Ahlhorn

Sie müssen Wollen

Betr.: „Lehrerin wegen Koran ermordet“ (Nr. 13)

Der Koran wird immer wieder zum Anlaß schlimmster Verbrechen. In Nigeria wurde eine christliche Lehrerin von ihren Schülern gelyncht. Wer wird heute oder morgen einem Verbrechen zum Opfer fallen, dessen Täter sich auf den Koran berufen? Und wer in den Koran schaut, findet viel, daß zur Gewaltausübung anstiftet.

Wir haben zu viele Muslime in unserem Land, mit denen wir zwar in der Regel friedlich und noch ohne Furcht zusammenleben, aber es gibt auch Zehntausende von Radikalen unter ihnen, und wir wissen nicht, was unsere netten Nachbarn denken, ob sie menschenverachtende Organisationen unterstützen oder in den Rechtsvorstellungen der Scharia gefangen sind.

Wir wollen mit unseren Zuwanderern weiterhin friedlich und in gegenseitigem Respekt in Toleranz zusammenleben. Der Wille dazu muß aber von beiden Seiten kommen und erfordert auch von den Muslimen klare Signale wie den belegbaren Willen, jeder Gewalt entgegenzutreten.

Es muß Ziel deutscher Politik sein, die Ausbreitung des Islams in unserem Lande zu verhindern. Die Türkei gehört nicht in die EU, und Steinmeier vertritt keine deutschen Interessen.

Andreas Kühn, Lüdenscheidt

MELDUNGEN

Chinesen machen Bibel teurer

Stuttgart – Die Liebe der Chinesen zu Zigaretten ist schuld daran, daß die Produktionskosten für Bibeln steigen. Das erklärte der Kaufmännische Direktor der Deutschen Bibelgesellschaft. Weil der Bedarf an Zigarettenpapier in China steige, werde das Dünndruckpapier teurer. Als Konsequenz läßt die Bibelgesellschaft auch in Brasilien und Indonesien drucken. Der überwiegende Teil werde aber weiterhin in Deutschland produziert, so Breidenstein. *idea*

Eßkultur beleidigt

Berlin – Die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde hat in ihrem Jugendmagazin die Behauptung aufgestellt, daß der Verzehr von Schweinefleisch den Hang zur Homosexualität hervorrufe. Das Magazin schreibt: „... denn ein schamloses Tier, wie das Schwein prägt oder unterstützt die Ausprägung gewisser Verhaltensweisen des Konsumenten“. Die Ahmadiyya-Gemeinde baut zur Zeit unter Protesten von Anwohnern eine Moschee im Berliner Bezirk Pankow.

ZUR PERSON

Zyniker aus Notwehr



Die Welt hat ihn schlecht behandelt und er rächte sich mit Zynismus und bösartigen Büchern. Als amerikanischer Kriegsgefangener erlebte **Kurt Vonnegut** den Bombenterror von Dresden. „Wer da nicht verrückt wurde, der hatte keinen Verstand zu verlieren“, so formulierte er seine traumatischen Erlebnisse. In seinem 1968 erschienenem Buch „Schlachthof 5 oder der Kinderkreuzzug“, verarbeitet er die alliierten Luftangriffe von 1945. Gewollt zynisch äußerte er sich über den Welterfolg seines Buches, wenn man von 135 000 Toten ausgehe, so habe er wohl mit seinem Buch fünf bis zehn Dollar pro Kopf verdient. Kurt Vonnegut wurde am 11. November 1922 als Sohn deutscher Auswanderer in Indianapolis (USA) geboren. Seine Mutter brachte sich um, als er noch ein Kind war. Als Schüler schrieb er für die Schülerzeitung, später arbeitete er als Redakteur. Er studierte Biochemie an der Cornell University und meldete sich 1943 als Freiwilliger zur US-Army. Er nahm an der Ardennenoffensive teil und geriet in Kriegsgefangenschaft. Nach dem Krieg studierte er Anthropologie an der Universität Chicago. Später schrieb er Science-Fiction-Romane. 1952 erschien sein Erstlingswerk „Das höllische System“, 14 weitere Romane im Pop-Art-Stil folgten. Seit dem Welterfolg von „Schlachthof 5“, der 1972 von George Roy Hill verfilmt wurde, litt Vonnegut an Depressionen. 1984 unternahm er einen Selbstmordversuch. 2006 erschien sein letzter Roman „Mann ohne Land“. Kurt Vonnegut starb am 11. April 2007 in New York an den Folgen einer Kopfverletzung nach einem Sturz. Er hinterläßt seine zweite Ehefrau, die 57jährige Fotografin Jill Krementz Vonnegut.



Halbherzig ist nicht mutig

Wie aus einer Trauerrede ein Trauerspiel wurde und warum Canossa in Berlin liegt / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Nirgendwo wird so viel gelogen wie auf einer Beerdigung? Na ja, meist stimmt das, der Volksmund spricht gewöhnlich die Wahrheit aus. Aber leider differenziert er selten. Deshalb sind Ausnahmen immer die Regel. Gelegentlich wird nach einer Beerdigung noch mehr gelogen als während der Trauerfeier. Die Inszenierung eines solchen Trauerspiels erlebten wir gerade.

Das unglückliche Wort vom „Gegner des NS-Regimes“ war in der Würdigung Günther Oettingers für den verstorbenen Hans Filbinger kaum ausgesprochen, als auch schon die Reaktion mit der Verläßlichkeit des Pawlowschen Reflexes einsetzte. Die professionellen Berufs-Erreger verschluckten sich geradezu in freudigem Erschrecken, für einen Moment verschlug es ihnen schier die Sprache. Was hatte der Oettinger, der Unglücksmensch, da gesagt? Der Filbinger ein Gegner der Nationalsozialisten? Ungeheuerlich!

Bedauerlicherweise hatten Deutschlands Leitmedien offenbar so gar nicht richtig bemerkt, was da passiert war, denn der Mehrzahl war es am folgenden Tag keine Notiz auf der ersten Seite wert. Das änderte sich erst am darauf folgenden. Also erst, nachdem die professionellen Berufs-Erreger laut vor Empörung aufgeschrieen hatten. Allen voran ein Gogo-Girl jedweder rosa-rothen Homodemo namens Claudia Roth. Die glaubt es meist schneller als alle anderen zu merken, wenn einer „Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen“ gießt. Dann stößt sie ihren Weckruf aus. Die Römer hielten sich als Weckrufer Gänse.

Der Weckruf wirkte. Am nächsten Tag schon sah die Welt ganz anders aus. Die Empörung über Oettingers unsägliche Äußerung hatte der Weg an die Spitze der Nachrichten und auf die ersten Seiten der Zeitungen gefunden. Und da blähte sich die Aufregung auf, immer ein bißchen mehr. Schon nach drei Tagen hatte sie es bis zum Aufmacher geschafft, am vierten Tag füllte die Erregung mindestens Plätze auf den Seiten Eins und Zwei sowie im Feuilleton. Dabei wurde die Tonlage von Tag zu Tag schriller, alle altbekannten Register einer jeden Skandalierung mit Macht gezogen, bis schließlich die „Oettinger/Filbinger-Affäre“ fertig war.

Um Hans Filbinger ging es bei dieser Auseinandersetzung nicht. Sie tat nur so. Filbingers Vita war Mittel zum Zweck. Und der Zweck war die Beschädigung des CDU-Ministerpräsidenten Günther Oettinger vorneweg und die Beschädigung der CDU insgesamt im Anschluß. Angehörige der politischen Klasse profilieren sich seltener durch positive Leistung, dafür aber um so häufiger durch Niedermachen oder Beschädigung – entweder des politischen Gegners (das erfolgt lautstark und öffentlich) oder im eigenen politischen Lager (das erfolgt meist heimlich und mit Niedertracht). Letzteres gemäß der immer gültigen Steigerung: Feind, Todfeind, Parteifreund. Ist ein Skandal mit Fleiß und Empörung erst einmal entwickelt, schöpft er eine Zeit lang die Kraft aus sich selbst. Jeder Versuch einer Rechtfertigung durch den Betroffenen wird zum Bumerang, denn selbstverständlich wissen seine Gegner alles anders. Vor allem haben sie die politisch korrekte Meinungshoheit. Argumente interessieren sie nicht, denn sie allein haben (nach ihrer Auffassung) die richtigen Argumente. Ihren Zorn kann der Attackierte nur besänftigen, indem er sich Asche aufs Haupt streut.

> Filbinger?
> Es geht doch
> um
> Oettinger und die
> CDU!

Günther Oettinger versuchte gar nicht erst zu erklären, wie er dazu kam, Hans Filbinger einen Gegner der Nationalsozialisten zu nennen. Er merkte rasch, daß er kein Gehör finden würde, allenfalls Hohn und Spott.

Wenn Günther Oettinger kein politischer Einfaltspinsel ist (was man unterstellen darf, wenn einer sich bis zum Ministerpräsidenten durchlaviert hat), dann muß man davon ausgehen, daß er genau nachgefragt hat, ehe er zu dem Schluß kam, Filbinger einen Gegner des NS-Regimes zu nennen. Es sei denn, Oettinger hätte eine bisher verborgene Schwäche für Selbstmordattentäter nach islamistischem Vorbild. Nach dem vorläufigen Schlußpunkt der Geschichte darf davon allerdings nicht ausgegangen werden. Oettinger hat den Sprengstoffgürtel im letzten Augenblick als unvorteilhaftes Kleidungsstück erkannt und ihn abgelegt, vorläufig die Karriere bewahrend.

Andere haben jene Fragen gestellt, zu denen sich Oettinger letztendlich nicht bekennen mochte. Beispielsweise der Militärhistoriker Professor Franz W. Seidler, der an der Universität der Bundeswehr in München lehrte. In dem Buch „Stigmatisiert“ hat er sich mit dem Verhältnis Filbingers zum Nationalsozialismus beschäftigt. Danach galt Filbinger der NSDAP als politisch unzuverlässig, nachdem er im katholischen Jugendbund „Neudeutschland“ dafür gesorgt hatte, daß der Verband auch nach der Machtergreifung seine Arbeit fortsetzen konnte, ohne die bis dahin geltenden Prinzipien zu ändern. 1937 stieß Filbinger zum „Freiburger Kreis“ um den katholischen Publizisten Karl Färber und den Dichter Reinhold Schneider, der seinerseits Beziehungen zu der nach dem Krieg „Bonhoeffer Kreis“ genannten Vereinigung hatte. Beide Gruppierungen standen in Gegnerschaft zu dem NS-Regime. Eine Aufnahme in die „Studienstiftung des deutschen Volkes“ wurde Filbinger verweigert. Nach dem Ersten Staatsexamen wurde ihm bedeutet, mit dem Zweiten Staatsexamen dürfe er wegen politischer Unzuverlässigkeit nicht rechnen.

Eine nationalsozialistische Karriere sieht anders aus. Zum „Widerstandskämpfer“ reicht es allerdings auch nicht. Der Begriff allerdings wurde von den Medien eingeführt. Oettinger hatte hingegen von einem „Gegner des NS-Regimes“ gesprochen.

Zu alledem war von Günther Oettinger anschließend öffentlich nichts zu hören. Zunehmend fühlte sich der Beobachter in „Upps – Die Pannenshow“ versetzt. Da wird auch gefallen, gestoßen, getölpelt – alles immer unfreiwillig, und deshalb gibt es Leute, die darüber lachen können. Dieser spezielle Clip der Pannenshow kann für sich in Anspruch nehmen, besonders peinlich zu sein (worüber bei „Upps – Die Pannenshow“ am lautesten gejohlt wird): „Tschuldigung, war nicht so gemeint. Ich hab nur gedacht, wo er doch jetzt tot ist. Das macht man halt so in unserem Kulturkreis, da sagt man keinem Toten was Schlechtes nach. Und es war doch nur eine Gedenkrede für die Angehörigen. Die hören das so gern. Aber wenn's nicht paßt, wisch ich's halt weg.“

Das Bemühen, den Schaden so gering wie möglich zu halten, war unübersehbar. Oettinger wollte nicht durch neue Argumente neue Angriffsflächen bieten. Politisch mag er sich damit klug verhalten haben. Doch nachgetreten wird immer.

Wieder einmal zeigt sich, wie einseitig inzwischen die engen Grenzen der Meinungsfreiheit gezogen wurden. Nicht was gesagt und gemeint ist, wird zur Kenntnis genommen. Allein was verstanden werden soll, was passend ist, darf auf Kenntnisnahme hoffen. Im Zweifelsfall ist es allerdings das Gegenteil des Gemeinten. Kommt ganz darauf an, wer zuhört.

Es ist nicht verwunderlich, daß im Zusammenhang mit Oettingers Gedenkrede der Name Martin Hohmanns wieder genannt wurde. Hohmanns Formulierung vom „Tätervolk“ in seiner Rede zum 3. Oktober 2003 war entschieden unglückseliger. Aber auch er hatte nicht gemeint, was gesagt zu haben ihm unterstellt wurde.

Er machte den Fehler, die falsche Interpretation seiner Worte mit Argumenten abwehren zu wollen. Und das war ein entscheidender Fehler. Je mehr er argumentierte, desto mehr verhedderte er sich, bis er schließlich, von seiner CDU verstoßen, auf einem Stühlchen im Abseits des Bundestages hockte.

So etwas ähnliches wird Günther Oettinger so schnell nicht passieren. Schon, weil er aus seinem überraschenden Vorstoß postwendend einen hinhaltenden Rückzug machte. Was wäre eigentlich passiert, wenn er versucht hätte, seine nicht oder mißverstandenen Worte zu erklären? Was wäre gewesen, wenn er versucht hätte, zu seiner Interpretation der Person Filbingers zu stehen? Und dann zum Papst gefahren wäre? Oettingers Canossa-Gang aber führte nach Berlin.

Halbherzig begonnen ist bereits verloren. Halbherzig ist niemals mutig.

*

Hans Heckel hat sich eine Auszeit genommen.

ZITATE

In der von ***Wirtschaftsminister Glos*** *losgetretenen* ***Steuersenkungsdebatte*** *hat sich jetzt der Hamburger Wirtschaftsforscher Thomas Straubhaar zu Wort gemeldet. In der „Bild“- Zeitung sprach er sich für eine einmalige* ***Steuergutschrift*** *für jeden Bürger aus:*

„Würde die Regierung zum Beispiel zehn Milliarden Euro aufwenden, könnten pro Kopf 333 Euro ausgezahlt werden. Das hätte ungeheure Symbolkraft.“

Der Direktor des Ägyptischen Museums in Berlin, ***Dietrich Wildung****, zu der* ***Drohung*** *des Chefs der Ägyptischen Altertümerverwaltung in Kairo, Sahi Hawass, künftig* ***keine*** *ägyptischen* ***Kunstgegenstände*** *mehr an Deutschland* ***auszuleihen****:*

„Wir leben seit 1985, wo die letzte große von uns inszenierte Ausstellung aus Kairo nach Deutschland kam, ohne Leihgaben aus Ägypten durchaus komfortabel und repräsentativ.“

Grünen-Fraktionschef ***Fritz Kuhn*** *verurteilte die jüngsten* ***Prügel-Attacken*** *auf friedliche Demonstranten in* ***Rußland****:*

„Willkürliche Massenverhaftungen sind ein bedrückendes Zeichen des zunehmend diktatorischen Charakters des russischen Regimes unter Präsident Putin.“

Der FDP-Politiker ***Burkhard Hirsch*** *über die von Bundesinnenminister Schäuble geplante Verwendung digitaler* ***Paßfotos*** *für* ***Polizeifahndungen:***

„Wenn der Staat dazu übergeht, jeden Bürger wie einen möglichen Straftäter zu behandeln, dann wird sich der Bürger fragen, ob er diesem Staat noch vertrauen kann.“

Bundeskanzlerin Merkel *in der „Süddeutschen Zeitung“ über die* ***Rolle des Schweigens*** *in ihrem Leben:*

„Ein ausgewogenes Verhältnis von Reden und Schweigen ist etwas Schönes. Es ist ein hohes Maß an Vertrautheit, wenn Menschen miteinander schweigen können.“

Der FDP-Gesundheitspolitiker ***Daniel Bahr*** *zur* ***Einführung der Gesundheitskarte:***

„Ich befürchte ein Fiasko wie bei der Lkw-Maut.“

Pech gehabt

Vetternwirtschaft ist für Neider
aus dem falschen Grund suspekt,
denn sie ist sexistisch leider,
also nicht polit-korrekt:

Sollte doch man auch Kusinen
oder Nichten allgemein
und den andern Konkubinen,
wo es geht, behilflich sein!

Just weil seine Helfer-Mores
nicht fixiert sind aufs Geschlecht,
hat jetzt Wolfowitz die Zores,
und das scheint mir ungerecht:

Wollt' statt Krieg ja Liebe machen,
wie von Frommen suggeriert –
wundert's euch, daß solch Erwachen
ihn dann doppelt deprimiert?

Aber dumm hat's angefangen,
und fürwahr, das kommt davon:
Wär' er gleich zur Bank gegangen
statt zuerst ins Pentagon!

Zweiundsiebzig Jungfern hätten
wir ihm dienstlich abgestellt,
und trotz Spesen – tät' ich wetten –
stünde besser da die Welt ...

Pannonicus